
Vernehmlassung Bericht Volksschule 2016

Auswertungsbericht

Altdorf, 16. August 2010

INHALTSVERZEICHNIS

1	VORGEHEN.....	5
2	WER HAT GEANTWORTET?	5
3	ALLGEMEINE BEMERKUNGEN ZUM BERICHT	7
4	SPEZIFISCHE FRAGEN	12
4.1	SIND SIE DAMIT EINVERSTANDEN, DASS DER BESUCH VON EINEM JAHR VOLLZEITKINDERGARTEN OBLIGATORISCH ERKLÄRT WIRD?	12
4.2	SIND SIE DAMIT EINVERSTANDEN, DASS DIE GEMEINDEN VERPFLICHTET WERDEN, DEN FREIWILLIGEN BESUCH VON EINEM ZWEITEN KINDERGARTENJAHR ZU ERMÖGLICHEN?	15
4.3	SIND SIE DAMIT EINVERSTANDEN, DASS AUF DIE EINFÜHRUNG EINER BASISSTUFE VORDERHAND VERZICHTET WIRD?.....	18
4.4	ALLGEMEINE BEMERKUNGEN ZUM HANDLUNGSFELD 1.....	21
4.5	SIND SIE DAMIT EINVERSTANDEN, DASS FRANZÖSISCH ALS WAHL- ODER ALS WAHLPFLICHTFACH AB DEM 5. SCHULJAHR EINGEFÜHRT WIRD? WENN JA WELCHER VARIANTE GEBEN SIE DEN VORZUG?	23
4.6	SIND SIE DAMIT EINVERSTANDEN, DASS DIE MAXIMALE ZAHL VON SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER PRO ABTEILUNG VON 26 AUF 24 GESENKT WIRD?	30
4.7	ALLGEMEINE BEMERKUNGEN ZUM HANDLUNGSFELD 2.....	35
4.8	SIND SIE DAMIT EINVERSTANDEN, DASS AUF DAS SEPARIERTE MODELL AUF DER OBERSTUFE ZUKÜNFTIG VERZICHTET WIRD?	38
4.9	WIE STELLEN SIE SICH ZUR FRAGE, DASS OBERSTUFEN ZUKÜNFTIG DIE SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER DER WERKSCHULE INTEGRIEREN KÖNNEN?	42
4.10	WELCHE MEINUNG HABEN SIE ZUM JAHRGANGSGEMISCHTEN LERNEN AUF DER OBERSTUFE?.....	48
4.11	WELCHE MEINUNG HABEN SIE ZUR BEIBEHALTUNG DES LANGZEITGYMNASIUMS UND ZUR STÄRKUNG DES WEGES ÜBER DAS KURZZEITGYMNASIUM?	53
4.12	ALLGEMEINE BEMERKUNGEN ZUM HANDLUNGSFELD 3.....	59
4.13	WELCHE HALTUNG HABEN SIE ZUR VORGESCHLAGENEN SPRACHREGIONALEN ZUSAMMENARBEIT?	64
4.14	WELCHE MEINUNG HABEN SIE ZUM VORSCHLAG, DAS ARBEITSPENSUM DER LEHRPERSONEN ZUKÜNFTIG IN SO GENANNTEN AUFTRAGSEINHEITEN ZU BERECHNEN?	67
4.15	SIND SIE DAMIT EINVERSTANDEN, DASS DIE FUNKTION KLASSENLEHRPERSON AUF DER KINDERGARTEN- UND DER PRIMARSTUFE IM PENSUM ANGERECHNET WIRD?	76
4.16	SIND SIE MIT DEM VORSCHLAG IM BEREICH SCHULISCHE HEILPÄDAGOGIK EINVERSTANDEN?	80
4.17	SIND SIE MIT DEM VORSCHLAG ZUR NEUGESTALTUNG DER ALTERSENTLASTUNG EINVERSTANDEN?.....	84
4.18	ALLGEMEINE BEMERKUNGEN ZUM HANDLUNGSFELD 5.....	89
4.19	WIE STELLEN SIE SICH ZU DEN VORSCHLÄGEN ZUM AUSBAU DER TAGESSTRUKTUREN?	92
4.20	WELCHE HALTUNG HABEN SIE ZUR EINFÜHRUNG EINER KONFERENZ DER LEHRPERSONEN (MIT KOMPETENZEN), EINES ELTERN- UND EINES SCHÜLERRATES?	97
4.21	WELCHE MEINUNG HABEN SIE ZUR FINANZIELLEN UNTERSTÜTZUNG VON SCHULNETZWERKEN DURCH DEN KANTON?	104
4.22	ALLGEMEINE BEMERKUNGEN ZUM HANDLUNGSFELD 7.....	107

4.23	WELCHE HALTUNG HABEN SIE ZUM VORSCHLAG, DIE SCHULEN ZUKÜNFTIG ZU KREISEN ZUSAMMENZULEGEN?	109
4.24	ALLGEMEINE BEMERKUNGEN ZUM HANDLUNGSFELD 8.....	115
4.25	WIE STELLEN SIE SICH ZUM VORSCHLAG, DASS DER REGIERUNGSRAT ZUKÜNFTIG FÜR DIE STRATEGISCHE FÜHRUNG IM BILDUNGSWESEN VERANTWORTLICH SEIN SOLL UND ANSTELLE DES ERZIEHUNGSRATES EIN BERATENDER BILDUNGSRAT EINGEFÜHRT WIRD?	118
4.26	WELCHE MEINUNG HABEN SIE ZUR ÜBERTRAGUNG VON KOMPETENZEN VOM SCHULRAT AUF DIE SCHULLEITUNGEN?	123
4.27	ALLGEMEINE BEMERKUNGEN ZU HANDLUNGSFELD 9	129
4.28	SIND SIE MIT DEM VORGESCHLAGENEN ZEITLICHEN VORGEHEN (SIEHE KAPITEL 7) EINVERSTANDEN?	132
4.29	SEHEN SIE WEITERE WICHTIGE HANDLUNGSFELDER, DIE IM BERICHT FEHLEN?	135
5	ZUSAMMENFASSUNG	140
5.1	HANDLUNGSFELD 1: KINDERGARTEN	140
5.1.1	SIND SIE DAMIT EINVERSTANDEN, DASS DER BESUCH VON EINEM JAHR VOLLZEITKINDERGARTEN OBLIGATORISCH ERKLÄRT WIRD?	140
5.1.2	SIND SIE DAMIT EINVERSTANDEN, DASS DIE GEMEINDEN VERPFLICHTET WERDEN, DEN FREIWILLIGEN BESUCH VON EINEM ZWEITEN KINDERGARTENJAHR ZU ERMÖGLICHEN?	140
5.1.3	SIND SIE DAMIT EINVERSTANDEN, DASS AUF DIE EINFÜHRUNG EINER BASISSTUFE VORDERHAND VERZICHTET WIRD?	141
5.1.4	ALLGEMEINE BEMERKUNGEN ZUM HANDLUNGSFELD 1	141
5.2	HANDLUNGSFELD 2: PRIMARSTUFE	141
5.2.1	SIND SIE DAMIT EINVERSTANDEN, DASS FRANZÖSISCH ALS WAHL- ODER ALS WAHLPFLICHTFACH AB DEM 5. SCHULJAHR EINGEFÜHRT WIRD? WENN JA WELCHER VARIANTE GEBEN SIE DEN VORZUG?	141
5.2.2	SIND SIE DAMIT EINVERSTANDEN, DASS DIE MAXIMALE ZAHL VON SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER PRO ABTEILUNG VON 26 AUF 24 GESENKT WIRD?	142
5.2.3	ALLGEMEINE BEMERKUNGEN ZUM HANDSFLUNGSFELD 2	142
5.3	HANDLUNGSFELD 3: OBERSTUFE	143
5.3.1	SIND SIE DAMIT EINVERSTANDEN, DASS AUF DAS SEPARIERTE MODELL AUF DER OBERSTUFE ZUKÜNFTIG VERZICHTET WIRD?	143
5.3.2	WIE STELLEN SIE SICH ZUR FRAGE, DASS OBERSTUFEN ZUKÜNFTIG DIE SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER DER WERKSCHULE INTEGRIEREN KÖNNEN?	143
5.3.3	WELCHE MEINUNG HABEN SIE ZUM JAHRGANGSGEMISCHTEN LERNEN AUF DER OBERSTUFE?	143
5.3.4	WELCHE MEINUNG HABEN SIE ZUR BEIBEHALTUNG DES LANGZEITGYMNASIUMS UND ZUR STÄRKUNG DES WEGES ÜBER DAS KURZZEITGYMNASIUM?	144
5.3.5	ALLGEMEINE BEMERKUNGEN ZUM HANDLUNGSFELD 3.....	144
5.4	HANDLUNGSFELD 4: SPRACHREGIONALE ZUSAMMENARBEIT	145
5.4.1	WELCHE HALTUNG HABEN SIE ZUR VORGESCHLAGENEN SPRACHREGIONALEN ZUSAMMENARBEIT?	145
5.5	HANDLUNGSFELD 5: LEHRPERSONEN	145

5.5.1	WELCHE MEINUNG HABEN SIE ZUM VORSCHLAG, DAS ARBEITSPENSUM DER LEHRPERSONEN ZUKÜNFTIG IN SO GENANNTEN AUFTRAGSEINHEITEN ZU BERECHNEN?	145
5.5.2	SIND SIE DAMIT EINVERSTANDEN, DASS DIE FUNKTION KLASSENLEHRPERSON AUF DER KINDERGARTEN- UND DER PRIMARSTUFE IM PENSUM ANGERECHNET WIRD?	145
5.5.3	SIND SIE MIT DEM VORSCHLAG IM BEREICH SCHULISCHE HEILPÄDAGOGIK EINVERSTANDEN?	145
5.5.4	SIND SIE MIT DEM VORSCHLAG ZUR NEUGESTALTUNG DER ALTERSENTLASTUNG EINVERSTANDEN?	146
5.5.5	ALLGEMEINE BEMERKUNGEN ZUM HANDLUNGSFELD 5.....	146
5.6	HANDLUNGSFELD 6: TAGESSTRUKTUREN.....	146
5.6.1	WIE STELLEN SIE SICH ZU DEN VORSCHLÄGEN ZUM AUSBAU DER TAGESSTRUKTUREN?	146
5.7	HANDLUNGSFELD 7: INSTITUTIONALISIERTE ZUSAMMENARBEIT	147
5.7.1	WELCHE HALTUNG HABEN SIE ZUR EINFÜHRUNG EINER KONFERENZ DER LEHRPERSONEN (MIT KOMPETENZEN), EINES ELTERN- UND EINES SCHÜLERRATES?	147
5.7.2	WELCHE MEINUNG HABEN SIE ZUR FINANZIELLEN UNTERSTÜTZUNG VON SCHULNETZWERKEN DURCH DEN KANTON?	148
5.7.3	ALLGEMEINE BEMERKUNGEN ZUM HANDLUNGSFELD 7.....	148
5.8	HANDLUNGSFELD 8: STRUKTUREN	148
5.8.1	WELCHE HALTUNG HABEN SIE ZUM VORSCHLAG, DIE SCHULEN ZUKÜNFTIG ZU KREISEN ZUSAMMENZULEGEN?	148
5.8.2	ALLGEMEINE BEMERKUNGEN ZUM HANDLUNGSFELD 8.....	148
5.9	HANDLUNGSFELD 9: STEUERUNG	149
5.9.1	WIE STELLEN SIE SICH ZUM VORSCHLAG, DASS DER REGIERUNGSRAT ZUKÜNFTIG FÜR DIE STRATEGISCHE FÜHRUNG IM BILDUNGSWESEN VERANTWORTLICH SEIN SOLL UND ANSTELLE DES ERZIEHUNGSRATES EIN BERATENDER BILDUNGSRAT EINGEFÜHRT WIRD?	149
5.9.2	WELCHE MEINUNG HABEN SIE ZUR ÜBERTRAGUNG VON KOMPETENZEN VOM SCHULRAT AUF DIE SCHULLEITUNGEN?	149
5.9.3	ALLGEMEINE BEMERKUNGEN ZU HANDLUNGSFELD 9.....	150
5.10	SIND SIE MIT DEM VORGESCHLAGENEN ZEITLICHEN VORGEHEN (SIEHE KAPITEL 7) EINVERSTANDEN?	150
5.11	SEHEN SIE WEITERE WICHTIGE HANDLUNGSFELDER, DIE IM BERICHT FEHLEN?	150

1 Vorgehen

Der Versand der Unterlagen erfolgte am 18. Februar 2010. Die Vernehmlassungsfrist war auf den 30. Juni 2010 festgelegt.

2 Wer hat geantwortet?

Die nachstehende Zusammenstellung gibt einen Überblick über die Adressaten der Vernehmlassung und wer geantwortet hat.

Vernehmlassungsadressaten	Eingang einer Vernehmlassung
Gemeinderat Altdorf	ja
Gemeinderat Andermatt	ja
Gemeinderat Attinghausen	ja
Gemeinderat Bauen	nein
Gemeinderat Bürglen	ja
Gemeinderat Erstfeld	ja
Gemeinderat Flüelen	ja
Gemeinderat Göschenen	ja
Gemeinderat Gurtellen	ja
Gemeinderat Hospental	nein
Gemeinderat Isenthal	ja, zusammen mit Schulrat Isenthal
Gemeinderat Realp	nein
Gemeinderat Schattdorf	ja, zusammen mit Schulrat Schattdorf
Gemeinderat Seedorf	ja
Gemeinderat Seelisberg	ja
Gemeinderat Silenen	stützt sich auf Stellungnahme von SR Silenen
Gemeinderat Sisikon	ja
Gemeinderat Spiringen	stützt sich auf Stellungnahme von SR Schulen Schächental
Gemeinderat Unterschächen	stützt sich auf Stellungnahme von SR Schulen Schächental
Gemeinderat Wassen	ja
Schulrat Altdorf	ja
Schulrat Andermatt	ja
Schulrat Attinghausen	ja
Schulrat Bürglen	ja
Schulrat Erstfeld	ja
Schulrat Flüelen	ja
Schulrat Hospental	ja
Schulrat Isenthal	ja, zusammen mit Gemeinderat Isenthal
Schulrat Schattdorf	ja, zusammen mit Gemeinderat Schattdorf
Schulrat Schulen Schächental	ja
Schulrat Seelisberg	ja
Schulrat Silenen	ja
Schulrat Sisikon	ja
Kreisschulrat Urner Oberland	ja
Kreisschulrat Seedorf	ja
Kreisprimarschulrat Seedorf-Bauen	ja
CVP Uri	ja
FDP.Die Liberalen Uri	ja
Grüne Uri	ja

SP Uri	ja
SVP Uri	ja
Junge CVP Uri	nein
Junge SVP Uri	nein
Jungfreisinnige Uri	nein
JUSOURi	ja
Verein Lehrerinnen und Lehrer Uri (LUR)	ja
Vereinigung Schulleiterinnen und Schulleiter Uri (VSL)	ja
Vereinigung Schule und Elternhaus (S&E)	ja
Kommission für die Gleichstellung von Mann und Frau	ja
Frauenbund Uri	nein
Bauernverband Uri	nein
Gewerbeverband Uri	nein
Industriellenvereinigung Uri	nein
Gewerkschaftsbund Uri	nein
Gewerkschaftsverband UNIA	nein
Gewerkschaftsverband SYNA	nein
Erziehungsrat (nur Kapitel 5.9.1)	nein
Mittelschulrat MSR (nur Kapitel 5.3.4)	ja (ganze Vernehmlassung beantwortet)
Finanzdirektion	ja

Antworten von nicht Eingeladenen

Heilpädagogisches Zentrum HPZ Uri	ja
Sekundarstufe 1	ja
LUM	ja

3 Allgemeine Bemerkungen zum Bericht

Der vorliegende Bericht ist recht umfassend und will aufzeigen, wohin sich die Volksschule Uri bis ins Jahr 2016 entwickeln soll.

Gemeinderat
Attinghausen

Es werden diverse Herausforderungen thematisiert und diverse Fragen beantwortet. Es bleiben auch sehr zentrale Fragen offen, welche nach Ansicht des Gemeinderates Attinghausen in nächster Zeit noch zwingend zu diskutieren sind.

Der Gemeinderat hinterfragt unter anderem das erwähnte Sparpotenzial. Ob dieses wirklich realisiert werden kann, ist eher ungewiss.

Gerade weil so viele wichtige Fragen offen bleiben, kann der Bericht lediglich als zufriedenstellend bewertet werden.

- Der vorliegende Bericht zum Projekt Volksschule 2016 zeigt auf, wie sich die Volksschule bis ins Jahr 2016 entwickeln soll und welche Massnahmen hierfür eingeleitet und umgesetzt werden sollen. Der Gemeinderat erachtet es als wichtig und sinnvoll, sich mit dieser Thematik auseinanderzusetzen.
- Die Gemeinden sind Trägerinnen der Volksschule. Es ist daher zwingend notwendig, dass eine Mitsprachemöglichkeit besteht und die Ansichten und Meinungen der Gemeinden in spätere Beschlussfassungen einbezogen werden.
- Für den Gemeinderat ist wichtig, dass die Qualität der Volksschule in Zukunft zumindest gleich bleibt oder nach Möglichkeit verbessert werden kann. Dabei müssen stets die Schülerinnen und Schüler im Mittelpunkt stehen.
- Die Umsetzung von Entwicklungen und Massnahmen sind immer mit Kosten verbunden. Wichtig ist, dass die heute schon sehr hohen Kosten, welche die Gemeinden für die Bildung investieren, nicht überborden und im Griff behalten werden können. Daher wird eine Vereinheitlichung der Schulen im Kanton Uri mit Einsparungspotential ohne Qualitätsverlust für die Zukunft als zwingend notwendig erachtet.

Gemeinderat Flüe-
len

Umfangreich, mit Info-Veranstaltung zusammen gut verständlich.

Gemeinderat Gö-
schenen

Der Bericht ist sehr umfangreich, informativ und verständlich abgefasst. Strukturelle Anpassungen verteuern in vielen Fällen die Bildung. Die Umsetzung des Projektes Volksschule 2016 muss deshalb bereits in den Wirkungsbericht 2012 (NFAUR) einfließen.

Gemeinderat Gurt-
nellen

Der Bericht ist ausführlich und die einzelnen Themen gut beschrieben.

Gemeinderat See-
dorf

Zum Teil zeigt dieser Vernehmlassungsbericht widersprüchliche Punkte auf. Einerseits sollen im Bildungsbereich Kosten gespart werden, andererseits werden neue Angebote geschaffen. Es ist ersichtlich, dass einmal mehr die klei-

Gemeinderat See-
lisberg

nen Gemeinden „gestraft“ werden. Es kann nicht sein, dass es das Ziel des Kantons ist, dass kleine Gemeinden aus finanziellen Gründen Kindergarten und Primarschule nicht mehr anbieten können.

Viel zu komplex. Der Bericht lässt zu viele variable Fragen offen.

1. Der Bericht enthält sehr umfangreiche Informationen. Eventuelle Auswirkungen des Projekts „Swiss Alps Andermatt“ auf die Regionen Urserntal und Urner Oberland im Schulbereich fehlen jedoch!
2. Die Volksschule 2016 verursacht erhebliche Mehrkosten, welche die kleinen Gemeinden in den Ruin treiben können.
3. Schulen zusammenführen, heisst keinesfalls Kosten zu sparen, wie unser Beispiel der Kreisschule Urner Oberland beweist. Sie wird von Jahr zu Jahr teurer! Um Kosten wirklich einzusparen, müssten schon viele Gemeinden ihre Schule schliessen! Ob dies der Souverän will, bleibt fraglich!

Der Bericht wird allgemein als sehr gut und übersichtlich beurteilt. Der Schulrat dankt allen Beteiligten, insbesondere der Projektgruppe, für die wertvolle Arbeit. Auch die durchgeführten Informations- und Diskussionsveranstaltungen wurden als sehr positiv und informativ empfunden.

Bei allen Veränderungen muss das Wohl der Schülerinnen und Schüler im Mittelpunkt stehen.

Der vorliegende Bericht ist recht umfassend und will aufzeigen, wohin sich die Volksschule Uri bis ins Jahr 2016 entwickeln soll.

Es werden diverse Herausforderungen thematisiert und diverse Fragen beantwortet. Es bleiben auch sehr zentrale Fragen offen, welche nach Ansicht des Schulrates Attinghausen in nächster Zeit noch zwingend zu diskutieren sind.

Gerade weil so viele wichtige Fragen offen bleiben, kann der Bericht lediglich als zufriedenstellend bewertet werden.

Der Bericht stellt eine gute Analyse der Situation an den Urner Schulen dar. Er zeigt Perspektiven auf und macht innovative Vorschläge, welche die Schule voranbringen und die mit massvollem Aufwand und für die Beteiligten verkraftbar zu realisieren sind.

Der ganze Bericht ist zu komplex und zu aufwändig. Es ist zu hoffen, dass die Abstimmungsvorlagen einfach und klar daherkommen werden.

Der Bericht ist verständlich. Positiv sind die Zusammenfassungen „Fazit“ – sie vermitteln einen guten Überblick und geben einen roten Faden.

Wurden Antworten gefunden auf die zentralen Herausforderungen? Können

Gemeinderat Sisikon

Schulrat Sisikon

Gemeinderat Wassen

Schulrat Altdorf

Schulrat Attinghausen

Schulrat Flüelen

Schulrat Seelisberg

Schulrat Silenen
Gemeinderat Silenen

die Kosten gesenkt werden?

1. Ist verständlich abgefasst. Konnte nach den Veranstaltungen auch von Laien verstanden werden.
2. Anhang mit Glossar war sehr wertvoll.
3. Gibt guten Überblick über den Ist- Zustand.

Kreisschulrat Urner Oberland

Den vorliegenden Bericht erachten wir als sehr gute Situationsanalyse des Urner Schulwesens. Der Bericht ist gut lesbar und informativ. Der Kreisschulrat Seedorf bedankt sich bei der Projektgruppe für die umfassende Arbeit.

Kreisschulrat Seedorf

Der Bericht ist sehr ausführlich und geht seriös auf aktuelle Themen ein. In letzter Zeit sind schon sehr viele Änderungen gemacht worden, und es muss aufgepasst werden, dass nicht Bewährtes einem allzu grossen Aktivismus geopfert wird. Ein wichtiger Punkt, den wir an mehreren Punkten erwähnen, ist die administrative Belastung der Lehrpersonen, die mit steigender Tendenz schon jetzt zu hoch ist. Lehrpersonen sollen primär unterrichten und nicht als Datenlieferanten missbraucht werden (unnötige Statistiken, QS usw....)

Kreisprimarschulrat Seedorf-Bauen

Wir danken Ihnen bestens für die Möglichkeit, im Rahmen der Vernehmlassung zum Bericht Volksschule 2016 Stellung nehmen zu können.

CVP Uri

Folgende Punkte sind aus unserer Sicht speziell zu erwähnen:

FDP.Die Liberalen Uri

- Unabhängig von den Gemeindestrukturreformen sollten eine Harmonisierung / Kantonalisierung weiter geprüft und breit diskutiert werden.
- Der Erziehungsrat muss zwingend die strategische Führung im Bildungsbereich weiterhin wahrnehmen, damit die Schule volksverbunden bleibt.
- Die Position der Lehrperson muss gestärkt und von administrativen Aufwendungen entlastet werden damit sie sich vermehrt dem Kerngeschäft (Unterrichten) widmen kann.
- Trotz den enormen finanziellen Aufwendungen der letzten Jahre im Bildungsbereich, haben sich die schulischen Fertigkeiten der Lernenden nicht der Kostenexplosion entsprechend verbessert. Folgende Elemente tragen zu diesem Umstand bei: Schulleitungen, Q-Systeme, Benchmark, Standardisierungen, usw.
- Bei dieser Vorlage vermissen wir die qualitative Überprüfung bestehender Instrumente, welche dazu führen könnte, unwirksame Elemente und Aufwendungen etc. zu streichen.

Die Grünen Uri stehen grundsätzlich hinter dem Bildungsbericht. Er ist gut formuliert und breit abgestützt. Gerne möchten wir pointierter eine pädagogische Grundhaltung formuliert haben, für eine Bildung, die nachhaltig ist, wie sie in nachfolgendem Text beschrieben ist:

Grüne Uri

Ziel ist es, den Menschen die nötigen Kompetenzen und Einstellungen zu vermitteln, dass künftige Generationen eine lebenswerte Welt vorfinden. Bildung für nachhaltige Entwicklung zielt auf Bewusstseinsbildung und Identifikation mit dem eigenen Lebensraum und ist somit nicht nur Wissensvermittlung, son-

dem handlungsorientiertes, verantwortliches Lernen.

Der Bericht erscheint uns ganz allgemein ziemlich visionslos. Das Projekt wurde unter dem Aspekt Visionen gestartet und unserer Meinung nach viel zu früh der Machbarkeitslogik unterworfen. Vielleicht hat die Ablehnung der Harmos-Vorlage diese Tendenz zu stark unterstützt? Die SP auf jeden Fall hätte sich eine wirkliche Vision und die entsprechende Diskussion darüber gewünscht. Erst in einer späteren Phase hätte unserer Meinung nach eine Überprüfung bezüglich der Realisierung vorgenommen werden sollen. So wie die Vorlage jetzt daher kommt, finden wir nur wenig wirklich Neues. Die Priorität Machbarkeit scheint alles zu überlagern, freie Gedanken wurden viel zu früh gebremst. Dazu gehörten z.B. die Studien zu anders funktionierenden Projektschulen, ev. auch in anderen Ländern.

SP Uri

Hiesige heikle Themen wie die Kantonalisierung der Volksschule, das Kurzzeitgymnasium oder die Einführung der Basisstufe usw. hatten genauso wenig eine Chance. Dies bedauert die SP sehr. Unsere Antworten sind daher zwar überlegt und wohlwollend, was einige der Neuerungen betrifft, aber bezüglich einer wirklichen fortschrittlichen Schulentwicklung sind wir enttäuscht und erachten den Bericht als wenig berauschend. Damit wollen wir allerdings nicht den grossen Aufwand der Kommissionsmitglieder herabwürdigen. Es ist uns bewusst, dass hinter dem Bericht eine intensive und grosse Arbeit steckt. Dafür möchten wir den Beteiligten an dieser Stelle herzlich danken.

Wir wollen eine moderne Schule für den Kanton Uri und viele Punkte sind gut bis sehr gut um eine solche zu erreichen. Was zu beachten ist, dass auch weiter versucht wird, auf dem Bildungsweg nach vorne zu gehen. Die Realität zeigt uns, dass gut gebildete Menschen tieferer Arbeitslosigkeit ausgesetzt sind. Die Volksschule ist der erste Schritt dazu. Auch ist die Schule Ort der Integration vieler verschiedener Menschen. Beginnen wir hier mit Abstrichen, bezahlen wir dies später 1'000fach zurück!

JUSUri

Herzlichen Dank für die Möglichkeit, an der Vernehmlassung teilzunehmen.

LUR

An den drei Informationsnachmittagen nahmen knapp 200 Lehrpersonen teil. Im Weiteren haben noch 13 Schulhausteams (ca. 170 Lehrpersonen) und 1 Stufe dazu Stellung genommen. Dies ist zu berücksichtigen, wenn man die quantitative und qualitative Wertung analysiert. Die Vernehmlassung betrachten wir als sehr repräsentativ.

Unsere Zusammenfassung gibt eine kritisch konstruktive Haltung zum Ausdruck.

Eine eigene Eingabe wird Ihnen vom LUM zugestellt und findet in unserer Antwort keine Wertung.

- Den vorliegenden Bericht erachten wir als sehr umfassende Situationsanalyse des Urner Schulwesens. Der Grundsatz und die fünf Leitgedanken bilden eine äusserst gute Grundlage für die Schul- und Unterrichtsentwicklung. Informativ sind die Hauptergebnisse der Dokumentenanalyse und Befragungen. Der Bericht ist gut lesbar. Die VSL Uri dankt der Projektgruppe für

VSL

die umfassende Arbeit.

- Viele Urner Schulen sind in der Erarbeitung der Qualitätskonzepte und Schulprogramme. Dabei wurde kaum das Handbuch des Kantons Zürich verwendet. Entsprechende Vorgaben durch den ER hätten zu einer „einheitlichen Sprache“ im Kanton Uri beitragen können.
- Die Bildung von Schulkreisen und die Umsetzung neuer Gemeindestrukturen dürfen sich nicht konkurrenzieren.
- Die Entwicklung der Schulen vor Ort erachten wir als sinn- und wertvoll. Wie weit die Autonomie bei der angestrebten Bildung der Schulkreise und der Steuerung durch den Kanton möglich ist, wird sich zeigen müssen (Spannungsfeld „Autonomie“ und „Kooperation“ unter Schulen“)

Der Vorstand von Schule und Elternhaus Uri hat den Vernehmlassungsbericht zur Volksschule 2016 eingehend studiert. S&E hat den Eindruck, dass der Bericht detailliert verfasst und gut strukturiert ist. Die Handlungsfelder sind logisch aufgebaut und die Zusammenfassung mit den zentralen Aussagen eine gute Orientierungshilfe. Auch das jeweilige Fazit am Ende eines Handlungsfeldes macht einen guten Eindruck. Schule und Elternhaus Uri steht dem Bericht allgemein wohlwollend gegenüber und kann sich gut vorstellen, dass dieser Bericht eine gute Grundlage für eine erfolgreiche Urner Schulzukunft darstellt. **Insbesondere begrüsst S&E Uri, dass die Eltern- und Schülermitwirkung institutionalisiert werden soll und richtet ein spezielles Augenmerk auf diese Punkte.** Die öffentlichen Informationsabende waren sehr informativ, wurden von S&E Uri genutzt und sehr geschätzt. Fazit: In diese Schule schicken wir unsere Kinder gerne.

Kompliment und Dank für diese Vernehmlassungsgrundlage. Auf weiterhin gute Zusammenarbeit.

S&E Uri

Aus Sicht der Gleichstellung haben wir keine Bemerkungen, trotzdem erlauben wir uns einige Gedanken zum Bericht.

Allgemein sind wir der Auffassung, der Bericht sei sehr weitsichtig und differenziert.

Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann

Der vorliegende Bericht ist gut aufgebaut, verständlich abgefasst und man spürt, dass sich verschiedene Akteure sehr intensiv damit befasst haben. Das Ziel einer qualitativen Volksschule steht klar im Fokus. Sehr transparent werden aber auch die damit verbunden Kostenfolgen für Gemeinden und Kanton aufgezeigt. Beim ausgewiesenen Einsparpotential gilt es sicherzustellen, dass die entsprechenden Massnahmen auch initiiert werden. Bezüglich der Mehraufwendungen weisen wir nachfolgend bei einzelnen Handlungsfeldern auf mögliches Sparpotential hin. Vorläufig ungeklärt bleibt leider die Frage der Trägerschaft, da diese Frage erst dann wieder thematisiert wird, wenn das Projekt Gemeindestrukturereform konkretere Ergebnisse zeigt.

Finanzdirektion

Antworten von nicht Eingeladenen

- Den vorliegenden Bericht erachten wir als umfassend, informativ und zukunftsgerichtet. Er zeigt Wege für die künftige Schul- und Unterrichtsentwicklung auf.
- Wir vom Heilpädagogischen Zentrum Uri vermissen Aussagen zur Sonderpädagogik.

HPZ Uri

4 Spezifische Fragen

Handlungsfeld 1: Kindergarten

4.1 Sind Sie damit einverstanden, dass der Besuch von einem Jahr Vollzeitkindergarten obligatorisch erklärt wird?

Ja. / Sinnvoll

Gemeinderat Bürglen: Ja, gelebte Praxis.

Gemeinderat Altdorf
 Gemeinderat Andermatt
 Gemeinderat Bürglen
 Gemeinderat Erstfeld
 Gemeinderat Flüelen
 Gemeinderat Gurtellen
 Gemeinde- und Schulrat Schattdorf
 Gemeinderat Spiringen
 Gemeinderat Unterschächen
 Gemeinderat Wassen
 Schulrat Altdorf
 Schulrat Andermatt
 Schulrat Bürglen
 Schulrat Erstfeld
 Schulrat Hospental
 Schulrat Schulen Schächental
 Kreisschulrat Seedorf
 Grüne Uri

	Jusouri MSR
Ja. Der Kindergarten ist mittlerweile ein fester Bestandteil der Volksschule geworden. Mit einem Obligatorium wird lediglich der heutige Zustand im Schulgesetz verankert.	Gemeinderat Attinghausen Schulrat Attinghausen
Ja, aber kantonale Lösung.	Gemeinderat Göschenen
Obligatorischerklärung Ja – Vollzeitkindergarten (24 Lektionen) jedoch nicht dringend verpflichtend.	Gemeinde- und Schulrat Isenthal
Ja, der einjährigern Vollzeitkindergarten ist die erste Stufe der Volksschule und sollte somit wie diese auch obligatorisch sein.	Gemeinderat Seedorf
Nein! Für Seelisberg ist die heutige Lösung sehr gut. Kleine Gemeinden wie Seelisberg, hätten evt. Mühe die vorgeschriebene Schülerzahl pro Abteilung zu erreichen. Zudem kann die Kindergartenlehrperson bei kleinen Abteilungsgrössen (wie beispielweise in Seelisberg) die Kinder individueller fördern. Dieser Vorteil müsste unbedingt auch berücksichtigt werden.	Gemeinderat Seelisberg
Nein. Ein Jahr obligatorisch ja, aber nicht zwingend Vollzeit.	Gemeinderat Sisikon Schulrat Sisikon
Der Kindergarten wird heute schon von praktisch allen Kindern besucht. Wir befürworten klar, dass diese gesellschaftliche Realität auch gesetzlich verankert wird.	Schulrat Flüelen
Der SR SB ist mit einem Jahr Vollzeitkindergarten-Obligatorium nicht einverstanden; mit einem obligatorischen Teilzeitkindergarten hingegen schon. Gründe: Teilzeitkindergärten werden seit Jahren in kleinen Gemeinden geführt, um eine genügend grosse Anzahl Kinder (zwei Jahrgänge) zu erreichen. Diese altersgemischte Variante ist auch aus sozialen und pädagogischen Gründen sinnvoll. Ein obligatorischer Vollzeitkindergarten wäre der Anfang vom Ende für kleine Schulen. In einzelnen Jahren käme eine genügend grosse Kinderzahl zustande, in anderen müssten die Kindergartenkinder zum Unterricht ins Nachbardorf reisen, was für manche Eltern mit Sicherheit Grund genug wäre, ihr Kind nicht zu schicken. Eine vernünftige Personalpolitik wäre zudem unmöglich. Kleinstkindergarten-Klassen (ein Jahrgang) sind für kleine Gemeinden weder finan-	Schulrat Seelisberg

ziell noch pädagogisch-sozial tragbar.

Da faktisch bereits heute beinahe 100% der Kinder ein Jahr Kindergarten besuchen, ist dies keine grosse Änderung und zu befürworten.

Die heutigen Teilzeitkindergärten sollten auch in Zukunft möglich sein, falls die Angebotspflicht für zwei Jahre KIGA nicht obligatorisch wird.

1. Der ganze Kanton soll die gleiche Lösung haben!
2. Ein Jahr Kindergarten soll obligatorisch werden. So wird der Kindergarten aufgewertet und gehört dann endlich zur Schulzeit.

Dem Obligatorium kann unter folgenden Voraussetzungen zugestimmt werden:

- Pensum nicht grösser, als es bei den jetzigen Kindergärten in der Regel ist
- Kein Lehrplan, der wesentlich über das, was der jetzige Kindergarten beinhaltet, hinausgeht.

Ein Jahr Kindergarten hat sich bereits in allen Gemeinden bestens bewährt und wird als Standard angesehen. Aus diesem Grund ist ein vom Kanton verordnetes Obligatorium nicht nötig, ja kontraproduktiv. Was sich ohne Zwang etabliert hat, muss nicht nachträglich von oben obligatorisch erklärt werden.

Ja, ist schon überfällig und ein Muss.

Ja – Ziel muss nach unserer Meinung aber der obligatorische Zweijahreskindergarten sein – vor allem aus Gründen der Chancengleichheit und der präventiven Wirkung für die Integration.

Für die SVP ist es nicht nachvollziehbar, wie nach der Abstimmung vom 27. September 2009, NEIN zu HarmoS, bereits so kurze Zeit später wieder versucht wird, ein Obligatorium für den Kindergarten zu erzwingen. Die Urner Bevölkerung hat sich ganz klar und eindeutig gegen ein Obligatorium ausgesprochen. Daher muss der Volkswille respektiert werden und ein Kindergarten-Obligatorium steht für uns ausser Frage.

Ja, ist schon überfällig und ein Muss. Bei kleinen Gemeinden schränkt es evtl. flexible Lösungen ein und ist finanziell nicht tragbar. Dieser Vorschlag verdient Anerkennung.

Wir stehen klar hinter dem obligatorischen Besuch von einem Jahr im Vollzeitkindergarten. Somit wird der Kindergarten ein Bestandteil der Volksschule.

Schulrat Silenen
Gemeinderat Silenen

Kreisschulrat Urner Oberland

Kreisprimarschulrat Seedorf-Bauen

CVP

FDP.Die Liberalen Uri

SP Uri

SVP Uri

LUR

VSL

Ja, S&E Uri begrüsst diesen Schritt. In der Praxis wird dieses Modell ja bereits erfolgreich angewandt – trotz Freiwilligkeit.	S&E Uri
Als positiv wird das Obligatorium eines Kindergartenjahres betrachtet. Die Integration von ausländischen Kindern kann somit unterstützt werden.	Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann
JA. Damit wird einerseits die Chancengleichheit erhöht sowie der Einstieg in die Primarstufe erleichtert und andererseits gleichen wir uns diesbezüglich den übrigen Zentralschweizerkantonen an.	Finanzdirektion

Antworten von nicht Eingeladenen

Ja.	HPZ Uri
-----	---------

4.2 Sind Sie damit einverstanden, dass die Gemeinden verpflichtet werden, den freiwilligen Besuch von einem zweiten Kindergartenjahr zu ermöglichen?

Ja; wir gehen davon aus, dass die Gemeinden den Kindergarten nicht zwingend selbst anbieten müssen, sondern sich auch zu einem Verbund oder einer Kreisschullösung zusammenschliessen können.	Gemeinderat Altdorf
Im Sinne einer Chancengleichheit aller Uner Schulkinder sollen die Gemeinden verpflichtet werden, einen Zweijahreskindergarten anzubieten.	Gemeinderat Attinghausen
Auch aus pädagogischer Sicht ist ein Zweijahreskindergarten zu begrüßen.	Schulrat Attinghausen
Nein. Dies sollen die Gemeinden selber entscheiden (s. dazu auch HarmoS-Abstimmungsresultat)	Gemeinderat Bürglen
In der Wahrnehmung der Gemeindeautonomie soll hier jede Gemeinde selber entscheiden können.	Gemeinderat Erstfeld
Nein – Die Gemeinden sollen wie heute ein zweites Kindergartenjahr ohne Verpflichtung anbieten können.	Gemeinderat Flüelen Gemeinderat Spiringen Gemeinderat Unterschächen Schulrat Schulen Schächental
Ja / Wird befürwortet / begrüßen wir	Gemeinderat Andermatt Gemeinderat Göschenen

	Gemeinderat Gurtellen
	Gemeinde- und Schulrat Schattorf
	Schulrat Altdorf
	Schulrat Andermatt
	Schulrat Bürglen
	Schulrat Erstfeld
	Kreisschulrat Seedorf
	FDP.Die Liberalen Uri
	SP Uri
	JUSOuri
	Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann
	MSR
Das Angebot von einem 2. Kindergartenjahr sollte für die Gemeinden freiwillig sein, ohne Verpflichtung.	Gemeinde- und Schulrat Isenthal
Die Gemeinden sollten je nach Nachfrage und Infrastruktur selber entscheiden können, ob sie einen Zweijahreskindergarten anbieten wollen. Auf ein Verpflichten der Gemeinden sollte verzichtet werden.	Gemeinderat Seedorf
Wir sind damit einverstanden, dass die Gemeinden einen Zweijahreskindergarten mit reduzierter Lektionszahl anbieten.	Gemeinderat Seelisberg
Ja, unter Vorbehalt von Antwort 4: <i>Die Gemeinden sollten die Möglichkeiten erhalten einen Vollzeit-Einjahreskindergarten oder einen Teilzeit-Zweijahreskindergarten anzubieten.</i>	Gemeinderat Sisikon Schulrat Sisikon
Nein.	Gemeinderat Wassen
In Flüelen wird der Zweijahreskindergarten im dritten Jahr als freiwilliges Angebot geführt. Rund drei Viertel der Eltern nutzen diese Möglichkeit und schicken ihre Kinder zwei Jahre in den Kindergarten. Aufgrund unserer guten Erfahrungen begrüssen wir die Angebotspflicht für ein zweites Kindergartenjahr	Schulrat Flüelen

sehr.

Ja, sofern keine Mehrkosten entstehen.

Schulrat Hospental

Ja. Ist bereits seit Jahren in unserer Gemeinde mit Erfolg eingeführt. Um eine genügend grosse Kinderzahl zu erreichen, sind wir darauf angewiesen. Zudem zeigt der hohe Prozentsatz der jüngeren Kinder, dass die Eltern diese Möglichkeit schätzen.

Schulrat Seelisberg

Die Erfahrung zeigt, dass ein „kleiner“ Kindergarten vermehrt ein Bedürfnis der Eltern ist und sollte in Zukunft von den Gemeinden angeboten werden. Der Einstieg in den Schulalltag kann mit einem zweiten Kindergartenjahr sanft gestaltet werden und so schrittweise erfolgen.

Schulrat Silenen
Gemeinderat Silenen

1. Die Führung eines 2-jährigen Kindergartens hat an der KSUO Tradition.
2. Dies soll auch in Zukunft so belassen werden.
3. Das Anbieten des zweiten Kindergartenjahres soll für die Gemeinden verpflichtend sein. So wird den Kindern ein freiwilliger Besuch des zweiten Jahres ermöglicht.

Kreisschulrat Urner Oberland

Nein, dies soll weiterhin den Gemeinden überlassen werden.

Kreisprimarschulrat Seedorf-Bauen

Wenn es schon obligatorisch sein soll, dann nur mit grosszügiger Absenzenregelung (z.B. wenn Eltern noch einmal ausserhalb der grossen Ferienzeit mit den Kindern in die Ferien wollen). Mögliche Regelung: Maximal 15 (ev. 10) Tage ohne spezielle Bewilligung.

Nein. Wir sind zwar grundsätzlich mit dem zweijährigen Kindergarten einverstanden. Einen Vorteil sehen wir darin, dass fremdsprachige Kinder früher mit der deutschen Sprache vertraut und daher auch besser integriert werden. Die Gemeinden haben die Möglichkeit bereits jetzt, autonom ein zweites Kindergartenjahr anzubieten. Eine zwangsweise Verordnung durch den Kanton ist bereits HarmoS abgelehnt worden.

CVP Uri

Das zeitliche Vorgehen, dass vorgeschlagen wird ist politisch nicht umsetzbar. Eine erneute Prüfung des Anliegens ist zu einem späteren Zeitpunkt vorzunehmen.

Ja, die Gemeinden sollen fürs Angebot verpflichtet werden. Wir erachten es als notwendig, dass der Kanton einen klaren Rahmen absteckt wie es beim heutigen freiwilligen Besuch des Kindergartens der Fall war. ZB. sollen die Anzahl der Lektionen definiert werden, Aussagen zur Verbindlichkeit gemacht werden usw.

Grüne Uri

Nein wir sind gegen die Verpflichtung der Gemeinden den Zweijahreskindergarten zu ermöglichen. Die Autonomie der einzelnen Gemeinden soll gewahrt

SVP Uri

bleiben, damit jede Gemeinde frei nach ihren Bedürfnissen und Möglichkeiten entscheiden kann, ob und wie sie den freiwilligen Kindergarten anbieten will.

Ja, unbedingt. Wird zu 100% befürwortet. Könnte jedoch finanzielle Engpässe auslösen.

LUR

Dem Vorschlag, allen Kindern auf freiwilliger Basis der Besuch des zweiten Kindergartenjahres zu ermöglichen begrüßen wir u.a. aus pädagogischen Überlegungen sehr.

VSL

Ja, S&E Uri ist der Meinung, dass die Angebotspflicht eine sinnvolle Lösung ist. Wichtig aber scheint, dass der Besuch des zweiten Kindergartenjahres freiwillig bleibt.

S&E Uri

JA. Uri gewinnt damit an Attraktivität für Familien mit Kindern. Das Angebot gehört aber auch zu einem erstklassigen Bildungssystem, das der RR mit seinen Entwicklungszielen u.a. anstrebt.

Finanzdirektion

Antworten von nicht Eingeladenen

Ja.

HPZ Uri

4.3 Sind Sie damit einverstanden, dass auf die Einführung einer Basisstufe vorderhand verzichtet wird?

Ja; wir erachten die Basisstufe jedoch als gute Lösung und erwarten eine kritische Beobachtung der diesbezüglichen Entwicklung in der Schweiz. Diesbezüglich finden wir es wichtig, dass eine allfällige Prüfung der Einführung im Auge behalten wird.

Gemeinderat Altdorf

Ja / Wird begrüsst

Gemeinderat Andermatt

Gemeinderat und Schulrat Sisikon: ja, unbedingt

Gemeinderat Atinghausen

Gemeinderat Bürglen

Gemeinderat Flüelen

Gemeinderat Göschenen

Gemeinderat Gurtellen

Gemeinde- und Schulrat Schattdorf

Gemeinderat Seedorf

	Gemeinderat Seelisberg
	Gemeinderat Sisikon
	Gemeinderat Spiringen
	Gemeinderat Unterschächen
	Gemeinderat Wassen
	Schulrat Andermatt
	Schulrat Attinghausen
	Schulrat Bürglen
	Schulrat Hospental
	Schulrat Schulen Schächental
	Schulrat Sisikon
	Kreisprimarschulrat Seedorf-Bauen
	CVP Uri
Ja. Die Basisstufe soll längerfristig kein Thema sein.	Gemeinderat Erstfeld
Nein, für kleine Gemeinden ist die Basisstufe eine attraktive Möglichkeit. Es sollte möglich sein, dass die Gemeinden ihre Schule nach ihren Gegebenheiten gestalten können.	Gemeinde- und Schulrat Isenthal
Ja. Die gesamtschweizerische Entwicklung soll jedoch im Auge behalten werden.	Schulrat Altdorf
Die Einführung der Basisstufe soll nicht nur vorderhand, sondern längerfristig kein Thema sein.	Schulrat Erstfeld
<ul style="list-style-type: none"> - In Flüelen werden Kindergarten und Primarschule altersgemischt geführt. Pädagogisch gesehen wäre die Einführung einer Basisstufe sinnvoll und würde das altersgemischte Lernen unterstützen. - Die Ablehnung von HarmoS verhindert den obligatorischen Schulbeginn im fünften Altersjahr und die Organisation einer Basisstufe. 	Schulrat Flüelen
Es ist schade, dass die Basisstufe nicht weiter verfolgt werden kann. Für Seelisberg wäre eine solch flexible und zeitgemässe Form zwecks besserer Organisation der Eingangsstufe vorteilhaft. Doch auch der SR SB glaubt nicht dar-	Schulrat Seelisberg

an, dass sich dies zurzeit politisch durchsetzen liesse.

Es wäre ein zu grosser Schritt, zum heutigen Zeitpunkt die Basisstufe einzuführen. Der erste Schritt soll der Zweijahres-KIGA sein.

Ein altersdurchmishtes Schulsystem, welches mit der Basisstufe beginnt, ist durchaus eine anstrebenswerte Schulform. Jedoch benötigt eine Altersdurchmischung mehr Ressourcen sowohl auf Personal- als auch auf Infrastrukturseite. In Anbetracht der immer knapper werdenden Mittel, die den Gemeinden zur Verfügung stehen, ist es vernünftig, zum jetzigen Zeitpunkt auf die Einführung der Basisstufe zu verzichten. Die Schulen verbauen sich damit nicht die Möglichkeit, später ihr Schulsystem zu überdenken und allenfalls auf ein altersdurchmishtes Lernen „light“ umzusteigen.

1. Es gibt verschiedene Gründe im Moment auf die Basisstufe zu verzichten.
2. Also ein klares Ja!

Wir sind nicht damit einverstanden, dass auf die Einführung der Basisstufe vorderhand verzichtet wird. Die Basisstufe kann besonders für kleinere Gemeinden eine grosse Chance sein.

Im Moment ja.

Leider muss vorderhand aus politischen Gründen verzichtet werden. Wenn aber eine Gemeinde den Pilotversuch starten will, soll sie ermutigt und unterstützt werden.

Nein, es sollen weitere Studien miteinbezogen werden und die Bevölkerung besser informiert werden. Die Basisstufe ist eine ganz wichtige Neuerung im Bildungsbereich (neurobiologische und pädagogische Studien zur früheren Einschulung und zum altersdurchmischten Lernen belegen dies!) Für die 3.-6. Klasse und für die Oberstufe sollte analog ebenfalls eine ähnliche Struktur eingeführt werden. Dies würde differenzierte Lernformen im Unterricht positiv beeinflussen und deren Umsetzung beschleunigen.

JA. Die SVP ist gegen die Einführung einer Basisstufe, da dieses pädagogisch fragwürdige Experiment einmal mehr auf dem Buckel der Kinder ausgetragen würde.

Nein, sind wir nicht. Wir fordern, eine Basisstufe einzuführen und für die 3.-6. Klasse sowie für die Oberstufe eine ähnliche Struktur einzuführen.

Im Moment leider ja, in Zukunft aber anstrebenswert. Man soll aber dranblei-

Schulrat Silenen
Gemeinderat Silenen

Kreisschulrat Urner Oberland

Kreisschulrat Seedorf

FDP.Die Liberalen Uri

Grüne Uri

SP Uri

SVP Uri

JUSUri

LUR

ben. Pilotprojekte sollten weiterhin möglich sein und vom Kanton auch finanziell mitgetragen werden.

Mit dem möglichen Besuch des Zweijahreskindergartens wird das altersdurchmischte Lernen ermöglicht. Aufgrund der Abstimmung sind wir uns bewusst, dass die Einführung der Basisstufe kaum durchsetzbar ist. Die VSL Uri schätzt den pädagogischen und lernpsychologischen Nutzen der Basisstufe als sehr hoch ein. Eine mögliche Einführung muss im Auge behalten werden.

VSL

Ja, S&E Uri ist damit vorerst einverstanden. Als Entwicklungsoption ist die Basisstufe jedoch wünschenswert.

S&E Uri

Ja, da politisch nicht durchsetzbar.

MSR

JA. Wir erachten es als zweckmässig, diese Diskussion erst wieder aufzunehmen, wenn der Besuch von zwei Kindergartenjahren zum Regelfall geworden ist.

Finanzdirektion

Antworten von nicht Eingeladenen

Ja.

HPZ Uri

4.4 Allgemeine Bemerkungen zum Handlungsfeld 1

Im Lichte der HarmoS-Abstimmung wäre es problematisch, auf diesem Wege die Gemeinden zu verpflichten, einen 2-Jahreskindergarten anzubieten.

Gemeinderat
Bürglen

Siehe HarmoS Abstimmung.

Gemeinderat Erstfeld

Es sollte Spielraum für individuelle Schulmodelle gegeben sein, mehr Flexibilität. Der Führung von Kindergärten vor Ort muss Rechnung getragen werden. Die dezentrale Besiedlung, vor allem in den weitläufigen Berggebieten, setzt natürliche Grenzen.

Gemeinde- und
Schulrat Isenthal

Wir möchten nochmals betonen, dass das zweite Kindergartenjahr nicht als Vollzeitobligatorium erklärt werden soll.

Gemeinderat Seelisberg

Die Gemeinden sollten die Möglichkeiten erhalten einen Vollzeit-Einjahreskindergarten oder einen Teilzeit-Zweijahreskindergarten anzubieten.

Gemeinderat Sisikon

Schulrat Sisikon

Das Urner Stimmvolk hat „HarmoS“ ganz deutlich abgelehnt. Deshalb sollten die Gemeinden nicht verpflichtet werden, das zweite Kindergartenjahr anbieten zu müssen. Freiwillig ist dies heute schon zum Teil der Fall.

Gemeinderat
Wassen

Kantonsintern muss im Auge behalten werden, welche Auswirkungen die teilweise Einführung des freiwilligen Zweijahreskindergartens auf die Heterogenität der Kinder beim Eintritt in die 1. Klasse hat. Gesamtschweizerisch müssen

Schulrat Bürglen

Entwicklungen der Unterstufe in Richtung Grund- oder Basisstufe genau verfolgt werden.

Die Verpflichtung der Gemeinden den freiwilligen Zweijahreskindergarten anzubieten kommt zu sehr dem abgelehnten HarmoS gleich.

Schulrat Schulen
Schächental

Gemeinderat Spiringen

Gemeinderat Unterschächen

Trotz dem klaren HarmoS-Nein, aufgrund der Attraktivitäts-Steigerung, das zweite KIGA Jahr anbieten, aber auf freiwilliger Basis.

Schulrat Silenen
Gemeinderat Silenen

Die Basisstufe soll auf nationaler Ebene weiterhin beobachtet werden.

Der Kindergarten soll weiterhin vor allem dem Spiel und der Vorbereitung auf die Schule dienen. Die Anforderungen sollen nicht höher werden, die Kinder sollen noch Kinder sein dürfen.

Kreisprimarschulrat Seedorf-Bauen

Unter 1-3 ist genügend dazu gesagt.

SP Uri

Wir kommen nicht über den Verdacht hinweg, dass trotz der eindeutigen HarmoS-Abstimmung versucht wird, den Zweijahreskindergarten doch noch einzuführen. Es darf nicht sein, dass sich die exekutive Behörde über einen so klaren Entscheid hinwegsetzt. Diese Strategie werden wir sicher nicht unterstützen.

SVP Uri

Der Kindergarten schreibt keine zwingend zu erreichenden Leistungsziele vor. Das muss unserer Meinung nach dringend beibehalten werden. Die Forderung nach Früheinschulung ist im Trend, ob allerdings früheres, konzentrierteres Vermitteln von Schulstoff tatsächlich die richtige Antwort auf die Aufnahmebereitschaft des Kindes ist, das wird bei dieser Pauschalforderung kaum je in Erwägung gezogen. Wir wollen darum eine ganz klare Trennung von Kindergarten und Schule. Die Einschulung der Kinder ist nicht willkürlich gewählt. Reifetests belegen, dass dies für die Mehrheit der Kinder das ideale Einschulungsalter ist. Zudem sind die Kinder in keinem Kanton der den Zweijahreskindergarten eingeführt hat besser ausgebildet.

Die Basisstufe sollte als wichtige Neuerung aufgenommen werden. Ebenfalls in den weiteren Stufen, wie bereits oben erwähnt.

JUSUri

Die Stufe 4-8 braucht unbedingt kompetente Lehrpersonen. Die Aus- und Weiterbildung für diese Stufe muss ermöglicht werden. Sie verdient Unterstützung und dies auch finanziell.

LUR

Ein Vollpensum für Kindergartenlehrpersonen ist unbedingt anzustreben und zu ermöglichen. Dies steht auch im Zusammenhang mit der späteren AHV und mit der Pensionskasse.

Für die Einführung von neuen Strukturen muss genügend Zeit zur Verfügung

gestellt werden.

S&E Uri erachtet es als wichtig, dass Sonderlösungen für Berggebiete berücksichtigt werden. Ebenfalls soll darauf geachtet werden, dass im 1. Kindergartenjahr die Lektionenzahl nicht erhöht wird (= ½ Pensum vom 2. Kindergartenjahr). Das heisst auch, dass im 1. Jahr die Auffangzeit beibehalten werden soll und im 1. Jahr nicht fix nach den Blockzeiten unterrichtet werden muss.

S&E Uri

Handlungsfeld 2: Primarstufe

4.5 Sind Sie damit einverstanden, dass Französisch als Wahl- oder als Wahlpflichtfach ab dem 5. Schuljahr eingeführt wird? Wenn ja welcher Variante geben Sie den Vorzug?

Grundsätzlich ja; jedoch befürwortet der Gemeinderat Altdorf das Angebot als Wahlpflichtfach.

Gemeinderat Altdorf

Aus dem Bericht geht die Niveau-Einstufung in der Oberstufe nicht klar hervor. Es ist richtig, dass Schülerinnen und Schüler ohne Französischunterricht in der Primarstufe beim Eintritt in die Oberstufe im Französisch-Unterricht automatisch mit Niveau B eingestuft werden. Auf die Zuteilung zu leistungsdifferenzierten Stammklassen oder auf die Niveau-Einstufung der anderen Fächer darf der fehlende Französisch-Unterricht aber keinen Einfluss haben. Wir gehen auch davon aus, dass das Konzept bei entsprechender Entwicklung der Schülerin oder des Schülers einen Wechsel in der Oberstufe vom Niveau B zu Niveau A im Französisch-Unterricht zulässt.

Nein, es sollte generell obligatorisch sein. Jedoch wäre eine Dispensbefreiung vorstellbar.

Gemeinderat Andermatt

Schulrat Andermatt

Nein.

Gemeinderat Attinghausen

Die bestehende Variante 3/7 soll beibehalten werden. Die sprachlichen Fächer dürfen nicht noch mehr aufgewertet werden.

Französisch als Pflichtfach. Bei der Umsetzung ist darauf zu achten, dass sämtliche Lehrpersonen, welche die 5. und 6. Klasse unterrichten, entsprechende Ausbildung machen. Andernfalls kann es zu organisatorischen Schwierigkeiten führen. Darüber hinaus besteht die Gefahr der Überforderung der Kinder, weshalb unbedingt darauf geachtet werden muss, dass die Kinder auf eher spielerische Weise mit dieser Fremdsprache konfrontiert werden (Schwerpunkte also nicht im Bereich Grammatik und Rechtschreibung)

Gemeinderat Bürglen

Ja – Der Gemeinderat erachtet das Modell 2 mit Wahlpflichtfach als richtige Variante.

Gemeinderat Flüelen

Ja, aber als Wahlpflichtfach

Gemeinderat Göschenen

Nein

Gemeinderat Erstfeld

Gemeinderat Gurtellen

Gemeinde- und Schulrat Schattdorf

Gemeinderat Sisikon

Gemeinderat Spiringen

Gemeinderat Unterschächen

Gemeinderat Wassen

Schulrat Schulen Schächental

Schulrat Sisikon

Gemeinde- und Schulrat Isenthal

Nein, wir sind dafür, dass Französisch erst in der Oberstufe eingeführt wird. Wenn eine Mehrheit anderer Meinung ist, soll Französisch als Pflichtfach eingeführt werden. Die Möglichkeit der Dispensation im Einzelfall muss jedoch möglich sein.

Wir befürworten die Einführung von Französisch ab dem 5. Schuljahr und bevorzugen die Variante Pflichtfach mit der Möglichkeit der Dispensation im Einzelfall, weil diese Regelung mit jenen umliegender Kantone kompatibel ist.

Gemeinderat Seedorf

Französisch soll erst im siebten Schuljahr als Pflichtfach angeboten werden. Für schwache SchülerInnen ist die Einführung als Pflichtfach in der 5.Klasse eine Ueberforderung! Zudem „leiden“ andere Dinge im Schulalltag darunter, wenn unsere Schule so „sprachenlastig“ wird. Dispensationen würden durch den organisierten alternativen Unterricht natürlich Zusatzlektionen sprich Zusatzkosten verursachen!

Gemeinderat Seelisberg

Grundsätzlich betrifft diese Frage Seelisberg nicht, da unsere ORS Schüler in Emmetten den Unterricht besuchen und deshalb nach NW Lehrplan unterrichtet werden.

Nein. Wir sind für das Modell 3/7 (Englisch ab 3. Schuljahr, Französisch ab 7. Schuljahr). Wir haben grosse Bedenken, dass auf der Primarstufe nicht genügend adäquat ausgebildete Französisch-Lehrpersonen vorhanden wären.

Schulrat Altdorf

Falls Französisch ab dem 5. Schuljahr eingeführt würde, bevorzugen wir die Variante 1: Pflichtfach.

Die Niveaus A und B müssen bei allen Varianten möglich sein. Die vorgeschlagene Regelung, dass Schüler/innen, die nicht bereits im 5. Schuljahr, sondern erst im 7. mit Französisch beginnen, automatisch dem Niveau B zugeteilt werden, lehnen wir klar ab. Eine solche Regelung würde in der Praxis zu einer Vorselektion für die Oberstufe führen. Zudem würde sie Schüler/innen, die den "Knopf" erst in der Oberstufe aufmachen, benachteiligen.

Auf der Oberstufe müssen Angebote bereitgestellt werden, die Schüler/innen, welche erst im 7. Schuljahr mit Französisch beginnen, ein Aufarbeitung des Niveaus A ermöglichen.

Bei allen Varianten müssen Schüler/innen mit Lernschwierigkeiten vom Französischunterricht dispensiert werden können.

Die Einführung von Französisch als Pflichtfach ab dem 5. Schuljahr wird aus Gründen der Harmonisierung mit den umliegenden Kantonen befürwortet.

Die Einführung als Wahlpflichtfach wird hingegen abgelehnt, da bereits nach dem 4. Schuljahr die ersten Weichen für die Oberstufe gestellt werden müssten, was für einige Kinder durchaus noch zu früh sein kann.

Bei der Variante "Pflichtfach" soll es für SchülerInnen, welche mit den Sprachen generell überfordert sind, die Möglichkeit einer Notenbefreiung geben.

Sollte sich keine klare Mehrheit für die Einführung von Französisch ab der 5. Klasse herauskristalisieren, könnte der Schulrat Attinghausen auch mit der aktuellen Variante 3/7 leben.

Ja, als Pflichtfach

- keine separate Lösung für Uri
- Wahlpflichtfach bewirkt zu frühe Selektion
- bessere Planbarkeit (Organisation, Weiterbildung der Lehrpersonen)
- für Lehrpersonen Ausbildungs-Niveau nicht zu hoch ansetzen, Niveau analog First-Diplom im Englisch würde auf dieser Stufe genügen

Die Lernziele im Französisch müssen v.a. mündliche Fähigkeiten beinhalten.

Eine unkomplizierte Dispensation und Notenbefreiung leistungsschwacher Schüler/innen im Pflichtfach Französisch finden wir notwendig, um dem Leistungsdruck und allfälliger Überforderung entgegen zu wirken.

Wenn schon, dann sollte Französisch als Pflichtfach geführt werden. Die Sprache sollte spielerisch vermittelt werden und nicht zur Promotion zählen.

- Nebst der Einführung von Französisch in der 5. Klasse sollte eine Einführung erst im 7. Schuljahr mit Anpassung der Stundentafel in der Oberstufe geprüft werden.
- Falls garantiert werden kann, dass die Jugendlichen am Ende der Schulzeit auf diesem Weg in beiden Fremdsprachen den gleichen Standard wie in andern Kantonen erreichen, begrüsst der SR Flüelen diesen Weg.
- Falls Französisch in der 5. Klasse eingeführt wird, unterstützen wir klar die Variante Pflichtfach. Die Variante Wahlpflichtfach bringt erhebliche Nachteile
- Auf jeden Fall sollte das Französisch in der 5./6.Klasse ohne Noten und in einer spielerischen Form eingeführt werden. So könnte eine Demotivation der sprachschwächeren Schüler vermieden werden.

Schulrat Attinghausen

Schulrat Bürglen

Schulrat Erstfeld

Schulrat Flüelen

Französisch als Wahlfach, nicht sinnvoll solange dies für den Besuch des Gymis notwendig ist. Wird das Französisch ab dem 5. Schuljahr eingeführt, sollte es möglich sein schwache Schülerinnen/Schüler zu dispensieren.

Schulrat Hospental

Als einzige Urner Gemeinde mit Erfahrungen in Frühfranzösisch sind wir klar gegen die Einführung auf kantonaler Ebene. Schwächere Schüler, insbesondere solche mit sprachlichen Defiziten, bekunden bereits im Fach Deutsch Mühe. Mit genügender Unterstützung seitens Lehrperson und SHP sind bescheidene Erfolge in Englisch möglich; Französisch führt dann aber zu einer gewaltigen Überforderung. Die Lernmotivation sinkt, Dispensationen sind die Folge, was wiederum Kosten für IF-Unterstützung hervorruft. Französisch soll erst in der 7. Klasse angeboten werden. Noch besser: dieses alte, politische Relikt gehört abgeschafft, da sich Deutschschweizer und Romands heute in Englisch verständigen.

Schulrat Seelisberg

Nein. Verschiedene Erfahrungswerte von Schulen, die Französisch als 2. Fremdsprache auf der Primarstufe eingeführt haben, zeigen, dass es doch einige Probleme mit dem Französisch gibt, und die Kinder zum Teil überfordert sind.

Schulrat Silenen
Gemeinderat Silenen

Der SR Silenen hat grosse Bedenken, dass die meisten Kinder mit zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe überfordert sein werden. Ausserdem wird bereits heute von vielen Kreisen (auch Lehrbetriebe!) der Vorwurf laut, die heutigen Schulabgänger verfügen wohl über ein breites Wissen, jedoch Deutsch können sie nicht! Eine Alternative für Französisch ab der 5. Primarstufe wäre eine Lektion mehr Französisch in den drei Jahren der Oberstufe. Somit entspräche die Lektionenzahl im Französisch der durchschnittlichen Anzahl Lektionen in der Zentralschweiz.

1. Ja, im Sinne einer Gleichberechtigung mit allen andern Kindern der Schweiz.

Kreisschulrat Urner Oberland

2. Es soll wie heute Italienisch, als Wahlpflichtfach angeboten werden.

Die Primarschule ist mit der Einführung des Englisch sprachenlastiger geworden. Mit der Einführung des Französisch wird die Sprachenlastigkeit noch verstärkt. Auch für die schwächeren Schüler ist eine zusätzliche Fremdsprache eine weitere Überforderung. Der Kreisschulrat schlägt vor, mit dem Französischunterricht erst in der Oberstufe zu beginnen.

Kreisschulrat Seedorf

Wir sind mit der Einführung der zweiten Sprache ab dem 5. Schuljahr einverstanden. Wir bevorzugen die Variante Wahlpflichtfach.

Kreisprimarschulrat Seedorf-Bauen

Nein, wir sind für das Model 3,7, (Englisch ab dem 3. Schuljahr und Französisch ab dem 7. Schuljahr).

CVP Uri

Wir befürchten, dass der Stundenplan zu sprachlastig wird, andere Fächer wie Deutsch, Mathematik aber vor allem auch Fächer für die Handfertigkeit wie Werken und Gestalten erachten wir als ebenso wichtig!

Falls Französisch ab dem 5. Schuljahr eingeführt würde, geben wir der Variante Französisch als Pflichtfach den Vorzug.

Nein. Wir befürworten das Modell 3/7. Damit das schweizerische Niveau erreicht wird, soll der fehlende Schulstoff kompensiert werden, aber nicht auf Kosten der naturwissenschaftlichen Fächer.

FDP.Die Liberalen Uri

Wir sind nicht einverstanden mit der Einführung des Französisch auf der Primarschulstufe.

Grüne Uri

Wir stellen jedoch die Bedingung (heutige Regelung), dass am Ende der obligatorischen Schulzeit die Urner Schülerinnen und Schüler gleich viel Französischunterricht erhalten haben, wie Schülerinnen und Schüler mit Frühfranzösisch. So gewährt der Kanton Uri den SchülerInnen am Ende der obligatorischen Schulzeit auch im Französisch einen guten Anschluss an ausserkantonale Berufsschulen.

Unbeantwortete Frage im Bericht: Wie viele Urner Jugendliche in ausserkantonalen Schulen hatten bisher Nachteile ohne Französisch auf der Primarstufe?

Wenn das Frühfranzösisch jedoch eingeführt werden sollte, dann sind wir unbedingt für Variante obligatorisch mit guter Regelung über Dispensationsmöglichkeiten.

Wir bevorzugen die Einführung als Wahlpflichtfach ab der 5. Klasse unter der Bedingung, dass auch bei einem späteren Start als Wahlpflichtfach im 7. Schuljahr begabte Kinder das Niveau A erreichen können, z.B. durch Stützkurse oder ergänzende Wahlfachangebote. Falls das nicht garantiert wird, sind wir für einen Start als Wahlpflichtfach im 7. Schuljahr. Das bedeutet, dass nicht alle Urner Kinder wirklich 2 Fremdsprachen lernen müssen. Es soll vielmehr jenen Jugendlichen, welche ihre Stärken mehr im mathematisch-technischen Bereich haben, die Möglichkeit geboten werden, sich dort ihren Ressourcen gemäss besser entfalten zu können. Die SP erachtet es als pädagogischen Unsinn, Kinder, welche schon beim Erlernen der ersten Fremdsprache grosse Mühe hatten und entsprechend demotiviert sind, in einem sturen Automatismus durch eine zweite Fremdsprache zu schleusen. Hier ist noch zu erwähnen, dass bereits das Erlernen der Standardsprache für viele Kinder wie ein Fremdsprachenerwerb daherkommt. Mit einem überladenen Karren erreicht man genau das Gegenteil, als was man sich von der Fremdsprachenreform erhofft hat. Motivierte und sprachbegabte Kinder werden in Klassen mit abgeleschten desillusionierten Kindern nicht die erhofften Fortschritte machen und die schwächeren SchülerInnen werden frustriert die Sprachflinte frühzeitig ins Korn werfen.

SP Uri

Wir gehen von Pflichtfach und Wahlpflichtfach aus. Da für die SVP die Frage der Überforderung der Kinder durch zwei Fremdsprachen auf Primarstufe, längerfristig gesehen (d.h. in den oberen Klassen) nicht geklärt ist, können wir uns allerhöchstens mit dem Modell 2, Französisch als Wahlpflichtfach, einverstanden erklären. Zudem, sind wir der Meinung, dass die Aufstockung der Fremdsprachen zu Lasten der naturwissenschaftlichen Fächer geht. Dieses Defizit zeigt sich spätestens in der Oberstufe. Kindern welche in der Unterstufe mit Fremdspracheunterricht vollgepumpt werden, fehlt die Kapazität der mathematischen Fähigkeiten in der Oberstufe. Die Argumentation Französisch als Pflichtfach einzuführen, überzeugt die SVP nicht. Da für uns das Wohl des Kindes im Vordergrund steht und nicht mit der EDK Sprachenstrategie oder Chancengleichheit aufzuwerten ist. Die Mehrkosten bei der Variante 2 (Wahlpflichtfach) gegenüber Variante 1 (Pflichtfach) von 129'000.- CHF sollte mit Alternativvarianten (z.B. vorgeschriebene Mindestzahlen) noch einmal geprüft

SVP Uri

werden.

Nein. Um die Chancengleichheit zu wahren sollte Französisch erst ab der 7. Klasse angeboten werden. Ansonsten kann das Erreichen des Niveau A anhand eines frühen Entscheids begabten Kindern vorenthalten werden.

JUSOuri

Mittwochnachmittage (Informationsveranstaltungen):

Falls eine Einführung auf der 5. Klasse stattfindet, sagen 1/3 der Lehrpersonen Ja zum Pflichtfach und 2/3 zum Wahl- oder Wahlpflichtfach.

LUR

Die Hälfte kann sich Französisch nur auf der OS vorstellen.

Angenommen Französisch wird als PF eingeführt, müssen Dispensationen und Lernzielanpassungen (IF) möglich sein. Dies wünscht eine Minderheit auch für das Fach Englisch. Zu Bedenken gilt, dass wenn Französisch als WF/WPF eingeführt wird, dies für gewisse Schüler bereits eine Vorselektion für die OS bedeutet.

Eine Gruppe stellt sich die Frage von Niveaus (A/B) bei den Sprachen schon auf der Primarstufe.

Die Sek I ist dafür, dass Französisch erst ab dem 7. Schuljahr eingeführt wird. Eine Fremdsprache in der Primarschule genügt. Zudem soll das Experiment Italienisch endlich beendet werden. Von der Berufsschule anderer Kantone kamen bisher keine negativen Rückmeldungen, dass unserer Lernenden mangelnde Französischkenntnisse haben.

Meinungen der Schulhausteams:

- Der Grossteil ist der Meinung, dass Englisch auf der Primar genügt. Wenn Französisch eingeführt wird, dann ist die Hälfte der Lehrerschaft für ein Obligatorium und die andere für das Wahlpflichtfach.
IF sollte für alle Promotionsfächer gelten.
- Bei der Variante Wahlpflichtfach und Wahlfach muss sich der Schüler indirekt schon fürs Niveau A oder B entscheiden, da es eine Kernklasse A ohne Französisch nicht gibt, während es in der Kernklasse B noch die Möglichkeit der Französisch Dispensation gibt. Oder: Oberstufenlehrer müssen Klassen übernehmen, bei denen die einen schon Französisch hatten, die andern nicht.
Lösung: Wahlfach Franz ab 5. Kl. → Franz Niveau A in der Oberstufe
Kein Franz in der 5. Kl. → Franz Niveau B in der Oberstufe
- Dispensationen und Lernzielanpassungen müssen in den Sprachfächern möglich werden.
- Nein, lieber kein Französisch, wir sprechen aus Erfahrung! Wenn es unbedingt sein muss als Pflichtfach mit der Möglichkeit zur Dispensation.
- 2. Fremdsprache erst ab 1. OS.
Falls Französisch auf der 5. Klasse eingeführt wird, dann als Wahlpflichtfach.
- Wir sind gegen die Einführung des Französisch auf der Primarstufe. Wir schlagen vor, erst auf der OS mit Französisch zu beginnen, aber die Anzahl Lektionen gegenüber heute zu erhöhen. Falls Französisch trotzdem auf der Primarstufe eingeführt wird, ist die Mehrheit für die Variante Pflichtfach.

- Für das Französisch in der Primarschule sind 4 von 24. Gegen das Französisch sind 16 von 24. Wenn es käme, wünschten wir uns ein WPF wie Italienisch. 18 von 24.
- Wir sind nicht damit einverstanden, dass Französisch bereits auf der 5. Klasse eingeführt wird. Wir unterstützen eine PS mit einer Fremdsprache. Falls das Französisch auf die PS kommt, dann nur als Pflichtfach, alles andere ist nicht zu organisieren. Italienisch soll als Wahlfach in der PS auf jeden Fall gestrichen werden, auch wenn Französisch erst ab der 1. OS unterrichtet wird.
- Nein! Wir befürworten die Einführung des Französischunterrichts erst in der 7. Klasse (1. Oberstufe!) als Pflichtfach (mit entsprechender Dispensationsmöglichkeit). **Modell 3 – 7!**
- Einstimmig wird bei einer allfälligen Einführung die Variante 1 (Pflichtfach) bevorzugt. Das Fällen von Laufbahnentscheiden bereits in der 4. Klasse bei einer Einführung als Wahlpflichtfach erachten wir als problematisch bzw. nicht verantwortbar.
- Wir schlagen vor, in der Oberstufe Englisch ab der 7. Klasse auf Kosten des Französischunterrichts zu reduzieren. Im 9. Schuljahr könnten wir uns das Fach Englisch z.B. nur noch als Wahl(pflicht)fach vorstellen. Wichtig ist, dass die Jugendlichen in beiden Sprachen die erforderlichen Kompetenzen (Level) erreichen.
- Die Frage bzgl. Umzug einzelner Familien in andere Kantone haben wir im Zusammenhang mit der Chancengleichheit ebenfalls diskutiert. Aufgrund eines Vergleichs der Lektionentafeln einzelner Kantone stellte man fest, dass die Unterschiede – wenn nur die Pflicht- und Wahlpflichtlektionen berücksichtigt werden – zwischen den Kantonen zum Teil *beträchtlich* sind. Die Chancengleichheit ist heute schon nicht gegeben.

VSL

Ja, S&E Uri ist *mehrheitlich* damit einverstanden, gibt aber der Variante Wahlpflichtfach den Vorzug. Somit werden Leistungsschwächere nicht überfordert. Es muss eine gute, klare, **kindsgerechte Lösung** für die Weiterführung des Fremdsprachenkonzeptes in der Oberstufe gefunden werden.

S&E Uri

Französisch als Wahlpflichtfach wird eher befürwortet, jedoch mit der Möglichkeit in der Oberstufe mit zusätzlichem Unterricht trotzdem von Niveau B auf Niveau A zu kommen. Die Chancengleichheit bei der Berufswahl sollte gewährleistet sein.

Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann

Französisch sollte unserer Meinung nach Pflichtfach sein.

MSR

Ja. Wir bevorzugen die Variante "Französisch als Pflichtfach". Damit wird die vollständige Koordination mit den übrigen Zentralschweizerkantonen erreicht und die Chancengleichheit erhöht. Positiv werten wir auch die voraussichtlich tieferen Umsetzungskosten dieser Variante. Die Möglichkeit schwächere Schülerinnen und Schüler dispensieren zu können, erachten wir als zwingend notwendig. Einerseits können damit Überforderungen vermieden werden und andererseits wird das Bildungsniveau nicht belastet.

Finanzdirektion

Antworten von nicht Eingeladenen

Nein, wir bevorzugen das Modell 3-7.

HPZ Uri

Wir sind dafür, dass Französisch erst ab dem 7. Schuljahr eingeführt wird. Eine Fremdsprache in der Primarschule genügt. Zudem soll das Experiment Italienisch endlich beendet werden. Von den Berufsschule anderer Kantone kamen bisher keine negativen Rückmeldungen, dass unsere Lernenden mangelnde Französischkenntnisse haben.

LUR, Sekundarstufe 1

Falls Französisch auf der Primarschule eingeführt wird sind wir grossmehrheitlich für ein Pflichtfach. Alles andere würde zu einer zu frühen Vorentscheidung bei der Berufswahl führen.

4.6 Sind Sie damit einverstanden, dass die maximale Zahl von Schülerinnen und Schülern pro Abteilung von 26 auf 24 gesenkt wird?

Ja.

Kreisschulrat Seedorf: Wir sind voll und ganz damit einverstanden.

Schulrat Seelisberg: Ja, unbedingt

Gemeinderat Altdorf

Gemeinderat Göschenen

Gemeinderat Schattdorf

Gemeinderat Spiringen

Gemeinderat Unterschächen

Schulrat Altdorf

Schulrat Schulen Schächental

Schulrat Seelisberg

Kreisschulrat Urner Oberland

Kreisschulrat Seedorf

Ja. Eine Klassengrösse von 26 Kindern ist nicht mehr zeitgemäss. Dies zeigt sich verstärkt, wenn zusätzlich noch Kinder mit IF-Status in einer solchen Klasse sind.

Gemeinderat Attinghausen

Schulrat Attinghausen

Grundsätzlich einverstanden, auch wenn das zu Mehrkosten führen kann.

Gemeinderat

Nein – Eine wirksame Entlastung der Lehrpersonen kann nicht mit 2 Schülerinnen oder Schüler mehr oder weniger erreicht werden. Diesbezüglich sind andere Massnahmen vorzusehen. Hingegen hat eine verbindliche Senkung der Schülerzahlen pro Klasse grosse finanzielle Auswirkungen auf die Gemeinden und ist in der Regel absolut.

Die Schülerzahlen pro Abteilung sind daher zumindest beizubehalten oder sollten flexibel gestaltet werden können. An dieser Stelle darf erwähnt werden, dass die Schule Flüelen mit dem Konzept 6+ bereits seit einigen Jahren eine wirksame Entlastung der Lehrpersonen vornimmt. Bereits bei tieferen Schülerzahlen pro Abteilung setzt eine Entlastung ein, welche sich mit Zunahme der Schülerzahlen (auch über das gesetzliche Maximum) erhöht. Dadurch kann bei Schwankenden Schülerzahlen vermieden werden, dass Klassen immer wieder geteilt werden müssen. Dies zum Vorteil der Kinder und der Schule.

Nein

In Anbetracht des vermehrt geforderten Betreuungsaufwandes kann die Senkung der Schülerzahl von 26 auf 24 bzw. von 24 auf 22 bei zwei- und mehrklassigen Abteilungen befürwortet werden. Es soll jedoch eine bestimmte Flexibilität berücksichtigt werden können;

- Wenn mehrfach geführte Klassen die Obergrenze vorübergehend um wenige Schüler übersteigen (Einsparung zur Führung einer zusätzlichen Abteilung).
- Wenn bei zwei- oder mehrklassigen Abteilungen die Obergrenze nur vorübergehend überschritten wird.

Die Anzahl Schüler geben nicht unbedingt das Arbeitsvolumen einer Klassenlehrperson vor, entscheidender ist das durchschnittliche Niveau der Schüler in derselben Klasse.

Bürglen

Gemeinderat Flüelen

Gemeinderat Andermatt

Gemeinderat Erstfeld

Gemeinderat Gurtellen

Gemeinderat Siskon

Gemeinderat Wassen

Schulrat Andermatt

Schulrat Bürglen

Schulrat Hospental

Gemeinde- und Schulrat Isenthal

<p>Aus fiskalischen Überlegungen sind wir gegen eine Senkung der maximalen Schülerzahlen pro Abteilung von 26 auf 24.</p>	<p>Gemeinderat Seedorf</p>
<p>Ja, denn dies wäre eine Entlastung der Lehrpersonen. Der Unterrichtsalltag ist heute so komplex.</p>	<p>Gemeinderat Seelisberg</p>
<p>Nein. Es gibt keine echten pädagogischen Argumente für die Senkung. Die Klassengrösse bestimmt nicht die Arbeit der Lehrperson. Die Heterogenität bestimmt dies. Die finanziellen Mehrkosten sind dabei zu beachten.</p>	<p>Schulrat Erstfeld</p>
<p>Die Führung einer Primarklasse mit IF und IS Kindern ist höchst anspruchsvoll und eine Senkung der max. Schülerzahl auf 24 absolut gerechtfertigt.</p>	<p>Schulrat Flüelen</p>
<p>Würde Senkung auf max. 22 begrüßen.</p>	<p>Schulrat Schattdorf</p>
<p>Abgesehen von den pädagogischen Nachteilen einer grossen Klasse (z.B. bei Integration IS/IF etc.) benötigt eine moderne Schule mehr Platz. Mit 26 Kindern im Schulzimmer wird es teilweise sehr eng. Die Vorteile einer Klassengrösse von 18-22 Kindern liegen klar auf der Hand. Deshalb wird es höchste Zeit, die maximale Schülerzahl gesetzlich zu senken.</p>	<p>Schulrat Silenen Gemeinderat Silenen</p>
<p>Allerdings betrachtet der SR Silenen aufgrund der ersten Erfahrungen seit dem Einführen von IF die Senkung von 26 auf 24 Schüler als zu kleiner Schritt. Bei so grossen Klassen kann die Schule den Schülern kaum gerecht werden, wenn IF und IS Kinder in der Klasse integriert werden müssen. Weiter stossen die LP's an ihre Grenzen.</p>	
<p>Dem SR Silenen ist bewusst, dass die Schulen seit der Einführung des NFAUR kleinere Klassenzahlen selber definieren können. In kleineren Gemeinden wird es aber schwierig, dies umzusetzen, da der Kostendruck gross ist.</p>	
<p>Es ist nach wie vor nicht nachvollziehbar, dass in den untersten Klassen die grössten Schülerzahlen zugelassen sind. In der PS ist die Bandbreite der Heterogenität der Schüler am Grössten. Werden doch vom IS- über den IF-, bis hin zum Kollegischüler und den Hochbegabten alle in einer Klasse unterrichtet. In den OS und Gymnasien, wo sich die Bandbreite verringert, sind die gesetzlich verankerten Maximal- Schülerzahlen kleiner.</p>	
<p>Dies ist unseres Erachtens ein Widerspruch.</p>	
<p>Um eine Chancengleichheit in allen Urner Gemeinden für die Schüler zu erhalten, schlägt der SR Silenen, eine Senkung der Schülerzahlen auf der PS von 26 auf 22 Schüler, vor.</p>	
<p>Ja, Bei kurzzeitigen Engpässen sollte die Möglichkeit bestehen eine Sonderbewilligung zu erhalten.</p>	<p>Schulrat Sisikon</p>
<p>Einverstanden. Diese Reduktion, die mit recht hohen Kosten verbunden ist,</p>	<p>Kreisprimarschul-</p>

<p>soll aber den Kindern zugute kommen und nicht durch eine Mehrbelastung der Lehrpersonen mit zusätzlichen administrativen Aufgaben zunichte gemacht werden.</p>	<p>rat Seedorf-Bauen</p>
<p>Aus pädagogischer Sicht ist die Reduktion der Schülerzahl sicher optimal. Mit dem Vorbehalt der zusätzlichen finanziellen Belastung können wir uns Abteilungen mit 24 Kindern Schülern vorstellen.</p>	<p>CVP Uri</p>
<p>Im Sinne einer Qualitätssteigerung befürworten wir die Senkung.</p>	<p>FDP.Die Liberalen Uri</p>
<p>Nein, wenn über Reduktion diskutiert wird, gehören auch die Oberstufe und der Kindergarten dazu. Wir erachten die Reduktion als zu gering. Unser Vorschlag: Einklassige Schulen auf der PS mit Maximum 22, im Kindergarten und auf der ORST 20. Zweiklassige Abteilungen werden analog angepasst.</p>	<p>Grüne Uri</p>
<p>Nein, eine moderne Schule, welche Individualisierung, ressourcenorientiertes Lernen und Binnendifferenzierung im Unterricht ernst nehmen will, benötigt kleinere Gruppengrößen von höchstens 18-20 Kindern. Sind in den Klassen zudem Kinder mit schweren Verhaltensauffälligkeiten oder mit integrierter Sonderschulung ist eine Gruppengröße von 16 Kindern adäquat. Wird dem nicht genügend Rechnung getragen, bezahlen Lehrpersonen und Kinder dafür den Preis. Die stets zitierten Beispiele nördlicher Schulkonzepte bieten hier ganz andere, umfassendere Infrastrukturen an. Da spielt von der Klassengröße, den Tagesstrukturen, dem Personalaufwand und der Wertschätzung der erzieherischen Arbeit alles zusammen und das umfassende Gesamtpaket macht den Erfolg dieser Schulen aus.</p>	<p>SP Uri</p>
<p>Nein, für uns ist eine Senkung der Schülerzahl von 26 auf 24 ausgeschlossen. Schon heute liegen wir in etwa im CH-Schnitt. Zudem ist die Heterogenität im Kanton Uri bei weitem und zum Glück nicht so ausgeprägt wie in urbanen Verhältnissen. Die im Bericht allzu einseitige Betrachtung lässt den Einfluss der Lehrperson und die Zusammensetzung der Klasse gänzlich beiseite. Wir sind der Meinung, dass mit (theoretischer) zusätzlicher Kapazität die Lehrer/innen mit erneuten Zusatzaufgaben (Integration, Administration etc.) wiederum und zusätzlich in Bedrängnis führen werden. Vergleiche dazu auch die Beantwortung der Frage 24: <i>Es wäre zu überlegen, ob in einem ersten Schritt die Oberstufen in Kreisen zusammen gelegt werden könnten. Die Kinder wären bereits älter und bezüglich Schulwege, Transport etc. sähen wir hier für die Oberstufenkinder keine Probleme. Nicht unwesentlich ist auch das Kostensenkungspotenzial. Hier sehen wir eine wesentliche Entlastung.</i></p>	<p>SVP Uri</p>
<p><i>Vorhergehend wurden wir mit der Frage konfrontiert, ob die maximale Zahl von Schülern pro Abteilung von 26 auf 24 gesenkt werden könnte. Die Abbildung 11 auf Seite 58 verdeutlicht einmal mehr die hohen Kosten pro Schüler. Auf der Oberstufe haben wir die vierthöchsten Kosten pro Schülerin in der Schweiz. U.a. wird dies damit begründet, dass im Kanton Uri im Schuljahr 2007/08 die Zahl der Schüler bei 16.4 (!) pro Abteilung lag. Der schweizerische Schnitt betrug hingegen 18.8 Schülerinnen. Wir Fragen uns, wie weit hinunter wohl dieser Schnitt fallen würde, wenn man noch die maximale Schülerzahl pro Abteilung senken würde?</i></p>	

Ausserdem ist es beängstigend, wie die Bildungskosten geradezu explodieren. Wir sind der Meinung dass bei der Urner Schule noch vorhandenes Sparpotenzial vorhanden ist, dass ohne Qualitätsverlust genutzt werden muss. Deshalb erachten wir eine konsequente „Durchleuchtung“ der Handlungsfelder auf Sparpotenzial als eine Notwendigkeit und sinnvoll.

Nein, wir fordern kleinere Gruppen in der Grösse von 16-18 Kindern pro Klasse. Ansonsten sind zu wenige Ressourcen für eine moderne Schule vorhanden. Individuelles Lernen und Integrieren von Kindern mit Verhaltensauffälligkeiten werden ansonsten beinahe verunmöglicht.

JUSOURi

Die Senkung findet 100%ige Zustimmung. Die Zahl 24 scheint zu hoch zu sein. Die von uns vorgeschlagene Zahl lautet 22, bzw. 20 für Mehrfach-Abteilungen. Individualisieren und Altersdurchmischtes Lernen und Doppelklassenklassen zusammen verlangen noch kleinere Klassen. Solche Klassen auf allen Stufen dürfen nicht mehr als 16 zählen.

LUR

Also wäre auch in der Oberstufe eine Anpassung nach unten nötig.

Bedenken werden im Zusammenhang mit IF und IS Kindern angemeldet. IF Kinder sollen doppelt gezählt werden, IS Kinder dreifach.

Für eine Klasse sollen 150-Stellenprozente vorgesehen sein.

Das Reglement Sonderpädagogik beibehalten und weiterhin individuelle Lösungen ermöglichen.

Ja. Einer Senkung der Eckzahlen stimmt die Mehrheit der Schulleiterinnen und Schulleiter klar zu. Einige stellen sich sogar hinter eine weitere Senkung der maximalen Zahl auf 22.

VSL

In Zusammenhang mit der steigenden Heterogenität und allfälligen Modellen von jahrgangsdurchmischten Abteilungen ist eine Mehrbelastung der Lehrpersonen jedoch nicht von der Hand zu weisen. Die Schulleitungen stehen für die Erhöhung des IF-Pools (Anpassung des Faktors) oder für die Schaffung zusätzlicher Pensen ein, um das Lehrpersonal künftig erweitert unterstützen zu können.

S&E Uri begrüsst das sehr. Dies ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung im Zusammenhang mit dem individualisierten Unterricht. S&E fordert als Entwicklungsoption aber noch kleinere Klassengrössen.

S&E Uri

Ja.

MSR

Nein. Nachdem verschiedene Studien zeigen, dass der Einfluss der Klassengrösse auf die Schulleistungen nicht eindeutig geklärt ist - jedoch Mehrkosten von 490'000 bis 650'000 Franken pro Jahr verursacht - empfehlen wir, diese Herabsetzung noch nicht vorzusehen.

Finanzdirektion

Antworten von nicht Eingeladenen

Ja.

HPZ Uri

Ja. Wir unterstützen dieses Anliegen. Es geht uns aber zu wenig weit und auch in der Oberstufe wäre eine Anpassung nach unten nötig.

LUR, Sekundarstufe 1

4.7 Allgemeine Bemerkungen zum Handlungsfeld 2

Die Nachqualifikation der Lehrpersonen fürs Französisch muss seitens der BKD koordiniert und ohne grossen Administrativaufwand ermöglicht werden.

Gemeinderat Attinghausen

Schulrat Attinghausen

Finanzielle Folgen für Gemeinden betr. Klassengrössen werden im Bericht nicht ausgelotet.

Gemeinderat Bürglen

Sprachenlastigkeit in der Primarschule soll nicht generell ausgedehnt werden. Mathematik, Deutsch und Mensch und Umwelt ist in der Grundausbildung vermehrt zu werten.

Gemeinde- und Schulrat Isenthal

Die Obergrenze von 24 bzw. 22 Schülerinnen und Schüler soll als Richtwert angenommen werden.

Statt Französisch auf der 5. Klasse einzuführen, schlagen wir vor, die Lektionen in Französisch zulasten des Englischunterrichts in der Oberstufe zu erhöhen.

Gemeinde- und Schulrat Schattdorf

Brauchen wir in Zukunft nur noch Schulabgänger, welche drei Sprachen sprechen? Es würde doch bestimmt auch Sinn machen, wenn die heutige Schule auch wieder mehr Wert auf andere Fähigkeiten (zB. Handwerkliche, musische, kreative usw.) legen könnte.

Gemeinderat Seelisberg

Französisch ab der 7. Klasse genügt; eventuell sind die Anzahl Lektionen in der 7. Klasse zu erhöhen um allfällige Benachteiligungen gegenüber anderen Kantonen zu minimieren.

Gemeinderat Sisikon

Schulrat Sisikon

Um die Qualität der Schule für die Kinder und Lehrpersonen nachhaltig zu beeinflussen, muss die Schüler/innenzahl pro Abteilung auf 22 reduziert werden.

Schulrat Bürglen

Vor allem auf der Unterstufe sind kleinere Klassen wünschenswert.

Falls Französisch eingeführt wird, muss es zuerst genug ausgebildete Lehrpersonen haben. Und alle sollen mit dem gleichen Lehrmittel arbeiten, damit auch alle auf dem gleichen Niveau sind.

Schulrat Erstfeld

<p>Würde Frühfranzösisch in der 5. Klasse eingeführt, wären Dispensationen zunehmend ein Thema, dem frühzeitig Beachtung geschenkt werden müsste: einheitliche Regelung! All dies würde zu mehr Kosten und einer komplizierten Organisation führen.</p>	<p>Schulrat Seelisberg</p>
<p>Neue Schulmodelle (altersgemischtes Lernen, Auflösung von Klassenstrukturen etc.) soll weiter verfolgt und gefördert werden.</p>	
<p>Vor der Einführung von Französisch soll eine langfristige Sprachstrategie erarbeitet werden und genug ausgebildete LPs zur Verfügung stehen.</p>	<p>Schulrat Silenen Gemeinderat Silenen</p>
<ol style="list-style-type: none"> 1. Fremdsprachen in der Primarschule dürfen nicht weiter auf Kosten der Muttersprache „Deutsch“ eingeführt werden. 2. Die Ausbildung der Lehrpersonen wurde zu wenig in Betracht gezogen. Das Ausbilden einer Minimalzahl an Fachlehrpersonen reicht in der Praxis nicht aus (Bsp. Englisch / Italienisch). 3. Eine langfristige Sprachstrategie wäre wünschenswert! 	<p>Kreisschulrat Urner Oberland</p>
<p>Altersdurchmisches Lernen wird begrüsst, die LP müssen jedoch sehr gut weitergebildet werden. Es wird mit Kosten verbunden sein (Ausbildung, Lehrmittel).</p>	<p>Grüne Uri</p>
<p>Vermehrtes Individualisieren, respektive stärkere Differenzierung im Unterricht bedingt mehr Teamteaching und verstärkte Zusammenarbeitsformen. Dazu sind auch erhöhte Lehrpersonenpensen pro Klasse nötig. Es ist zudem angebracht, die Besoldung der Lehrpersonen bei deutlich gestiegenen beruflichen Anforderungen zu verbessern. Neuere Studien zeigen, dass der zu erwartende Lehrpersonenmangel viel damit zu tun haben, dass in vergleichbaren Berufen deutlich bessere Lohnbedingungen herrschen. Sind aber zu wenig Lehrpersonen auf dem Markt, dürfte es ungleich schwieriger werden, effiziente Schulentwicklungen vorantreiben zu können.</p>	<p>SP Uri</p>
<p>Die Primarstufe soll vor allem die Grundlagen vermitteln und klare, altersgerechte Schulstrukturen mit Übertrittsmarken schaffen. Fremdsprachen sind wichtig, dürfen aber nicht höher als die naturwissenschaftlichen Fächer gewichtet werden. Die Prioritäten müssen nach unserer Meinung klar in den naturwissenschaftlichen Fächern liegen. Für die SVP ist es unumgänglich, dass Schulleistungen konsequent benotet werden. Pro Schuljahr braucht es klare und messbare Leistungsziele, welche benoten werden und auch für Aussenstehende verständlich sind. Die Volksschule soll sich dem Föderalismus stellen, weil der Föderalismus wettbewerbsorientiert ist und damit zu guter Leistung anspricht.</p>	<p>SVP Uri</p>
<p>Wie bereits lange im Voraus gewarnt wurde, ist der Lehrermangel nun rasant am Kommen. Um diese Problematik lösen zu können, sind gerechte Löhne sowie genügend Lehrpersonen unumgänglich. Will man eine moderne Volksschule, müssen kleine Klassen mit individuellem Lernen, verstärkte alters-</p>	<p>JUSOuri</p>

übergreifende Zusammenarbeit gefördert werden. Die damit verbundenen höheren Anforderungen an das Lehrpersonal muss auch dementsprechend entlohnt werden.

Altersdurchmischte Klassen scheinen mit dem jetzigen Lehrplan sehr schwierig zu unterrichten. Altersdurchmishtes Lernen soll ermöglicht, aber nicht verordnet werden. Infrastrukturen fehlen.

LUR

Ist auch eine gewisse Freiwilligkeit zum Französisch möglich? Welche Fächer müssen fürs Französisch bluten. Ist es wieder Deutsch und Mathe?

Zwei drittel sind für altersdurchmishtes Lernen, ein Drittel dagegen.

Altersdurchmishtes Lernen braucht Weiterbildung und neue Lehrmittel.

Altersdurchmishtes Lernen und Doppelklassen verlangen noch mehr Augenmerk.

Falls Französisch doch auf der Primarschule eingeführt würde, fügen wir folgende Bemerkungen an:

VSL

- Wichtig erscheint uns auch die Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen für die Anpassung der Stundentafel. So muss den Integrativen Schulungsformen Rechnung getragen werden können und entsprechende Massnahmen (z.B. eine im Bericht erwähnte Dispensation) müssen getroffen werden.
- Aus Sicht der Schulleitungen wird es eine grosse Herausforderung sein, die notwendige Anzahl von Lehrpersonen für den Französisch-Unterricht zu rekrutieren. Vom Modell der Klassenlehrperson muss in Zukunft wohl vermehrt Abschied genommen werden und ein Systemwechsel Richtung Fachlehrpersonen auch auf der Primarstufe scheint unumgänglich (Lehrerausbildung 7 aus 10 Fächern!) zu sein.
- Die Einführung von Französisch auf der Primarstufe dürfte nicht auf Kosten von musischen und handwerklichen Fächern gehen.

Bemerkung zur Formulierung von Frage 5: Wahrscheinlich muss es Pflicht- oder Wahlpflichtfach heissen, nicht Wahl- oder Wahlpflichtfach.

S&E Uri erachtet es als wichtig, dass in der Primarschule das Klassenlehrerprinzip beibehalten bleibt, damit die Schüler eine echte Bezugsperson haben. Es ist von einem Trend Richtung Fachlehrerprinzip abzusehen.

S&E Uri

S&E Uri vertritt die Meinung, dass die **Wiedereinführung der Einführungsklassen** ernsthaft geprüft und baldmöglichst umgesetzt werden soll.

Handlungsfeld 3: Oberstufe

4.8 Sind Sie damit einverstanden, dass auf das separierte Modell auf der Oberstufe zukünftig verzichtet wird?

Ja / Grundsätzlich ja

Kreisschulrat Seedorf: Wir sind voll und ganz damit einverstanden.

Gemeinderat Altdorf
Gemeinderat Andermatt
Gemeinderat Bürglen
Gemeinderat Erstfeld
Gemeinderat Flüelen
Gemeinderat Göschenen
Gemeinderat Gurtellen
Gemeinde- und Schulrat Schattdorf
Gemeinderat Sisikon
Gemeinderat Spiringen
Gemeinderat Unterschächen
Gemeinderat Wassen
Schulrat Altdorf
Schulrat Andermatt
Schulrat Attinghausen
Schulrat Bürglen
Schulrat Erstfeld
Schulrat Schulen Schächental
Schulrat Sisikon
Kreisschulrat Urner Oberland
Kreisschulrat Seedorf
MSR

Nein. Auf der Oberstufe hat sich das separierte Modell bewährt. Dieses soll deshalb auch beibehalten werden.	Gemeinderat Attinghausen
Ja. Es erfolgen keine Klassifizierungen. Auf die sinkenden Schülerzahlen (Klassengrösse) kann besser reagiert werden – Optimierung von Abteilungen.	Gemeinde- und Schulrat Isenthal
Ja, da mit den Modellen kooperative Oberstufe und integrierte Oberstufe besser auf die Stärken und Schwächen und die spezifischen Bedürfnisse der SchülerInnen eingegangen werden kann. Positiv an diesen Modellen ist auch, dass die Möglichkeit besteht, bei Leistungsänderung das Niveau in einzelnen Fächern oder der Kernklasse schnell zu wechseln.	Gemeinderat Seedorf
Ja, unsere ORS Schüler werden in Emmetten seit Jahren im integrierten Modell unterrichtet.	Gemeinderat Seelisberg
Ja, das separierte Modell hat ausgedient. Die Bildung von Leistungs-/Niveaugruppen ermöglichen eine differenzierte Zuweisung der Jugendlichen in die passende Lerngruppe.	Schulrat Flüelen
Nein.	Schulrat Hospental
Ja, da nicht mehr zeitgemäss.	Schulrat Seelisberg
Ja. Das separierte Modell wird der heutigen Zeit nicht mehr gerecht. Auch ein schwacher Schüler kann z.B. in Mathe gute Leistungen erbringen; mit den Niveau-Fächern hat man ein geeignetes Instrument zur Verfügung, den einzelnen Individuen mehr gerecht zu werden.	Schulrat Silenen Gemeinderat Silenen
Die alternativen Modelle (Koooperative OS, Integrierte OS) sind einiges komplizierter und bringen einen höheren organisatorischen Aufwand. Bei der separierten Oberstufe ist die Organisation wesentlich einfacher. Gut ist, wenn der Wechsel einfach ist. Mit speziellen Förderungen in einzelnen Fächern kann dann immer noch auf spezifische Bedürfnisse einzelner Kinder eingegangen werden. Man sollte sich schon gut überlegen, ob sich der Aufwand des Wechsels und der zusätzliche organisatorische Aufwand wirklich lohnen. Eine grundsätzliche Vereinheitlichung ist nötig. Die Beurteilung der Jugendlichen durch die Lehrbetriebe ist durch die Vielzahl der Modelle sehr schwierig geworden (Multitests nötig).	Kreisprimarschulrat Seedorf-Bauen
Eher nicht. Alle Gemeinden haben ihre individuelle Lösung gefunden. Es sollen weiterhin alle möglichen Varianten offen bleiben.	CVP Uri
Ja, wir fordern ein einheitliches System für den gesamten Kanton.	FDP.Die Liberalen Uri

Zu viele Modelle sind der gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit für alle Betroffenen nicht dienlich. Wir befürworten deshalb eine Einschränkung der Modelle (Wegfall des separierten Modells).

Grüne Uri

Wir streben die Option altersdurchmischtes Lernen an.

Eine altersdurchmischte Oberstufe bedeutet eine sehr aufwändige Umstellung (anderes Unterrichten, Beurteilung nach Kompetenzrastern, Haltungs- und Werteänderungen der Lehrpersonen, SchülerInnen und Eltern...) Dies braucht Zeit. Falls eine Oberstufe mit separiertem Modell direkt auf die Option altersdurchmischte Oberstufe wechseln will, scheint uns diesbezüglich der Zeitplan auf S. 71 zu eng. Ausnahmen sollen möglich sein, wenn die Absicht zur Weiterentwicklung definiert ist.

Ja, wenn genügend personelle und materielle Ressourcen für die Betreuung der Jugendlichen und der Lehrpersonen zur Verfügung stehen. Integration auf der OST ist Schulentwicklung und nicht zum Nulltarif zu haben! Von den schwächeren bis zu den stärkeren Schülern/Schülerinnen müssen alle Jugendlichen ihren Möglichkeiten entsprechend gefördert werden können. Für eine wirkliche Integration gehören auch das Untergymnasium und die Werkschule dazu. Das Ausklammern des Untergymnasiums von der geplanten Schulreform erachten wir als verfehlt.

SP Uri

In den kleineren Gemeinden kann das kooperative oder integrierte Modell durchaus Sinn machen. Bei den grösseren Gemeinden hat sich bei hoher Schülerzahl das separierte Modell bewährt. Für uns ist nicht nachvollziehbar, warum hier wiederum ein Wechsel angestrebt wird.

SVP Uri

Ja. Personelle und materielle Ressourcen müssen einfach genügend vorhanden sein, ansonsten sehen wir schwarz. Integration ist nicht gratis zu haben. Den Einbezug der Werkschule erachten wir als gut, dass das Untergymnasium ausgeklammert ist, jedoch falsch. Nur wenn alle Bereiche zusammen kommen ist eine wirkliche Integration möglich.

JUSOURi

Ca. 2/3 sind mit dem Vorschlag einverstanden. Es ist momentan Mode. Ein Drittel sagt nein dazu. Begründung: Wenn die Schülerzahlen es erlauben, sollte man das separierte Modell zulassen.

LUR

Bedingung: Solange Probleme wie grosse Niveauunterschiede in Nebenfächern, tiefes Niveau in Niveau B-Fächern und die ungenügende Betreuung vor allem von schwächeren Schülerinnen und Schülern nicht gelöst sind, darf man kein Modell streichen, welches in diesen Punkten klar mehr Vorteile bietet.

Eine Gefahr stellt die Bewertung der Lernenden dar. Bleibt es bei den herkömmlichen Noten, könnte es schwierig werden. Kompetenzraster wären ein anderer Vorschlag!

Es soll auch möglich sein, das separierte Modell weiterzuführen und vor allem weiter zu entwickeln, denn auch die Probleme im integrierten Modell sind im-

mer noch gross und nicht gelöst. Bei der Betreuung von schwächeren Schülern hat das separierte Modell nach wie vor grosse Vorteile gegenüber dem integrierten Modell. In den Nebenfächern gibt es im integrierten Modell zudem grosse Niveauunterschiede und in den Hauptfächern im Niveau B sind durch eine Anhäufung sehr schwacher Lernender das Leistungsniveau und die Leistungsbereitschaft der Lernenden massiv gesunken.

Wir Urnerinnen und Urner können stolz auf uns und unseren Kanton sein, wenn es um die finanzielle Unterstützung unserer Schülerinnen und Schüler auf der Oberstufe geht. Schweizweit „sponsern“ wir unseren Nachwuchs auf der Oberstufe mit dem vierthöchsten Betrag unter allen Kantonen. Unser Einsatz und unser finanzielles Engagement können sich sehen lassen und trägt auch reiche Früchte. Wie wir wissen und wie weit herum bekannt ist, genießen Berufsleute aus dem Kanton Uri weit über die Kantonsgrenzen hinaus ein ausgezeichnetes Ansehen. Es sind Berufsleute, auf die man sich verlassen kann, die durch ihren Einsatz, ihr Können und ihre soziale Kompetenz sehr geschätzt werden und die man nicht mehr gerne „ziehen“ lässt. Auch gibt es immer wieder Berufsleute aus dem Kanton Uri, welche bei schweizerischen Berufswettbewerben vorne mitmischen oder gar als Sieger hervorgehen. Das kann zu einem Teil sicher auch darauf zurückgeführt werden, dass wir in unserem Kanton die Oberstufe sehr gut unterstützen und für die Schülerinnen und Schüler so beste Lernvoraussetzungen schaffen und ihnen zusammen mit der anschliessenden Berufsschule beste Startmöglichkeiten ins Berufsleben ermöglichen.

Wenn wir dieses finanzielle Engagement in Bezug auf die Oberstufe beibehalten oder gar noch ausbauen, schaffen wir vielleicht den Sprung aufs Podest der besten Drei. Bleiben wir dran.

- Ja. Integrierte und das kooperative Modelle haben sich bewährt. Die Bildung von Leistungs-/Niveaugruppen ermöglichen eine differenzierte Zuweisung der Jugendlichen in die passende Lerngruppe. Die Modelle kommen dem zunehmenden Anspruch an einen individualisierenden Unterricht entgegen.
- Auch die Reduktion auf ein einziges Grundmodell (Integrierte Oberstufe) mit den im Bericht vorgesehenen Entwicklungsoptionen ist für die VSL denkbar.
- Beide vorgesehenen Modelle entschärfen die Selektionssituation in der Mittelstufe 2. Dies bringt eine Entlastung der Lehrpersonen MS2 bei der Zuweisung in die Oberstufe.

VSL

Ja, S&E Uri begrüsst diesen Schritt - mit einer Einschränkung. Die Werkschule sollte nach Möglichkeit weiterhin separiert geführt werden.

S&E Uri

Ja. Einerseits entfällt dadurch die Gefahr von Fehlzusweisungen weitestgehend und andererseits darf bei integriert geführten Modellen durchschnittlich eher mit höheren Leistungen gerechnet werden. Allerdings muss sichergestellt sein, dass die Integration nicht das Bildungsniveau schwächt.

Finanzdirektion

Antworten von nicht Eingeladenen

Ja. Es sollte nur noch ein Modell auf der Oberstufe geben, konsequenterweise das integrierte Modell.

HPZ Uri

Es soll kein Modell gestrichen werden. Es solle auch möglich sein das separierte Modell weiterzuführen und vor allem weiter zu entwickeln, denn auch die Probleme im integrierten Modell sind immer noch gross und nicht gelöst. Bei der Betreuung von schwächeren Schülern hat das separierte Modell nach wie vor grosse Vorteile gegenüber dem integrierten Modell. In den Nebenfächern gibt es im integrierten Modell zudem grosse Niveauunterschiede und in den Hauptfächern im Niveau B ist durch eine Anhäufung sehr schwacher Lernender das Leistungsniveau und die Leitungsbereitschaft der Lernenden massiv gesunken.

Sekundarstufe 1

4.9 Wie stellen Sie sich zur Frage, dass Oberstufen zukünftig die Schülerinnen und Schüler der Werkschule integrieren können?

Wir finden es richtig, dass in der Gesetzgebung die Möglichkeit einer Integration geschaffen wird und nicht a priori verunmöglicht.

Gemeinderat Altdorf

Ja, aber klare Rahmenbedingungen machen und dass die Durchführung beim Kanton ist.

Gemeinderat Andermatt

Schulrat Andermatt

Die Werkschule soll separiert bleiben, da ansonsten die Spanne zwischen starken und schwachen SchülerInnen zu gross wird.

Gemeinderat Attinghausen

Von einer separierten Werkschule profitieren auch die Werkschüler.

Schulrat Attinghausen

Ablehnend. Das bisherige Modell hat sich in Bürglen bisher bewährt.

Gemeinderat Bürglen

Das Niveau auf der Oberstufe würde infolge zu grossem Niveauunterschied sinken. In der Werkschule haben die Schülerinnen und Schüler die besseren Chancen und auch eine bessere Betreuung.

Gemeinderat Erstfeld

- Eine Integration der Werkschule in die Oberstufe wird als nicht sinnvoll erachtet. Die Schülerinnen und Schüler können sich mit einem separierten, ihrem Lernniveau entsprechenden Schulunterricht besser entwickeln und auf die Berufswelt vorbereitet werden.

Gemeinderat Flüelen

- Bei einer Integration der Werkschülerinnen und Werkschüler in die Oberstufe werden die Lehrpersonen zusätzlich belastet bzw. überfordert. Es ist zu befürchten, dass eine optimale Betreuung aller Schülerinnen und Schüler nicht mehr möglich ist. Die heute schon schwierige Rekrutierung von

<p>Oberstufenlehrpersonen würde sich noch verstärken.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Auch die Schülerinnen und Schüler der Werkschule werden bei einer Integration überfordert. Die Situation, dem Unterricht nicht folgen zu können und immer auf andere angewiesen zu sein, kann sich mit fehlender Motivation ausdrücken. Eine separierte Führung der Werkschule ist für die Schülerinnen und Schüler besser. 	
<p>Nein</p>	<p>Gemeinderat Göschenen</p>
	<p>Gemeinderat Gurtellen</p>
<p>Ja, eine Integration der WerkschülerInnen in die OST ist vorstellbar</p>	<p>Gemeinde- und Schulrat Schattdorf</p>
<p>Das ist eine riesige Herausforderung für die Oberstufenschulen, auch vor dem Hintergrund, dass das Kurzzeitgymnasium gestärkt werden soll. In der Oberstufe sind dann vom Werkschüler bis zum Gymnasiasten alle Leistungsniveaus vertreten. Wir sind eher skeptisch und befürchten eine Überforderung der Lehrpersonen sowie der Schüler und Schülerinnen.</p>	<p>Gemeinderat Seedorf</p>
<p>Heute sind Werkschullehrpersonen speziell ausgebildet. Es geht beim unterrichten von Werkschülern nicht nur darum einen Schüler zu fördern. Es ist echt eine grosse Herausforderung für die Lehrpersonen diesen Schülern gerecht zu werden. Ihnen fehlt das Knowhow der Heilpädagogik! Wir reden von Mehrkosten da... Mehrkosten dort... individuelle Förderung ist sehr kostspielig!</p> <p>Im Bericht ist folgendes erwähnt: Integration erst starten, wenn genügend ausgebildetes Personal zur Verfügung steht. Was heisst das für eine Schulgemeinde? Müssen sich alle Lehrpersonen (auch Fachlehrpersonen) in Heilpädagogik nachqualifizieren lassen?</p>	<p>Gemeinderat Seelisberg</p>
<p>Nein, die Werkschule soll eine selbstständige Klasse bleiben.</p>	<p>Gemeinderat Sisikon</p>
	<p>Schulrat Sisikon</p>
<p>Ablehnend – zu aufwendig für den Unterricht.</p>	<p>Gemeinderat Wassen</p>
<p>Wir befürworten die Integration der Werkschüler/innen, weil dies die logische Konsequenz als Fortsetzung der integrativen Förderung (IF) auf der Primarstufe ist.</p>	<p>Schulrat Altdorf</p>
<p>Wichtig ist, dass genügend SHP-Pensen zur Verfügung gestellt werden. Wir schlagen vor, dass der Kanton (Erziehungsrat) den Umfang der Mindest-SHP-Pensen vorgibt, wie er dies auch für den Kindergarten und die Primarschule getan hat (Richtlinien zu den Förderungsmassnahmen, Art. 6).</p>	

<p>Aus Sicht des Kindes und der Lehrpersonen finden wir dies nicht sinnvoll.</p>	<p>Schulrat Bürglen</p>
<p>Das Niveau auf der Oberstufe würde infolge zu grossem Niveauunterschied sinken. In der Werkschule haben die Schülerinnen und Schüler die besseren Chancen und auch die bessere Betreuung.</p>	<p>Schulrat Erstfeld</p>
<p>Mit dem Einsatz von Schulischen HeilpädagogInnen, wie es auf der Primarschule schon vorgelebt wird, können wir uns eine Integration der Werkschüler gut vorstellen. Deren Pensum müssten, wie auf der Primarstufe, mit einem ausreichenden Faktor berechnet werden.</p>	<p>Schulrat Flüelen</p>
<p>Ja, mit vom Kanton klar vorgegebenen Rahmenbedingungen.</p>	<p>Schulrat Hospental</p>
<p>Ja, wenn die Qualität der Werkschule auch sichergestellt werden kann. Die soziale und schulische Gewichtung sollte für die Werkschüler beibehalten werden können.</p>	<p>Gemeinde und Schulrat Isenthal</p>
<p>Wir können uns nicht vorstellen das WS die Ihnen beanspruchte Spezialausbildung in einer OS zuteil werden kann. Die Lehrer sind zuwenig ausgebildet und überfordert. Zusätzliche Heilpädagogen würden mehr kosten.</p>	<p>Schulrat Schulen Schächental Gemeinderat Spiringen Gemeinderat Unterschächen</p>
<p>Der Begriff «Werkschule» muss verschwinden. Besser soll von Niveau A, B, C (Werkschulniveau) gesprochen werden. Die Integration der C-Niveau-Schüler verlangt genügend individuelle Unterstützung durch SHP's. Innerhalb der Oberstufe müssen die drei Niveaus durchlässig sein. In einzelnen Fällen könnte für schwache Schüler auch aus sozialen Gründen eine separate C-Klasse mit intensiver Betreuung sinnvoll sein.</p> <p>Ein altersgemischtes Oberstufensystem mit individualisiertem Unterricht ist ideal für die Integration der C-Schüler.</p>	<p>Schulrat Seelisberg</p>
<p>Der SR Silenen ist gegen eine Integration der Werkschüler auf der Oberstufe.</p> <p>Eine Integration der Werkschüler in die Oberstufe ist sehr sorgfältig zu prüfen. Die Werkschulen geniessen einen sehr guten Ruf und die Schulabgänger haben gute berufliche Chancen. Ob dies ebenfalls bei einer Integration der Fall sein wird, ist zumindest zum heutigen Zeitpunkt sehr fraglich. Etliche Punkte, bei einer allfälligen Integration, müssten noch seriös geklärt werden. Z.B. die Klassengrössen (heute 24) wäre bei der Integration von Werkschüler viel zu gross. Die SHP-Lektionen müssten massiv erhöht werden – heute herrscht ein Mangel an SHP-Lehrpersonen. Die Oberstufen-LP müssen bereit sein, sich</p>	<p>Schulrat Silenen Gemeinderat Silenen</p>

spezifisch auf „Integration Werkschüler“ und „wie gehe ich mit Jugendlichen um“ weiterzubilden. Bereits heute entstehen auf der OS sehr oft massive Probleme, die auf das Zusammentreffen verschiedener Faktoren wie z.B. Pubertät, Orientierungslosigkeit, Diskrepanz zwischen Wunsch und Realität etc. zurückzuführen sind. Diesen Problemen stehen die LP's teilweise hilflos gegenüber und mit der Integration von Werkschülern werden diese Probleme nicht kleiner!

1. Ja, es wäre eine logische Folge des IF-Konzeptes, das in der Primarschule eingeführt wurde.
2. Ohne nötige Unterstützung in finanzieller und pädagogischer Sicht ist die Integration nicht möglich.
3. Für kleine Schulgemeinden wäre es ein Vorteil (Schülerzahlen).
4. Gibt es dann ein drittes Niveau (C)?
5. Wie sieht der Fächerkanon dieser SchülerInnen in der Oberstufe dann aus?

Kreisschulrat Urner Oberland

Das Modell der Primarschule mit der integrierten Förderung muss auf die Oberstufe übertragen werden. Es ist auch sehr wichtig, dass diese Schülerinnen und Schüler eine entsprechende Unterstützung durch Heilpädagogen erhalten (IF). Das Modell des altersdurchmischten Lernens eignet sich für diese Schüler besonders gut.

Kreisschulrat Seedorf

Nein. Will man das wirklich einführen, muss sichergestellt werden, dass der Aufwand in den Klassen verkraftbar ist. Wir sind eher skeptisch und schlagen vor, zuerst an ausgewählten Orten Erfahrungen zu sammeln, bevor zu schnell etwas definitiv eingeführt wird.

Kreisprimarschulrat Seedorf-Bauen

Wir sind der Meinung, dass die Werkschule auch in Zukunft bestehen bleiben soll. Werkschülerinnen und –Schüler haben oft andere spezifischere Bedürfnisse. In ihrer eigenen Klasse werden sie besser betreut und haben dadurch mehr Erfolgserlebnisse, auch auf dem Weg der Berufsbildung.

CVP Uri

Aus unserer Sicht sollten die Werkschüler nicht integriert werden.

Begründung: Diese Schüler sollten gezielt auf die minimalen Anforderungen in der Berufslehre vorbereitet werden, damit ein erfolgreicher Berufseinstieg besser gewährleistet werden kann.

FDP.Die Liberalen Uri

Ja, wir sind für die Integration. Im Sinne der teilautonomen Schule soll Integration geschehen, wenn die Schule vor Ort reif dazu ist.

Grüne Uri

Grundsätzlich unterstützen wir dieses Anliegen. Aber die Unterstützung der Lehrpersonen (Supervision, LWB usw) muss intensiviert und verbessert wer-

SP Uri

den. Zudem müssen die Rahmenbedingungen bezüglich der geeigneten Räumlichkeiten und genügend (ausgebildeten) HeilpädagogInnen stimmen. Auf keinen Fall darf auf dem Buckel der schulschwächeren Jugendlichen eine blasse Formal-Integration vorangetrieben werden.

Die SVP spricht sich klar gegen eine Integration von Werkschülern in der Oberstufe aus. Wir wollen keine Verschlechterung der Oberstufe, sondern klar abgegrenzte, messbare Leistungsklassen. Für die SVP ist nachvollziehbar, wie die zeitintensive Betreuung und Anforderungen der Werkschüler/innen von den Lehrer/innen geleistet werden soll. Auch mit IF Massnahmen kann die Qualität der Niveaugruppen A und B nicht gewährleistet werden. Weiter sind wir überzeugt, dass Werkschüler/innen ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten entsprechend in eigenen Schulklassen gezielter für einen gesicherten Start ins Leben vorbereitet werden können.

SVP Uri

Wir unterstützen diese Idee. Um erfolgreich zu sein, müssen jedoch genügend ausgebildete HeilpädagogInnen zur Verfügung stehen. Eine Alibi-Integration auf dem Buckel leistungsschwächerer SchülerInnen lehnen wir bestimmt ab.

JUSUri

- Zu diesem Ansinnen haben wir grosse Bedenken. Auch ist die Behauptung der Stigmatisierung nicht wahr. Werkschülerinnen und Werkschüler haben oft andere Bedürfnisse. Soziokulturelle Formen und Werte gegenüber der Werkschülerinnen und Werkschüler werden in einer integrierten Klasse vernachlässigt. Und auch gute Schülerinnen und Schüler brauchen Betreuung der Lehrperson.
- Solche Vorgaben verlangen optimale Bedingungen für alle Fächer, d.h. kleine Lerngruppen. Wenn dies nicht ermöglicht wird, sagen wir Nein dazu.
- Wenn von unserer Seite überhaupt nur über dieses Thema nachgedacht werden soll, dann braucht es zuvor Zusicherungen für sehr gute Rahmenbedingungen, genug Unterstützung, entsprechend gut ausgebildeten Lehrpersonen, angepasste Lernziele und Teams, die das ausdrücklich wollen. Und da diese sehr guten Rahmenbedingungen wohl viel zu teuer wären, sind wir gegen die Integration von SchülerInnen der Werkschule.
- Zu einem Können sagen wir ja, zu einem Müssen nein; - lieber nein.
- Bei guten Rahmenbedingungen, welche noch zu schaffen sind, ist eine Integrierung auf der Oberstufe möglich. Handelt es sich ja um die Weiterführung des IF-Konzeptes auf der Primarstufe. Rückgängige Schülerzahlen erleichtern das Problem in entfernten Gemeinden nicht.
- Für ein Beibehalten der Werkschule sprechen folgende Tatsachen: Schüler können dort viel individueller gefördert werden. Auch den sozialen Schwierigkeiten dieser Schüler wird in einer Werkschule besser gerecht.
- Siehe Punkt 8: vor allem die schwächeren Lernenden müsste man die Kompetenzrastern beurteilen, da man ihnen so mitteilt, was sie können! Nur schlechte Noten zu erteilen hat keine Lerneffizienz.
- Für Kinder aus Randregionen hätte eine Integration auch Vorteile. In den

LUR

- grossen Zentren stehen wir einer Integration sehr kritisch gegenüber.
- Die Werkschüler brauchen aber auch nach einer Integration viel Betreuung. Diese Betreuung muss organisiert und bezahlt werden. Die Klassenlehrpersonen in der integrierten Oberstufe sind mit den vielen Ansprüchen klar überfordert.
 - Bevor die Rahmenbedingungen nicht klar verbessert werden, können wir der Integration nicht zustimmen.
 - Die Integration der WerkschülerInnen ist die logische Weiterführung des IF-Systems, wie es erfolgreich in der Primarschule gehandhabt wird.
 - Temporäre oder länger andauernde Lernschwächen können jedes Kind betreffen, auch in der Oberstufe. Durch ein differenziertes Unterstützungssystem wie auf der Primar kann auf Lernschwächen angepasst reagiert werden.
 - Wenn die WerkschülerInnen integriert werden, darf die Unterstützung auf keinen Fall verschlechtert werden. Deshalb müssen für diese Aufgabe Schulische HeilpädagogInnen eingesetzt werden, deren Pensen (ähnlich wie in der Primarschule) mit einem angemessenen Faktor zu bemessen sind.

VSL

S&E Uri steht diesem Punkt kritisch gegenüber. Es ist wichtig, dass es bei einer Kann-Formulierung bleibt. Das Leistungs-Gefälle wird zu gross - vor allem, wenn das Kurzzeitgymnasium gleichzeitig auch noch gestärkt werden soll. Werkschüler/innen sind eher gefährdet durchs Netz zu fallen, wenn sie in das neue Modell der Oberstufe integriert werden müssen.

S&E Uri

Der Mittelschulrat ist mit dieser Integration nicht einverstanden; sie bringt keine Vorteile, weder für die betroffenen SchülerInnen, noch für die unterrichtenden Lehrpersonen.

MSR

Obwohl für diese Integration grundsätzliche Anpassungen in der Oberstufe notwendig sind, sollte dieses Angebot gefördert werden, sofern das Bildungsniveau nicht darunter leidet. Die Perspektive der Schülerinnen und Schüler der Werkschule lässt sich damit verbessern. Die Attraktivität von Uri als Wohnkanton wird erhöht.

Finanzdirektion

Antworten von nicht Eingeladenen

Diese Integration ist zu begrüssen und sie setzt das integrative System (IF) der Primarschule fort.

HPZ Uri

Wir sind nur für eine Integration von Werkschülern auf der Oberstufe, wenn die Rahmenbedingungen auf der Oberstufe stimmen. Vor allem für Kinder aus Randregionen hätte es sicher auch Vorteile. In den grossen Zentren stehen wir

Sekundarstufe 1

einer Integration sehr kritisch gegenüber.

Die Werkschüler brauchen aber auch nach einer Integration viel Betreuung. Diese Betreuung muss organisiert und bezahlt werden. Die Klassenlehrpersonen in der integrierten Oberstufe sind bei einer Integration klar überfordert mit den vielen Ansprüchen.

Bevor die Rahmenbedingungen nicht klar verbessert werden, können wir der Integration nicht zustimmen.

4.10 Welche Meinung haben Sie zum jahrgangsgemischtem Lernen auf der Oberstufe?

Wir erachten das jahrgangsgemischte Lernen als positiv, jedoch sollte auch eine Einführung auf der Primarstufe in Betracht gezogen werden.

Gemeinderat Altdorf

Hierfür möchten wir uns nicht äussern, da uns die Erfahrungswerte fehlen.

Gemeinderat Andermatt

Schulrat Andermatt

Jahrgangsgemischtes Lernen wird eher nicht unterstützt. Es sollen so wenig Schulmodelle als möglich geführt werden.

Gemeinderat Attinghausen

Es macht keinen Sinn, dieses Modell zu ermöglichen, nur damit Strukturen der einzelnen Schulen erhalten werden können.

Schulrat Attinghausen

Es führt zu organisatorischen Schwierigkeiten.

Gemeinderat Bürglen

Nein, da bei kleineren Gemeinden ein Problem bestände.

Gemeinderat Erstfeld

Aus politischer Sicht wird ein einheitliches Schulmodell für alle Oberstufen im Kanton Uri unterstützt. Eine Speziallösung für einzelne Gemeinden wird nicht als sinnvoll erachtet.

Gemeinderat Flüelen

Unterstützenswert, aber: wäre es nicht ab Primarschule besser (evtl. Oberstufe zu spät)?

Gemeinderat Göschenen

Wird unterstützt.

Gemeinderat Gurtellen

Ja, wenn das jahrgangsgemischte Lernen bereits in der Primarschule realisiert wird. Das jahrgangsgemischte Lernen kann eine Chance für das individuelle Lernen, der auf verschiedenem Stand stehenden Schüler/innen sein. Die Herausforderung liegt dabei wohl bei den Lehrpersonen und in der Umsetzung der Stundentafel.

Gemeinde- und Schulrat Isenthal

Jahrgangsgemischtes Lernen soll im Sinne einer Entwicklungsoption unterstützt werden.	Gemeinde- und Schulrat Schattdorf
<p>Vorteil des jahrgangsgemischten Lernens ist die Klasseneinteilung. Die Klassen können nach optimalen Klassengrößen eingeteilt werden. Das spart Kosten.</p> <p>Der Nachteil aus Sicht der Schüler und Schülerinnen besteht darin, dass kein Klassengeist entstehen kann, da es jedes Jahr wieder durch Abgänge und Neuzugänge eine neue Klasseneinteilung gibt. Es besteht die Gefahr von „Einzelkämpfern“.</p>	Gemeinderat Seedorf
Grundsätzlich sehen wir das positiv. Es muss aber auch berücksichtigt werden, dass es eine Illusion wäre, dass durch Lernen in jahrgangsgemischten Gruppen die Qualität der Schulabgänger verbessert würde. Es können nicht alle Schülerinnen und Schüler eigenverantwortlich lernen.	Gemeinderat Seelisberg
Positive Einstellung. Dies ermöglicht den Schulen die Klassengrößen besser einzuteilen. Die Sozial- und die Selbstkompetenz wird dadurch erhöht.	Gemeinderat Sisikon Schulrat Sisikon
Keine Einwände.	Gemeinderat Wassen
Wir sind für jahrgangsgemischtes Lernen. Dieses muss jedoch von unten nach oben eingeführt werden, d.h. zuerst auf der Primarstufe.	Schulrat Altdorf
<p>Projektbezogen (und zum Teil auch fächerbezogen [z.B. Musik, Sport]) können wir uns das für unsere Schule vorstellen. Diese Form des Lernens muss aber von der Unterstufe an wachsen und kann nicht erst in der Oberstufe eingeführt werden.</p> <p>Folgende Überlegungen sprechen für uns gegen diese Form auf der Oberstufe: Primarschule ist nicht jahrgangsgemischt, Lehrpersonen sind dafür nicht ausgebildet, hätte grosse organisatorische und infrastrukturelle Folgen.</p>	Schulrat Bürglen
Wir sind nicht einverstanden. Für uns ist dies Basisstufe auf der Oberstufe. Allenfalls müssten die Gemeinden selbstständig über eine Führung auf Gemeindeebene entscheiden können.	Schulrat Erstfeld
<ul style="list-style-type: none"> - Die jahrgangsdurchmischte Unterrichtsform fördert das eigenverantwortliche Lernen. Jugendliche finden sich in ständig wechselnden Rollen und Verantwortungsstufen (Jüngste, Mittlere, Ältere). - In Flüelen wird schon im Kiga und an der Primar altersdurchmischte unterrichtet. Diese Entwicklungsoption ist die konsequente Weiterführung der 	Schulrat Flüelen

<p>gewohnten Unterrichtsform.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Wir sehen diese Unterrichtsform als interessante Option vor allem im Zusammenhang mit dem Lernen mit Kompetenzrastern. 	
<p>Uns fehlen die Erfahrungswerte. Ebenfalls müssten die Lehrpersonen darauf vorbereitet werden.</p>	Schulrat Hospental
<p>Mit «esprit» an der Kreisschule Emmetten/Seelisberg werden sehr gute Erfahrungen gemacht! Das altersgemischte und individualisierende Modell besticht durch seine grosse Flexibilität bezüglich Klassengrössen und schulischen Niveaus der Jugendlichen. Dafür sprechen ebenfalls neuste pädagogische und soziale Gründe sowie finanzielle Überlegungen. Nicht zu unterschätzen ist das veränderte Rollenverständnis der Lehrpersonen und die anfängliche intensive Aufbauarbeit.</p>	Schulrat Seelisberg
<p>Das jahrgangsgemischte Lernen auf der OS erachtet der SR Silenen als grosse Herausforderung, Das Thema ist sicher diskussionswürdig. Das jahrgangsgemischte Lernen auf der OS in der Praxis umzusetzen, bedarf aber einiger Anstrengungen. Damit auch die Qualität im Unterricht bei jahrgangsgemischtem Lernen auf der OS stimmt, muss die Anzahl LP's pro Klasse/Abteilung erhöht werden. Die OS-LP's müssen sich weiterbilden und sich gezielter mit dem Thema individuelles Unterrichten auseinandersetzen. Dadurch werden sich die Kosten auf der OS nochmals erhöhen. Dem gegenüber steht der enorme Kostendruck, der auf den Schulen lastet. Besonders wenn man die Statistik Kosten OS betrachtet, wird offensichtlich, dass schon heute die OS die meisten Kosten verursacht.</p> <p>Wenn man allerdings das jahrgangsgemischte Lernen im Kindergarten und auf der Primarstufe praktiziert, wäre es konsequenterweise richtig, dies auch auf der OS weiterzuführen.</p> <p>Jahrgangsgemischtes Lernen auf der OS soll als Option und Weiterentwicklungsmöglichkeit stehen gelassen werden. Die Einführung darf jedoch kein Zwang sein.</p>	Schulrat Silenen Gemeinderat Silenen
<ol style="list-style-type: none"> 1. Ist eine gute Sache. Ein solches System muss aber von unten kommen und nicht erst in der Oberstufe. 2. Gemeinsame Einführung und Zusammenarbeit im Kanton wäre wichtig und notwendig! 	Kreisschulrat Urner Oberland
<p>Die Kreisschule befasst sich schon seit längerer Zeit mit dieser Frage und hat sich entschieden, auf dieses Modell zu wechseln. Für uns ist es eine zentrale Frage der Schulentwicklung und das einzig sinnvolle Modell für die Zukunft unserer Schule. Unsere Vorbereitungen sind bereits so weit fortgeschritten, dass wir nur noch auf den positiven Entscheid des BKD und des Regierungsrates warten.</p> <p>Wichtige Gründe für einen Modellwechsel sind für uns nebst den pädagogi-</p>	Kreisschulrat Seedorf

schen auch die sozialen und wirtschaftlichen (Schülerzahlen).

Möglich, auch hier werden Versuche und seriöse Auswertungen empfohlen, bevor dies definitiv eingeführt wird. Allenfalls kann auf die Erfahrung von anderen Kantonen zurückgegriffen werden.

Kreisprimarschulrat Seedorf-Bauen

Wir stehen dieser Idee sehr positiv gegenüber. Es ist ein Versuch wert, in versch. Fächern in dieser Richtung zu arbeiten.

CVP Uri

Negative Meinung, da somit nur bestehende Strukturen aufrechterhalten werden.

FDP.Die Liberalen Uri

Die Option muss angestrebt und vom Kanton unterstützt werden analog Primarschule. Wiederum ist zu beachten: Die LP müssen sehr gut weitergebildet werden. Es wird mit Kosten verbunden sein (Weiterbildung, Lehrmittel).

Grüne Uri

Wir sind der Meinung, dass dieser Weg unbedingt weiterverfolgt werden sollte (notabene auch in der Primarschule). Aber auch hier scheinen die Rahmenbedingungen noch zu wenig geklärt zu sein. Diese Veränderung ist zudem auch aus den bisherigen separierten Oberstufen möglich und muss genügend sorgfältig gemeinsam mit den Lehrkräften entwickelt werden.

SP Uri

Wenn das altersdurchmischte Lernen mit dem Aufheben des Notensystems einhergeht, sind wir klar dagegen. Sogenannte Kompetenzraster setzen nach unserem Empfinden falsche Zeichen. Wir sprechen uns klar dafür aus, dass Klassen generell als Jahrgangsklassen geführt werden. Ausnahmen sehen wir allerhöchstens an kleinen Schulen.

SVP Uri

Wir unterstützen diese Idee voll und ganz.

JUSOuri

- Grundsätzlich sagen wir dazu ja. Aber auch diesbezüglich muss genug Fachpersonal zur Verfügung stehen.
- Dies kann eine gute Option für kleine Schulen sein. Die Fächer- und Didaktikfragen sind nicht geklärt und die Lehrpersonen diesbezüglich auch nicht ausgebildet.
- Die nötige Nachqualifikation (sprich Ausbildung) der Lehrpersonen stellt eine Überforderung dar. Die Belastung der Lehrpersonen und Ausbilder darf nicht unterschätzt werden. Auch fehlen diesbezüglich klare Rahmenbedingungen (Klassengrößen, Lehrpläne ...)
- Fehlen klare Rahmenbedingungen, muss kapituliert werden, resp. sagen viele Lehrpersonen dazu nein.
- Es gibt Fächer (Berufswahl), die man altersgemischt nicht unterrichten kann. Auch sind Reife und Interessen in den verschiedenen Altersgruppen enorm unterschiedlich. So arbeitet man in Richtung Isolation statt Integration.

LUR

- Jahrgangsgemischtes Lernen kann nur in viel kleineren Lerngruppen stattfinden. Zudem muss Teamteaching ermöglicht werden. Auch müssen die Pflichtlektionen für die Lehrperson runtergesetzt werden. Alles andere ist eine Überforderung.
- Die Oberstufenklassen präsentieren sich zunehmend heterogen. Auch eine äussere Differenzierung (Bildung von Niveaugruppen) kann der komplexen Leistungs- und Entwicklungssituation der Jugendlichen nicht genügend gerecht werden. In altersgleichen Klassen (Peergroups) entstehen immer wieder Konkurrenzsituationen und damit Disziplinprobleme.
- Die jahrgangsdurchmischte Unterrichtsform ermöglicht eine verfeinerte Binnendifferenzierung und fördert das eigenverantwortliche Lernen. Jugendliche finden sich in ständig wechselnden Rollen und Verantwortungsstufen (Jüngste, Mittlere, Ältere).
- An Schulen, wo schon im Kindergarten und an der Primarschule altersdurchmischte unterrichtet wird, bietet diese Entwicklungsoption eine kohärente Weiterführung der gewohnten Unterrichtsform.
- Wir sehen diese Unterrichtsform als interessante Option vor allem im Zusammenhang mit dem Lernen mit Kompetenzrastern.

VSL

S&E Uri ist der Meinung, dass es zu früh ist für diese Lernform. Das Ganze muss von unten her wachsen. In Projektform ist jahrgangsgemischtes Lernen jedoch sehr gut und wünschenswert.

S&E Uri

Als Mittel der individuellen Förderung grundsätzlich begrüssenswert; ein solches System ist sicher nicht kostenneutral zu haben. Wir sind skeptisch was die Umsetzbarkeit angeht.

MSR

In Anbetracht der stetig sinkenden Schülerzahlen, erachten wir das jahrgangsgemischte Lernen auf der Oberstufe als zweckmässig. Dadurch lassen sich auch in kleineren Schulen die Klassengrössen optimieren. Gleichzeitig wird mit diesem Modell auch das förderorientierte, eigenständige und eigenverantwortliche Lernen gefördert.

Finanzdirektion

Antworten von nicht Eingeladenen

Als Weiterentwicklung sollte diese Form umgesetzt werden.

HPZ Uri

Jahrgangsgemischtes Lernen kann nur in viel kleineren Lerngruppen stattfinden. Zudem muss Teamteaching ermöglicht werden. Auch müssen die Pflichtlektionen für die Lehrpersonen massiv (24) runtergesetzt werden. Alles andere ist eine massive Überforderung der Lehrpersonen.

Sekundarstufe 1

Bevor diese Bedingungen nicht angepasst werden, sind wir gegen das altersdurchmischte Lernen.

4.11 Welche Meinung haben Sie zur Beibehaltung des Langzeitgymnasiums und zur Stärkung des Weges über das Kurzzeitgymnasium?

<p>Der Gemeinderat Altdorf erachtet die Änderungen beim Übertritt zwischen den Oberstufen als falsch. Ein Übertritt von der 1. Sekundarstufe zur 1. Gymnasiumsstufe sowie von der 1. Sekundarstufe zur 2. Gymnasiumsstufe muss weiterhin möglich sein. Die Begründung des Verlustes eines Schuljahres ist für den Gemeinderat nicht stichhaltig. Auch in der Primarstufe "verlieren" Kinder eventuell ein Schuljahr zugunsten eines positiven Lernprozesses in der Zukunft. Die vorgeschlagene Lösung wird die Anzahl der Übertritte verringern und daher einigen Kindern die Ausbildung im Gymnasium erschweren respektive verunmöglichen.</p> <p>Langzeit</p>	<p>Gemeinderat Altdorf</p>
<p>Wir bevorzugen die jetzige/bisherige Situation.</p> <p>Langzeit</p>	<p>Gemeinderat Andermatt Schulrat Andermatt</p>
<p>Das Langzeitgymnasium soll zu Gunsten des Kurzzeitgymnasiums wegfallen. Die Trennung erfolgt erst in der Oberstufe. Der Entscheid, welcher Weg eingeschlagen wird, kann später gefällt werden, wenn die Schüler älter sind.</p>	<p>Gemeinderat Attinghausen</p>
<p>Langzeitgymnasium hat sich in der Vergangenheit bewährt. Für viele Berufsausbildungen braucht es heute im Gegensatz zu früher die Matura, weshalb die Stärkung des Weges über das Kurzzeitgymnasium richtig ist.</p>	<p>Gemeinderat Bürglen</p>
<p>Ja.</p>	<p>Gemeinderat Erstfeld</p>
<p>Der im Bericht Volksschule 2016 unter 5.3.4 aufgezeigte Weg zur gymnasialen Maturität im Kanton Uri wird abgelehnt. Das heutige System ist beizubehalten.</p> <p>Langzeit</p>	<p>Gemeinderat Flüelen</p>
<p>Langzeitgymnasium und Übertrittsmöglichkeiten beibehalten</p>	<p>Gemeinderat Göschenen</p>
<p>Beibehaltung des Langzeitgymnasiums.</p>	<p>Gemeinderat Gurtellen</p>
<p>Wir erachten die Stärkung des Weges über das Kurzzeitgymnasium als wichtig, da einige Jugendliche erst später die nötige Reife bzw. Entscheidung zum Gymnasium finden. Es sollten aber nicht spezielle Programme geführt werden müssen.</p> <p>Langzeit</p>	<p>Gemeinde- und Schulrat Isenthal</p>
<p>Da die Aufhebung des UG vorliegend nicht zur Diskussion steht, erübrigt sich</p>	<p>Gemeinde- und</p>

eine Stellungnahme.

Schulrat Schattdorf

Grundsätzlich sind wir einverstanden. Die bestehenden Übertrittsmöglichkeiten sollten aber auch weiterhin unbedingt ermöglicht, wenn auch nicht zusätzlich gefördert werden.

Gemeinderat Seedorf

Mit der Beibehaltung des Langzeitgymnasiums sind wir einverstanden.

Gemeinderat Seelisberg

Die Neuerung, von der 2. Oberstufe in die 3. Klasse des Gymnasiums einzutreten, befürworten wir nicht. Was heisst schon „eine Klasse verlieren“? Heute werden die Kinder früher eingeschult, so könnte man dieses Jahr auch als „Reifejahr“ für die Jugendlichen bezeichnen. Das Ganze wäre wiederum mit Mehrkosten verbunden, da die Oberstufen Förderungsmöglichkeiten zur Verfügung stellen müssen. Wer bezahlt das? Was machen kleine Gemeinden? Bekanntlich wird ja nach Schülerpauschalen und nicht mehr nach den Lehrerbessoldungen subventioniert.

Positive Einstellung. Langzeitgymnasium sollte beibehalten werden. Kurzzeitgymnasium mit den vorgeschlagenen Wechselmöglichkeiten ist i. O.

Gemeinderat Siskon

Beides sollte beibehalten werden.

Gemeinderat Wassen

Langzeit

Das Langzeitgymnasium behält weiterhin seine Berechtigung.

Schulrat Altdorf

Wir unterstützen die Stärkung des Weges über das Kurzzeitgymnasium unter der Bedingung, dass dieses in der Mittelschulverordnung mit einem Leistungsauftrag verankert wird und dass die Zusammenarbeit zwischen den Lehrpersonen des Untergymnasiums und der Oberstufe verbindlich geregelt wird.

Der Übertritt von der 1. Oberstufe in die 2. Klasse des Gymnasiums muss weiterhin möglich sein, damit Schüler/innen, die im Rahmen des Übertrittsverfahrens der 1. Oberstufe zugewiesen wurden (Grenzfälle), bei entsprechenden Leistungen nach einem Jahr Oberstufe ins Gymnasium wechseln können.

Das Thema Langzeit-/Kurzzeitgymnasium muss in ein eigenes Handlungsfeld aufgenommen werden und soll in nächster Zeit breit abgestützt diskutiert werden.

Schulrat Attinghausen

Es handelt sich um eine vermeintliche Stärkung, alles bleibt an der Volksschule hängen.

Schulrat Bürglen

Die grosse Mehrheit der Schulräte des Kantons Uri ist der Meinung, dass das Thema Langzeit-/Kurzzeitgymnasium in ein eigenes Handlungsfeld aufgenommen werden muss und fordern, dass man dieses Thema unverzüglich mit allen Beteiligten diskutiert.

Wir sind der Meinung, dass das Thema Langzeit-/Kurzzeitgymnasium in ein eigenes Handlungsfeld aufgenommen werden muss und fordern, dass man dieses Thema unverzüglich mit allen Beteiligten diskutiert.

Schulrat Erstfeld

- Die grosse Mehrheit der Schulräte des Kantons Uri ist der Meinung, dass das Thema Langzeit-/Kurzzeitgymnasium in ein eigenes Handlungsfeld aufgenommen werden muss und fordern, dass man dieses Thema unverzüglich mit allen Beteiligten diskutiert.
- Flüelen unterstützt die Stärkung des Weges über das Kurzzeitgymnasium, indem die Oberstufen Förderangebote bereitstellen.

Schulrat Flüelen

Für uns ist die bisherige Variante die Bessere.

Schulrat Hospental

Langzeit

Das wäre eine gute Lösung.

Schulrat Schulen
Schächental

Langzeit

Gemeinderat Spi-
ringen

Gemeinderat Un-
terschächen

Seelisberger Schüler besuchen in den allermeisten Fällen das Kollegium Stans (Langzeitgymnasium ab der 6. Klasse oder Übertritt von der 3. ORS in die 3. Kollegiklasse). Dies hat sich bewährt.

Schulrat Seelis-
berg

Aus der Sicht des SR SB würden mehr als diese beiden Wege ans Gymnasium den ORS-Weg schwächen, was zu einer deutlichen Senkung des ORS-Niveaus führen würde.

Langzeit

Einerseits ist der Weg über das Kurzzeitgymnasium zu stärken. Es ist im Interesse der Schulgemeinden, dass die SchülerInnen die OS in der Gemeinde besuchen und nur die Schüler, die wirklich ein Studium anstreben, das Gymnasium besuchen. Der SR Silenen sieht und stört sich an der Problematik, dass mit dem heutigen System "Langzeitgymnasium" SchülerInnen das Gymnasium besuchen, die nicht wirklich ein Studium in Betracht ziehen und nach dem 3. Gymnasium eine Berufslehre anfangen. Dadurch könnte das Leistungs-Niveau im Gymnasium längerfristig sinken. Es ist klar, dass es immer Schüler geben wird, die vom Gymnasium „abspringen“. Diese Zahl sollte aber möglichst gering gehalten werden. Dies spricht für eine Stärkung des Kurzzeitgymnasiums. Falls der Weg über das Kurzzeitgymnasium gestärkt werden soll, darf nicht vergessen werden, den Schulen geeignete Mittel zur längerfristigen Förderung begabter Schüler zur Verfügung zu stellen!

Schulrat Silenen
Gemeinderat Sile-
nen

Andererseits hat auch das Langzeitgymnasium seine Berechtigung. Es bietet ein Gefäss für die begabteren SchülerInnen, in dessen Rahmen sie sich in

einem entsprechenden Umfeld gezielt vom 1. Gymi-Jahr an auf die Matura vorbereiten können. Allerdings müsste über die Aufnahme-Bedingungen diskutiert werden. Es ist anzustreben, dass wirklich die SchülerInnen das Gymnasium besuchen, die einerseits über die entsprechenden Fähigkeiten verfügen, und die auch längerfristig wirklich ein Studium planen. Damit wird auch ein entsprechend hohes Unterrichts- bzw. Leistungs-Niveau im Langzeitgymnasium garantiert. Für den Kanton Uri bedeutet das Langzeitgymnasium ein Standortvorteil gegenüber anderen Kantonen. Viele Eltern begabter Kinder bevorzugen den Besuch eines Langzeitgymnasiums in der Absicht, dass ihre Kinder in diesem Rahmen die Möglichkeit erhalten, gezielter gefördert zu werden. Der SR Silenen ist der Ansicht, dass durch eine „entsprechende“ Anpassung der Aufnahmebedingungen für das Langzeitgymnasium, das Kurzzeitgymnasium gestärkt werden kann, ohne dass die Existenzberechtigung des Langzeitgymnasiums in Frage gestellt werden muss. Die grosse Mehrheit der Schulräte des Kantons Uri ist der Meinung, dass das Thema Langzeit-/Kurzzeitgymnasium in ein eigenes Handlungsfeld aufgenommen werden muss und fordern, dass man dieses Thema unverzüglich mit allen Beteiligten diskutiert.“

Wir sind der Meinung, dass das Thema Langzeit-/Kurzzeitgymnasium in ein eigenes Handlungsfeld aufgenommen werden muss.

1. Die Führung des Langzeitgymnasiums soll bestehen beliben.
2. Die Übertrittsmöglichkeiten sollen aber wie bis anhin beibehalten werden.
3. Der Schulrat ist der Meinung, dass das Thema in ein eigenes Handlungsfeld aufgenommen werden muss. Es muss mit allen Beteiligten diskutiert werden.

Grundsätzlich würden wir die Einführung eines Kurzzeitgymnasiums begrüssen, weil das individualisierte und jahrgangsdurchmischte Lernen (siehe oben) die Integration von Gymnasiasten sehr gut ermöglicht. Die Selektion nach der 6. Klasse ist zu früh. Eine seriöse Laufbahnplanung kann entwicklungsbedingt erst etwa nach dem 8. Schuljahr stattfinden.

Wir bedauern sehr, dass in Zukunft der Übergang von der 1. Oberstufe ins 1. Gymnasium oder ins 2. Gymnasium sowie von der 2. Oberstufe ins 2. Gymnasium nicht mehr möglich ist, denn es gibt immer wieder Situationen, wo dies sinnvoll und zum Wohl des Schülers wäre.

Grundsätzlich einverstanden, jedoch sollen die bestehenden Übertrittsmöglichkeiten (1. OS in 2. Klasse Gym) weiterhin möglich sein, wenn auch nicht unbedingt gefördert werden. Es gibt oft begründete Einzelfälle, wo ein solcher Wechsel angebracht ist.

Langzeit

Wir sehen bei beiden Varianten Vor- und Nachteile. Wichtig erscheint uns, dass auch in Zukunft die Durchlässigkeit vom Niveau A der integrierten Ober-

Schulrat Sisikon

Kreisschulrat Urner Oberland

Kreisschulrat Seedorf

Kreisprimarschulrat Seedorf-Bauen

CVP Uri

stufe in das Gymnasium gegeben ist. Dies ist vor allem für die Gemeinden ausserhalb Altdorf wichtig. Das Kurzzeitgymnasium führt tendenziell zu einer Niveausenkung und ist im kleinräumigen Kanton Uri keine Dringlichkeit.

Langzeit

Wir befürworten die Beibehaltung und erachten diesen Weg als Stärkung der Randregionen.

FDP.Die Liberalen
Uri

Langzeit

Nach wie vor sehen die Grünen Uri mehr Vorteile für die Führung eines Kurzzeitgymnasiums. Wir sind für die Abschaffung des Langzeitgymnasiums. Sollte das politische Parkett nicht reif dazu sein, unterstützen wir die Stärkung der Oberstufen und die Integration analog Primarschule.

Grüne Uri

Das Kurzzeitgymnasium soll eingeführt werden und die nötigen Änderungen im Gesetz vorgenommen werden. Wir finden die Ausklammerung des UG von der Volksschulentwicklung falsch. Die Gemeindeschulen werden durch das KZG gestärkt.

SP Uri

Das Langzeitgymnasium sollte unbedingt beibehalten werden. Aus Sicht der SVP wäre es sinnvoll, dem Übertritt in die zweite Hälfte des Langzeitgymnasiums (nach drei Jahren) und somit zwangsläufig den Übertritt der Oberstufe ins Kurzzeitgymnasium mit einer Prüfung zu regeln.

SVP Uri

Wir fordern, dass das Langzeitgymnasium aufgelöst wird. Die Entscheidung, gymnasialer Weg oder eine Berufslehre, findet in der 7.-8. Klasse statt. Der Entscheid soll auch in dieser Zeit gefällt werden und ohne Probleme umsetzbar sein. Dass das Untergymnasium in der Volksschulentwicklung ausgeklammert wird, finden wir falsch.

JUSUri

Kurzzeitgymnasium

Eine sehr grosse Anzahl ist dafür → Verhältnis 7:1. Ein Weglassen des UG würde Mehrkosten für die Gemeinden verursachen, da Zusatzlektionen angeboten werden müssen und das bestehende Raumprogramm zu knapp ist.

LUR

Langzeit

Die Durchlässigkeit innerhalb der OS und UG sollte unbedingt beibehalten werden. Diese Chance ist insbesondere für Randgemeinden wertvoll.

Im Gegenzug würden die Schulzentren durch einen Wegfall des Gymnasiums gestärkt (gute Schüler und Schülerinnen und höheres Niveau).

Vereinzelt sind wegen einer gewünschten Stärkung der Gemeinden, einem höheren Bildungsniveau in den Gemeindeschulen und der Chancengerechtigkeit gegenüber von Randgemeinden gegen eine Beibehaltung des Langzeitgymnasiums. Zudem widerspricht eine Minderheit der Argumentation, dass die Schliessung des UGs für die Gemeinden Mehrkosten verursacht. Die Gemeinden müssen bestimmt weniger Klassen eröffnen, als durch die Schliessung des UGs aufgegeben werden müssen. Auch können vom Kanton durch die Kostenersparnis im UG zusätzliche Mittel mittels einer erhöhten Schülerpau-

schale an die Gemeinden weitergegeben werden.

Aufhebung des Langzeitgymnasiums oder Beibehaltung des Langzeitgymnasiums werden von Minderheiten verlangt. Die Lernenden können auch auf der Oberstufe in den Gemeinden gefördert werden. Die Kosten werden sich zwar in den Gemeinden leicht steigern, die Einsparung auf der kantonalen Ebene macht dies ums Vielfache wieder wett. Die zusätzlichen Lernenden würden die Schülerzahlen in den Gemeinden wieder positiv beeinflussen.

- Die VSL setzt sich für die Einführung des Kurzzeitgymnasiums ein.
- Die Selektion nach der 6. Klasse ist zu früh. Eine seriöse Laufbahnplanung kann entwicklungsbedingt erst etwa nach dem 8. Schuljahr stattfinden.
- Schülerinnen und Schüler, die eine gymnasiale Laufbahn ins Auge fassen, sollen an den Oberstufen binnendifferenziert oder in Lerngruppen mit erweitertem Leistungsprofil gefördert werden.

VSL

S&E Uri begrüsst die Beibehaltung des Langzeitgymnasiums und die Stärkung des Kurzzeitgymnasiums mit Zusatzangeboten in der Oberstufe. Die Latte für den Eintritt ins Langzeitgymnasium muss jedoch höher gelegt werden, um diesen Weg für die wirklich Besten freizuhalten.

S&E Uri

Der MSR ist dankbar dafür, dass die Beibehaltung des Langzeitgymnasiums ausdrücklich bejaht wird. Eine Stärkung des sogenannten Kurzzeitgymnasiums kann der MSR nicht gutheissen. Absolventen von Langzeitgymnasien schnitten in den letzten Studien (EVAMAR II, HSGYM) besser ab als Absolventen von Kurzzeitgymnasien.

MSR

Für die Randregionen und dort wohnhafte SchülerInnen ist es wichtig, dass der Zugang zum Langzeitgymnasium erhalten bleibt und mit Fördermassnahmen erleichtert wird.

Der MSR begrüsst die neue Übertrittsregelung, wie sie im letzten Abschnitt Seite 39 vorgeschlagen wird; wir glauben, dass die Kantonale Mittelschule so ihre Schüler/innen besser und zielgerichteter fördern kann.

Es ist bekannt, dass die räumliche Distanz zum Untergymnasium einen Einfluss auf den Anteil der Übertritte nach der 6. Primarklasse hat. Deshalb finden wir es gut, dass man künftig den Weg aus der 2. Oberstufe ins Kurzzeitgymnasium stärken will. Dies bedingt allerdings, dass in kooperativen und integrierten Schulmodellen zumindest gewisse Anpassungen vorgenommen werden, um besonders leistungsfähigen Jugendlichen den Eintritt in die 3. Klasse des Gymnasiums zu gewährleisten. Wenn diese Voraussetzungen schon geschaffen werden, stellt sich jedoch die Frage, ob es sinnvoll ist bzw. ob wir es uns leisten können, weiterhin ein Langzeitgymnasium anzubieten. Ein Verzicht auf das Langzeitgymnasium würde die Oberstufenstandorte stärken, was in Anbetracht der sinkenden Schülerzahlen positiv wäre.

Finanzdirektion

Kurzzeitgymnasium

Antworten von nicht Eingeladenen

Im kleinen Kanton Uri sollte das Langzeitgymnasium abgeschafft werden, da-

HPZ Uri

mit die einzelnen Schulen die Oberstufe führen können. Damit erreicht man eine Chancengerechtigkeit zwischen Talgemeinden und Bergregionen.

Die Schülerinnen und Schüler können/müssen sich dadurch zu einem späteren Zeitpunkt für den maturitären Weg entscheiden.

Kurzzeitgymnasium

Wir sind gegen eine Beibehaltung des Langzeitgymnasiums. Die Lernenden können auch auf der Oberstufe in den Gemeinden gefördert werden. Die Kosten werden sich zwar leicht steigern in den Gemeinden, aber die Einsparung auf der kantonalen Ebene macht dies um Vielfache wieder wett. Die zusätzlichen Lernenden würden die Schülerzahlen in den Gemeinden wieder positiv beeinflussen und das Leistungsdenken in den Lerngruppen wieder positiv beeinflussen.

Bei einer Beibehaltung des Langzeitgymnasiums muss die Durchlässigkeit wie bisher gewährleistet sein, sonst sind die Randgemeinde benachteiligt.

Kurzzeitgymnasium

Sekundarstufe 1

4.12 Allgemeine Bemerkungen zum Handlungsfeld 3

Die Durchlässigkeit zwischen der Volksschule und dem Gymnasium muss vollständig gewahrt bleiben. Die vorgeschlagenen Einschränkungen werden nicht unterstützt.

Gemeinderat Attinghausen

Schulrat Attinghausen

Die Frage des Langzeitgymnasiums sollte vielleicht separat diskutiert werden. Auch müssten Fragen organisatorischer und finanzieller Art, welche sich bei einer Abschaffung des Langzeitgymnasiums stellen, speziell erörtert werden.

Gemeinderat Bürglen

Für den Gemeinderat ist wichtig, dass im Projekt Volksschule 2016 ein einheitliches Schulmodell für die Oberstufen im Kanton Uri eingeführt wird. Aus Kostengründen ist eine Bildung von Oberstufenzentren mit entsprechenden Schülerzahlen zwingend vorzuschreiben.

Gemeinderat Flüelen

Ein individuelles Lernen müsste auch auf der Oberstufe möglich sein. In der Primarschule wird vielfach bereits mit Wochenplänen am gleichen Thema, jedoch mit unterschiedlichem Tempo gearbeitet, je nach Stand der Schüler.

Gemeinde- und Schulrat Isenthal

Im Bericht, wie auch an der Informationsveranstaltung wurde deutlich aufgezeigt, dass die Bildungskosten gestiegen sind. Warum werden so viele Neuerungen vorgeschlagen, welche die Kosten noch mehr ansteigen lassen. Das ist überhaupt nicht logisch!

Gemeinderat Seelisberg

Am besten sollte es für den ganzen Kanton nur noch ein System geben und nicht wie vorgesehen zwei Systeme.

Gemeinderat Sison

Schulrat Sisikon

Das Untergymnasium ist Teil der Volksschule. Deshalb vermischen wir im Bericht den grundlegenden Einbezug des Untergymnasiums. Für das Untergymnasium hätten unserer Meinung nach dieselben Überlegungen wie für die übrige Oberstufe gemacht werden müssen.

Schulrat Altdorf

Ein kantonal einheitliches Modell wäre für uns wünschenswert, auf Grund der unterschiedlichen Voraussetzungen der Gemeinden aber wohl nicht realisierbar.

Schulrat Bürglen

Wir bevorzugen das kooperative Modell mit Kernklassen Niveau A, B und C. Die Werkschule würde als Kernklasse C geführt und somit wäre die Durchlässigkeit ins Niveau B gegeben.

Voraussetzung für ein kantonal einheitliches kooperatives Modell sind hohe Kinderzahlen.

Deshalb muss die Diskussion um eine mögliche Abschaffung des Langzeitgymnasiums und die Kreisbildung auf der Oberstufe dringend geführt werden.

Bleiben die Schüler/innen bis zur 3. Oberstufe in den Gemeinden, so sind ein konstantes Umfeld sowie die Sozialkontrolle eher gegeben.

Das Kurzzeitgymnasium sollte gestärkt werden, da viele Schüler in der 6. Kl. noch nicht entscheiden können, welchen Berufsweg sie einschlagen könnten.

Schulrat Schulen
Schächental

Gemeinderat Spiringen

Gemeinderat Unterschächen

Die heutige Durchlässigkeit auf der Sekundarstufe II (Berufsmatura etc.) eröffnet auch für ORS-Schüler ohne gymnasiale Matura viele Berufswege. Dieses in der Schweiz einmalige und bewährte Berufsbildungssystem soll so bleiben.

Schulrat Seelisberg

Wir würden es begrüßen, wenn in unserem kleinen Kanton nur noch ein System auf der OS angeboten wird. Aus Sicht der sinkenden Schülerzahlen müsste das integrierte System favorisiert werden.

Schulrat Silenen
Gemeinderat Silenen

Die Frage wer begabte Schüler vorbereitet, die aus der Oberstufe in die Mittelschule wechseln wollen, kann nicht mit einer „kann“ Formulierung geregelt werden. Es muss eindeutig definiert sein, wer diese speziellen Angebote für Begabte bereitstellt.

FDP.Die Liberalen
Uri

Gute Lehrpersonenschulung und Elterninformationen sind unabdingbar. Der Kanton muss auch viel Unterstützung bieten, sonst bleiben die angestrebten Ziele unerreichbar.

Grüne Uri

Das LZG ist aufzuheben, OST-Schülerinnen aus regionalen oder kommunalen OST-Zentren sind konsequent nach einheitlichen Kriterien im KZG aufzunehmen.

SP Uri
JUSOuri

Gemäss Schulgesetz und Kantonsverfassung hat das Bildungswesen in allen Kantonen den weitgehend gleichen Auftrag zu erfüllen, nämlich jedem Schüler eine, seinen Fähigkeiten angemessene Ausbildung und Bildung zu vermitteln. Aus diesem Auftrag wurde die dreigliedrige Oberstufe abgeleitet. Leider wird mit immer neuen Reformen, vor allem in der Oberstufe, immer mehr Verwirrung und Verunsicherung ausgelöst. Gerade auch dem Mangel an qualifizierten Oberstufenlehrpersonen und deren Ausbildungsmodellen sollte doch in erster Linie das Augenmerk gelten. Dieses Defizit gilt es mit geeigneten Massnahmen aufzufangen, weil schlussendlich nur mit qualifizierten und spezifisch ausgebildeten Lehrpersonen eine Qualitätssicherung an unseren Schulen gewährleistet werden kann. Statt immer wieder neue Reformen mit integrativen Modellen durch zu drücken, gilt es endlich eine Standortbestimmung vorzunehmen. Für die SVP ist es von zentraler Bedeutung, dass die Qualität unserer Schule, vor allem dem Defizit in den naturwissenschaftlichen Fächern, eine besonders grosse Bedeutung zumessen sollte. Der markante Qualitätsverlust in den naturwissenschaftlichen Fächern führt zu grosser Verunsicherung insbesondere bei den Lehrmeister/innen. Diese bekunden sehr oft Schwierigkeiten mit den Fähigkeiten der Schulabgänger/innen. Damit Zeugnisnoten für die Lehrlingsausbildner/innen aussagekräftig und verständlich werden, ist eine Zusammenarbeit zwischen Lehrer/innen und Lehrlingsausbildner/innen unumgänglich.

SVP Uri

Der Lehrberuf wird durch die Reformen nicht attraktiver. Eine separierte OS sollte weiterhin möglich sein (auch nach Erfahrungen mit dem integrierten Modell).

LUR

Allgemein ist im Bericht der Trend zur Integration auszumachen. Auf der Oberstufe geht das aber nicht auf. Einerseits soll man die Werkschüler integrieren um dann im Gegenzug gleich wieder mit den Niveaus in den Fächern zu separieren. Über das sehr wichtige Fach Naturlehre wird nicht debattiert, obwohl auch da zusätzliche Niveaus nötig wären.

Wenn schon Integration, muss das radikal geschehen: Integration von Werk bis Gymnasium, max. Klassengrösse bei 16 Sch., ständige Unterstützung durch einen Heilpädagogen, Lehrmittel, die ohne weiteren Aufwand jeden Lernstand abdecken und Lehrmittel, die auf jedem Niveau selbständiges Arbeiten ermöglichen.

Im Moment ist die OS eine extreme Baustelle.

Die Arbeitszeiterhebung des LCH soll endlich ernst genommen werden. Die Lehrpersonen arbeiten schon sehr viel und sollen nicht noch mit neuen Aufgaben (bis zu einer Überlastung) konfrontiert werden.

Zu den neuen Modellen kommen auch noch viele Anforderungen durch schwierige familiäre Situationen und vermehrte kulturelle Unterschiede bei den Lernenden, was die Heterogenität fördert und eine Homogenität verunmög-

licht.

- Durch ständig wechselnde Konstellationen in Niveaugruppen kann das Gemeinschaftsgefühl, der Klassengeist zu kurz kommen. Dies spricht dafür, den Unterricht nach Möglichkeit ohne äussere Differenzierung zu führen (s. Entwicklungsoptionen)
- Die Problematik der Beurteilung in Form von Noten sollte aktiv angegangen werden, indem vermehrt Kompetenzraster entwickelt und eingesetzt werden. In einem Folgeschritt zu Schule 2016 sollte der gesetzliche Rahmen für eine Beurteilung ohne Noten geschaffen werden.

VSL

S&E Uri ist der Meinung, dass es wichtig ist, ein von Grund auf gut durchdachtes Fremdsprachenkonzept auszuarbeiten. Ebenfalls ist es wichtig, die Schülerinnen und Schüler zusammen mit den Erziehungsberechtigten zu selbständigen, initiativen und kompetenten Personen heranzuziehen, die in Beruf und Studium erfolgreich ihren Weg gehen können.

S&E Uri

Die Frage, wer Angebote für begabte Schüler/innen, die aus der Oberstufe in die Mittelschule wechseln wollen, bereitstellt, kann nicht mit einer "kann"-Formulierung geregelt werden. Es muss eindeutig definiert sein, wer diese speziellen Angebote bereitstellt. Die Kantonale Mittelschule hat diese Aufgabe bis anhin übernommen und ist bereit dies auch weiterhin zu tun. Sollte diese Aufgabe aber in Zukunft in den Oberstufenzentren angesiedelt werden, müssen diese darauf verpflichtet werden, sie auch zu erfüllen. Die Mittelschule wird dann die Zielvorgaben formulieren und über die Aufnahme dieser Schüler/innen entscheiden.

MSR

Der MSR begrüsst die neue Übertrittsregelung, wie sie im letzten Abschnitt Seite 39 vorgeschlagen wird; wir glauben, dass die Kantonale Mittelschule so ihre Schüler/innen besser und zielgerichteter fördern kann.

Antworten von nicht Eingeladenen

Die Arbeitszeiterhebungen des LCH sollen endlich ernst genommen werden. Die Lehrpersonen arbeiten schon sehr viel und sollen durch neue Belastungen vor der Überlastung geschützt werden.

LUR, Sekundarstufe 1

Zu den neuen Modellen kommen auch noch viele Anforderungen durch schwierige familiäre Situationen und vermehrte kulturelle Unterschiede bei den Lernenden.

Der Weg zur gymnasialen Maturität im Kanton Uri (5.3.4)

LUM

Wir stellen mit Befremden fest, dass im Bericht von einem „Kurzzeitgymnasium“ (KZG) die Rede ist, das gefördert werden sollte. Wir erinnern deshalb daran, dass es im Kanton Uri ein solches KZG gar nicht gibt und dass sich die Urner Regierung im Jahr 2006 eindeutig für das Langzeitgymnasium (LZG) entschieden hat. Auch der Autor des Berichtes erwähnt, dass sich das LZG bewährt habe und sich grosser Nachfrage erfreue.

Wir betonen, dass das LZG nach der sechsten Primarklasse der geeignete

Schultyp zur Förderung begabter SchülerInnen ist, welche die Matura absolvieren wollen, da

- bei der Umsetzung der Lehrpläne der ersten zwei Jahre dem langfristigen Ziel der Matura bereits Rechnung getragen wird;
- jedes Fach von einer Fachlehrperson unterrichtet wird, welche das gymnasiale Curriculum bis zur Matura kennt, häufig auch in oberen Klassen unterrichtet und so die SchülerInnen in ihrem Fach optimal fördern kann;
- Schülerleistungen durch anforderungshohe Schultypen verbessert werden.

Übertrittsmöglichkeiten aus der Volksschule ans Gymnasium (5.3.4/5.3.5)

Es ist wichtig, dass die Durchlässigkeit zwischen Oberstufe und Gymnasium für jene SchülerInnen gewährleistet wird, welche sich aus verschiedenen (geographischen, entwicklungspsychologischen) Gründen nach der sechsten Klasse noch nicht für das LZG entscheiden können. Insbesondere sollte auch der Übertritt nach dem 7. Schuljahr möglich sein. Dies aus folgenden Gründen:

- Je früher auf einem höheren Niveau und mit höherem Tempo gearbeitet wird, desto schneller können die Schülerleistungen verbessert werden;
- Je früher die Umstellung auf das Fachlehrersystem gelingt, desto besser finden sich die Schülerinnen und Schüler am Gymnasium zurecht;
- Defizite können im Fall eines Übertritts nach der 7. Klasse schneller wettgemacht werden, als wenn der Übertritt erst nach dem 8. Schuljahr stattfindet, da weniger Stofflücken bewältigt werden müssen.

Unterstützung für SchülerInnen, welche nach dem 7. oder 8. Schuljahr ins LZG eintreten möchten (5.3.5)

Vor allem in den Fächern Mathematik, Französisch, Englisch und Musik, wo öfters Defizite festgestellt werden, besteht das Bedürfnis nach zusätzlicher Förderung jener Schülerinnen und Schüler, welche nach der 7. oder 8. Sekundarklasse ans Gymnasium wechseln möchten.

Es scheint uns aber aus verschiedenen Gründen ineffizient, an allen Oberstufen zusätzliche Lernangebote anzubieten: kleine Schülerzahlen und insgesamt wenig Übertrittswillige lassen solche Zusatzangebote an allen Oberstufen als zu teuer und unverhältnismässig erscheinen.

Dagegen macht es Sinn, zusätzliche Lernangebote zentral *am Gymnasium selbst* anzubieten. Die Gymnasiallehrkräfte kennen das Unterrichtsniveau, das Unterrichtstempo und die Anforderungen aus der Praxis sehr gut. Sie sind auch am besten in der Lage, Übertrittswillige an den gymnasialen Stoff heranzuführen.

Wir erinnern daran, dass Schülerinnen und Schüler, die ans LZG übertreten möchten, jetzt schon an einem Mittwochnachmittag am Gymnasium von Fachlehrkräften der Fächer Mathematik, Französisch, Englisch und Musik empfangen und unterstützt werden. Sie erhalten Einblick in die Unterrichtsinhalte und es werden Unterrichtsmaterialien wie Arbeitsblätter oder aktuelle Prüfungen abgegeben. Nach einer gewissen Zeit werden die Schülerinnen und Schüler ein weiteres Mal eingeladen. Diesmal geht es darum, den individuellen Be-

dürfnissen entsprechend weiterführende Unterlagen bereitzustellen bzw. auf elektronischem Weg zugänglich zu machen.

Anstelle zusätzlicher Lernangebote an den Oberstufen wäre es sinnvoller (und kostengünstiger), das bestehende Angebot am Gymnasium auszubauen.

Handlungsfeld 4: Sprachregionale Zusammenarbeit

4.13 Welche Haltung haben Sie zur vorgeschlagenen sprachregionalen Zusammenarbeit?

In Ordnung / Ja. / Wir sind damit einverstanden. / Wird begrüsst / Wird befürwortet / Positiv / Wird unterstützt / Finden wir gut / Gut und sinnvoll

Gemeinderat Altdorf

Gemeinderat Attinghausen

Gemeinderat Erstfeld

Gemeinderat Flüelen

Gemeinderat Gurtellen

Gemeinde- und Schulrat Schattdorf

Gemeinderat Seelisberg

Gemeinderat Spiringen

Gemeinderat Unterschächen

Gemeinderat Wassen

Schulrat Altdorf

Schulrat Attinghausen

Schulrat Bürglen

Schulrat Hospental

Schulrat Schulen Schächental

FDP.Die Liberalen Uri

JUSOURi

Man muss kompatibel mit den anderen Schulen in unserer Sprachregion bleiben.

Gemeinderat Andermatt

	Schulrat Andermatt
Regionale Zusammenarbeit bspw. bei den Lehrplänen hat sich in den letzten Jahrzehnten bewährt, weshalb diese unbedingt beibehalten werden soll. Ein Alleingang wäre für einen kleinen Kanton wie Uri schwierig.	Gemeinderat Bürglen
Ungedingt ja.	Gemeinderat Göschenen
Der Alleingang für den Kanton Uri sowie für die Zentralschweiz wird bildungspolitisch, wie auch in finanzieller Hinsicht nicht möglich sein. Um Allen die gleiche Bildungschance zu gewähren ist eine grossräumige Zusammenarbeit erforderlich.	Gemeinde- und Schulrat Isenthal
Nachteil; Auf die Gegebenheiten des Kantons kann nur noch beschränkt eingegangen werden.	
Wir befürworten die Weiterführung der regionalen Zusammenarbeit und die Beteiligung auf deutschschweizerischer Ebene an der Realisierung des Lehrplanes 21. Es ist wichtig, dass der Kanton Uri von Beginn an seine Forderungen und Anliegen am Lehrplan 21 einbringen kann.	Gemeinderat Seedorf
Die Zusammenarbeit mit den anderen Deutschschweizer Kantonen sollte weitergeführt werden. Die Anforderungen sollten aber genau formuliert und abgestimmt werden.	Gemeinderat Sisikon Schulrat Sisikon
Ohne Zusammenarbeit geht es nicht. Zuerst sollte die Zusammenarbeit aber im Kanton Uri gemacht werden.	Schulrat Erstfeld
Die Zusammenarbeit mit anderen Kantonen ist sinnvoll und wichtig, um finanzielle, personelle und vor allem auch fachliche Ressourcen optimal zu nutzen. Deshalb ist die Zusammenarbeit, die sich im innerschweizerischen Rahmen bewährt hat, auf sprachregionaler Ebene weiterzuführen.	Schulrat Flüelen
Die Zusammenarbeit des Kantons Uri mit den anderen Kantonen soll weiterhin gepflegt und gefördert werden, da sie allgemein sinnvoll und auch kostengünstiger ist.	Schulrat Seelisberg
Die sprachregionale Zusammenarbeit ist für den Kanton Uri die einzig vernünftige Lösung. In Anbetracht unserer Kleinheit macht ein Alleingang keinen Sinn. Der eingeschlagene Weg ist weiterzuführen.	Schulrat Silenen Gemeinderat Silenen
1. Die „sprachregionale Zusammenarbeit“ im Kanton soll vorerst angestrebt werden.... (Gemeinden)...! ☺	Kreisschulrat Urner Oberland

2. Die angesprochene Zusammenarbeit soll unbedingt angestrebt werden.

Die Zusammenarbeit mit anderen Kantonen erachten wir als sinnvoll und sehr wichtig, um finanzielle, personelle und vor allem auch fachliche Ressourcen optimal zu nutzen . Daraus ableitend ist u. a. die Mitarbeit bzw. Mitbeteiligung am Projekt Lehrplan 21 und an weiteren überregionalen Aktivitäten wie Bildungsstandards und Leistungsmessungen die logische Folgen.

Kreisschulrat Seedorf

Die Einführung der zweiten Fremdsprache auf der Primarschulstufe sollte aber nochmals eingehend mit den anderen Kantonen diskutiert werden.

Die Idee ist prüfenswert, jedoch stellt sich die Frage, ob sich der Aufwand wirklich lohnt, ist die Zusammenarbeit doch mit zusätzlichen administrativen Arbeiten verbunden. Lehrpersonen sollen primär unterrichten und möglichst wenig Zeit für andere Aufgaben verwenden müssen. Die Kosten (s. Tabelle 19) sind zu hoch.

Kreisprimarschulrat Seedorf-Bauen

Siehe S. 43: Fazit

CVP Uri

Der Kanton soll die notwendige und bisher erfolgreiche Zusammenarbeit mit anderen Kantonen weiterführen.

Er soll sich am Lehrplan 21 und an weiteren überregionalen Aktivitäten wie Bildungsstandards und Leistungsmessungen aktiv beteiligen.

Die sprachregionale Zusammenarbeit soll weitergeführt werden. Wir sind zu klein, um einen Extrazug zu fahren. Unsere Jugendlichen sollen Anschluss haben.

Grüne Uri

Grundsätzlich ist sie richtig. Rankings sollen aber vermieden oder untersagt werden, da sie die Rivalität statt die Zusammenarbeit fördern.

SP Uri

Grundsätzlich befürworten wir eine sprachregionale Zusammenarbeit. Diese Zusammenarbeit darf aber die einzelnen Kantone in ihrer Autonomie nicht einschränken. Insbesondere die Lehrmittel und Methodenfreiheit der Lehrer/innen müssen gewährleistet werden. An Stelle der Kompetenzmodelle der darauf aufbauenden Bildungsstandards fordern wir klare Zielvorgaben und dass deren Erreichen verpflichtend und überprüfbar sind.

SVP Uri

Zusammenarbeit in der Region ist gut.

LUR

Die Zusammenarbeit mit anderen Kantonen erachten wir als sinnvoll und sehr wichtig, um finanzielle, personelle und vor allem auch fachliche Ressourcen optimal zu nutzen. Daraus ableitend ist u. a. die Mitarbeit bzw. Mitbeteiligung am Projekt Lehrplan 21 und an weiteren überregionalen Aktivitäten wie Bildungsstandards und Leistungsmessungen die logische Folgen.

VSL

S&E Uri begrüsst im Allgemeinen die bisherige, sinnvolle Strategie des Kantons Uri und unterstützt diese weiterhin. Es sollte darauf geachtet werden, dass die kantonalen Bedürfnisse nicht um jeden Preis den überregionalen Gegebenheiten angepasst werden.

S&E Uri

Der MSR begrüsst dies sehr.

MSR

Wir erachten es als sehr wichtig, dass sich der Kanton Uri auch künftig aktiv an der sprachregionalen Zusammenarbeit beteiligt. Ein Alleingang kann sich Uri nicht leisten.

Finanzdirektion

Antworten von nicht Eingeladenen

Eine sprachregionale Zusammenarbeit erachten wir als sinnvoll.

HPZ Uri

Handlungsfeld 5: Lehrpersonen

4.14 Welche Meinung haben Sie zum Vorschlag, das Arbeitspensum der Lehrpersonen zukünftig in so genannten Auftragseinheiten zu berechnen?

Grundsätzlich befürwortet der Gemeinderat Altdorf die Idee einer aufgabengewichteten Entlohnung. Die Konsequenzen in der Umsetzung müssen jedoch noch vor einer weiteren Entscheidung detailliert geprüft werden.

Gemeinderat Altdorf

Dieser Vorschlag erscheint uns unbrauchbar.

Gemeinderat Andermatt

Schulrat Andermatt

Schulrat Hospental

Aufgrund des zu erwartenden Mehraufwandes bei der Zuteilung der Auftrags-einheiten (Schulleitungen) steht der Gemeinderat Attinghausen diesem Modell kritisch gegenüber.

Gemeinderat Attinghausen

Mit einer neuen Berechnungsart des Arbeitspensums der Lehrpersonen könnten durchaus auch positive Effekte erzielt werden. Der administrative Aufwand darf aber nicht ansteigen, was beim vorgeschlagenen Modell zu befürchten ist.

Der Gemeinderat Attinghausen schlägt eine eingehende Diskussion zu diesem Thema vor, mit dem Ziel, ein effizientes und einfach zu handhabendes Modell zu schaffen.

Der Modellwechsel von "Pflichtlektionen" zu "Auftragseinheiten" ist nicht nachvollziehbar und auch mit hohem administrativem Aufwand verbunden. Das

Gemeinderat Bürglen

bisherige Modell hat sich bewährt und soll beibehalten werden.

Nein. Mit den Auftragseinheiten wird das System viel zu kompliziert. Frage: wer überwacht die ganze Angelegenheit?

Gemeinderat Erstfeld

- Der Vorschlag, das Arbeitspensum der Lehrpersonen mit Auftragseinheiten zu berechnen ist kompliziert, intransparent, nicht kontrollierbar, unsinnig und wird daher abgelehnt.
- Falls keine andere oder sinnvollere Möglichkeit für die Berechnung der Arbeitspensum gefunden wird, ist die heutige Lösung mit Lektionenzahlen beizubehalten.

Gemeinderat Flüelen

Nein (Zusatzkosten Verwaltung, Arbeitsklima!!).

Gemeinderat Göschenen

Nein / Wird nicht befürwortet

Gemeinderat Gurtellen

Gemeinderat Wassen

Mit der Einführung von Arbeitseinheiten könnten Vereinheitlichungen erzielt werden. Die Verrichtung von „Nebenarbeiten“, die bisher im Berufsauftrag verpackt wurden, können transparenter gemacht werden. Es gilt jedoch zu beachten, dass auch innerhalb der Arbeitseinheiten zeitaufwändigere und weniger zeitaufwändigere Arbeitsausführungen vorkommen werden.

Gemeinde- und Schulrat Isenthal

Die Lösung erfordert einen unverhältnismässig hohen administrativen Aufwand und bietet kaum einen Mehrwert. Der Unterricht in der Klasse ist nach wie vor Kernaufgabe aller Lehrpersonen und damit Referenzgrösse für die Berechnung des Beschäftigungsgrades. Die Aufgaben der Lehrpersonen sind im Verlauf der letzten Jahre erwiesenermassen umfangreicher geworden. Um der veränderten Situation Rechnung zu tragen, wurde im Januar 2006 das Reglement über den beruflichen Auftrag der Lehrpersonen an der Volksschule (Amtsauftrag) RB 10.1212 eingeführt.

Gemeinde- und Schulrat Schattdorf

Die Referenzgrösse des Anstellungsgrades einer Lehrperson ist die Anzahl der unterrichteten Lektionen, ausgehend von einem Vollpensum von 29 Lektionen als Basis.

Der Vorschlag zur Neuberechnung der Arbeitszeit in Form von Auftragseinheiten (AE) basiert nach wie vor auf der bestehenden Besoldungstabelle. Sie bringt im Wesentlichen nichts Neues und ist vor allem ein Umschichten von Auftragseinheiten ohne einen konkreten Mehrwert für die betroffenen Personen. Die Schulleitungen sollten nicht mit jeder Lehrperson den jeweiligen Anstellungsgrad neu definieren müssen. Die entsprechende Zeit ist anderweitig besser investiert (z.B. Schulentwicklung etc.).

Wenn eine Lehrperson in einer Schule ein kleines Pensum von 2 Lektionen

unterrichtet, würde sie zunächst für diese beiden Lektionen entschädigt. Dabei wird **nur** der Unterricht in der Klasse und die damit verbundene Vor- und Nachbereitungsarbeit berechnet. Aufgrund dieser Berechnung würden sämtliche Verpflichtungen wie die Teilnahme an Sitzungen oder Mitarbeit bei der Schulentwicklung und anderes entfallen. Diese müssten gemäss der Auftrags-einheiten und unabhängig zur berechneten Lohnbasis separat ausgewiesen werden. Die gleiche Berechnung müsste man für alle Anstellungsgrade und Lehrpersonen durchführen. Zusätzlich müsste man die AE, wie Klassenlehrer-funktion, Mitarbeit an der Schulentwicklung, Weiterbildung etc. überprüfen und dem Aufwand entsprechend berechnen. Zusätzliche Aufgaben wie die Stun-denplanung, Wartung der Computer oder die Betreuung der Bibliothek müssen ebenfalls berechnet werden.

Dies würde eine komplett neue Lohnstruktur bzw. Besoldungstabelle erfor-dern.

Es wäre wünschenswert, Lehrpersonen mit einem erheblichen Mehraufwand aufgrund von Sonderaufgaben auch entsprechend zu entschädigen. Man könnte sich diesbezüglich auch vom starren Raster von Entlastungslektionen lösen. Dies funktioniert aber nicht mit der simplen Umschichtung von AE in-nerhalb einer nach Lektionen berechneten Lohnstruktur. Vielmehr müsste man einen Pool einrichten, der solche Entschädigungen ermöglichen würde, was aber ebenfalls einen finanziellen Mehraufwand zur Folge hätte.

Die Idee ist prüfenswert, sollte jedoch vom administrativen Aufwand her gründ-lich geprüft werden. Der Wechsel darf keinesfalls die Erhöhung des administ-rativen Aufwandes begünstigen.

Auch sollte die Umstellung auf so genannte Auftrageinheiten unbedingt kos-tenneutral erfolgen, das heisst, keine versteckten Lohnerhöhungen beinhalten.

Warum will er Kanton Uri ein System einführen, welches von keinem anderen Kanton ausgeführt wird? Das Rad muss doch nicht neu erfunden werden wenn beispielsweise der Nachbarkanton Nidwalden mit einem guten System bereits Erfahrungen gemacht hat. (Es wird auch von Arbeitsfeldern gesprochen!)

Grundsätzlich gilt es doch nur zu formulieren, was ein 100 % Pensum beinhal-tet. Es ist auch klar, dass eine Lehrperson nicht nur unterrichten, vorbereiten und nachbereiten muss.

Uns scheint das vorgeschlagene System sehr kompliziert und nicht transpa-rent. Es darf für Schulbehörden und Schulleitungen keinen Mehraufwand ge-nerieren. (Mehrkosten)

Was heisst das, Lehrpersonen können nach ihren Stärken eingesetzt werden? Das ist kein klarer Auftrag an die Lehrpersonen.

Für uns ist dieses vorgeschlagene System nicht durchführbar!

Das bisherige System hat sich sehr gut bewährt. Die Kompetenzen, den Teil-zeitangestellten z.B. weniger Pflichtaufgaben (Sitzungen) aufzuerlegen liegen bei der Schulleitung. Arbeitseinheiten sind in der Praxis unserer Ansicht nach, ein untaugliches Mittel die Arbeitsleistungen der Lehrpersonen zu quantifizie-

Gemeinderat See-dorf

Gemeinderat See-lisberg

Gemeinderat Sisi-on
Schulrat Sisikon

ren und können missbraucht werden.

Wir lehnen den Vorschlag ab. Unserer Meinung nach würden Auftragseinheiten die Berechnung des Arbeitspensums verkomplizieren. Die jeweilige Zuteilung der Auftragseinheiten wäre zudem mit einem nicht zu unterschätzenden Mehraufwand für die Schulleitungen verbunden. Die besoldungsmässige Einstufung von Stellvertretungen sowie die Berechnung von unbezahltem Urlaub würden unnötig erschwert. Mit der bestehenden Lektionenregelung haben wir gute Erfahrungen gemacht. Ein Systemwechsel drängt sich deshalb nicht auf.

Schulrat Altdorf

Aufgrund des zu erwartenden Mehraufwandes bei der Zuteilung der Auftrags-einheiten (Schulleitungen) steht der Schulrat Attinghausen diesem Modell kritisch gegenüber.

Schulrat Attinghausen

Mit einer neuen Berechnungsart des Arbeitspensums der Lehrpersonen könnten durchaus auch positive Effekte erzielt werden. Der administrative Aufwand darf aber nicht ansteigen, was beim vorgeschlagenen Modell zu befürchten ist.

Da das bestehende System seine Schwächen hat, macht es Sinn, ein neues Modell zu prüfen.

Der Schulrat Attinghausen schlägt eine eingehende Diskussion zu diesem Thema vor, mit dem Ziel, ein effizientes und einfach zu handhabendes Modell zu schaffen.

Aus folgenden Gründen sind wir gegen diese Neuerung:

Schulrat Bürglen

- kein klarer Nutzen für die Schule
- zu hoher administrativer Aufwand
- Zahlen-Jongliererei

Diese Variante wird komplizierter und führt zu finanzieller Mehrbelastung, da es mehr Lehrpersonen brauchen wird.

Schulrat Erstfeld

- Der Amtsauftrag bildet eine gut verständliche Grundlage für das Verständnis der Inhalte und der Gewichtung der Arbeit einer Lehrperson. Insbesondere wird aufgezeigt, dass der Lehrerberuf nicht nur aus Lektionen Erteilen besteht, sondern dass daneben noch wichtige Arbeit zur Qualitätssicherung geleistet wird.
- Wir begrüssen es deshalb, wenn der Versuch unternommen wird, die Lehrerarbeitszeit gesamthaft zu erfassen.
- Die vorgeschlagene Art der Berechnung erscheint uns aber kompliziert und nicht praktikabel. Sie verwirrt mehr als sie klärt und bedeutet Mehraufwand für alle Beteiligten.

Schulrat Flüelen

Wir sind dagegen. Es liegt in der Natur der Lehrpersonen alles buchhalterisch aufzuführen. Der grosse Mehraufwand wäre ich mit Mehrkosten verbunden.

Schulrat Schulen Schächental

Das Erfassen des Arbeitspensums mittels Auftragseinheiten erscheint dem SR SB grundsätzlich als gutes, differenziertes und flexibles System, besonders für Teilzeitangestellte. Der Arbeitsaufwand für die Schulleitung einer kleinen Schule würde sich nicht wesentlich erhöhen.

Für engagierte Lehrpersonen könnte dieses Auftragseinheitenmodell kleinlich wirken.

Mit der Einführung von Auftragseinheiten könnten die immer wiederkehrenden Diskussionen betreffend dem Amtsauftrag vermieden werden. Dies spricht für die Auftragseinheiten. Von Seiten LP könnten Auftragseinheiten dazu veranlassen, „Erbsenzähler“ zu werden. Ausserdem darf nicht unterschätzt werden, dass die Einteilung in Auftragseinheiten für die Schulleitungen einen beträchtlichen Mehraufwand bedeutet. Und die Abrechnungen von Stellvertretungen werden sich ebenfalls kompliziert gestalten. Der administrative Aufwand ist zu gross.

Da sich das System gegenüber dem heutigen nicht sehr unterscheidet, schlagen wir vor, das allseits bekannte System mit den Lektionen beizubehalten.

1. Unverhältnismässig hoher Verwaltungsaufwand! Zusatzkosten!
2. Ist nicht förderlich für das allgemeine Arbeitsklima.
3. Das System mit den Schulentwicklungen und den Teamsitzungen nach Einführung der Schulleitungen hat sich bestens bewährt.

Grundsätzlich begrüssen wir diesen Vorschlag. Teilzeitangestellte werden so bessergestellt und es gibt mehr Transparenz in der Verteilung der einzelnen Aufgaben.

Die Idee ist prüfenswert, sollte jedoch vom administrativen Aufwand her gründlich geprüft werden. Wie sind die Erfahrungen in anderen Kantonen? Der Wechsel darf keinesfalls die Erhöhung des administrativen Aufwandes begünstigen.

Den Ansatz mit dem Prozentpensum finden wir gut. Es verlangt ein Umdenken bei der Lehrerschaft. Die Umsetzung wird zur grossen Herausforderung für die Schulleitung.

Auf keinen Fall. Den Verwaltungs- und Administrativaufwand erachten wir als zu hoch.

Gemeinderat Spiringen

Gemeinderat Unterschächen

Schulrat Seelisberg

Schulrat Silenen
Gemeinderat Silenen

Kreisschulrat Urner Oberland

Kreisschulrat Seedorf

Kreisprimarschulrat Seedorf-Bauen

CVP Uri

FDP.Die Liberalen Uri

Der bestehende Amtsauftrag ist sehr ausgereift und müsste eigentlich genügen, um transparent den ganzen Berufsauftrag und nicht nur die Anzahl Unterrichts-Lektionen aufzuzeigen. Wir zweifeln, ob das Instrument Berechnung von Auftragseinheiten die Lösung ist, um das Image und die Zufriedenheit der LP aufzuwerten. Wir befürchten grossen administrativen Aufwand für die Schulleitung und eine Vergleicherei unter den LP. Der Aspekt, dass für Schulleitungen der Spielraum für die Entschädigung von Sonderaufgaben vergrössert wird, ist uns sehr wichtig.

Grüne Uri

Die Grünen lehnen den Vorschlag ab und erachten es als wichtig, über die Umsetzung des bestehenden Amtsauftrages das richtige Instrument zu erarbeiten.

Im Prinzip ist es gut, dass man die Arbeit der LP anders auflistet und definiert. Ob das der breiten Bevölkerung auch einleuchten wird, scheint uns aber etwas unsicher. Trotzdem unterstützen wir die neue Berechnung nach Auftragseinheiten. Die Klassenlehrerfunktion soll weiterhin als volle Lektion gelten und damit 57 Auftragseinheiten betragen. Für die Umsetzung sollte ein Reglement erstellt werden, welches eine Gleichbehandlung in den verschiedenen Gemeinden garantiert. Bei einer konsequenten Umsetzung dürfte eine ziemliche administrative Zusatzarbeit auf die Schulleitungen zukommen.

SP Uri

Die SVP erachtet diese Lösung als nicht gut. Es ist ein weiterer Versuch mittels komplizierter, bürokratischer und nicht genau definierter Stundenbuchhaltung Verwirrung und Unbehagen herauf zu beschwören. Ebenfalls könnte damit ein Konkurrenzverhalten eintreten, da es ja z.B. zu Situationen in Einzelbereichen kommen könnte, in welchen Lehrer/innen das reglementarisch geforderte Stundenplansoll nicht erreichen!

SVP Uri

Wir unterstützen die neue Berechnung nach Auftragseinheiten. Die Klassenlehrfunktion muss weiterhin als volle Lektion gelten und damit 57 Auftragseinheiten betragen. Zu beachten ist, dass alle Gemeinden dies gleich handhaben.

JUSUri

Mittwochnachmittage (Informationsveranstaltung)

LUR

Grundsätzlich sind viele Lehrpersonen zum Paradigma - Wechsel von Lektionen zu Auftragseinheiten einverstanden. Aber ...

- Die Auftragseinheiten sind quantitativ und qualitativ zu werten und zu definieren. Nicht nach dem Zufallsprinzip. Bei der Verteilung der Auftragseinheiten darf keine Willkür herrschen. Die Umsetzung muss transparent sein, obwohl dies schwierig ist. Die Frage der Gerechtigkeit sei erlaubt.
- Die Kompetenzen der SL sind zu regeln. Der administrative Aufwand muss für alle Beteiligten gering gehalten werden.
- Die Besoldung ist nicht eine gegebene Tatsache, sondern wird als Ergebnis von Gesprächen ausgehandelt. Das System darf nicht zu einem Lohnabbau führen. Ohne weitere Rechnungsvergleiche bleibt ein ungutes Gefühl haften. Mehrere durchgerechnete Beispiele von verschiedenen grossen und kleinen Pensen sind abdingbar.

- Kindergartenlehrpersonen sollen in Zukunft die Möglichkeit haben, ein 100% Pensum zu bestreiten. Um das zu erreichen, könnte zusätzlich alternierend unterrichtet werden oder müssten Förderaufträge - auch auf der Primarstufe - von Kindergartenlehrpersonen möglich sein.
- Offene Fragen: Stempeluhr, Umsetzung, wer verwaltet? Werden auch neue Aufträge konzipiert?
- Positiv gewertet werden: Klare Vorgaben der Stundendotation (1911). Jedes Fach erhält gleiche Wertung. Da birgt sich eine Chance einer gerechten Abgeltung für Teilzeit -Lehrpersonen.
- Die AZE vom LCH muss bei dieser Umsetzung berücksichtigt werden.
- Für die Beibehaltung des jetzigen Systems sprechen: Das neue System bringt einen grossen administrativen Aufwand für die Schulleitung. Die Schulleitung soll aber vor allem pädagogisch arbeiten können. Zudem muss vor einer Einführung wirklich ganz klar sein, welche Leistungen angerechnet werden und wie die Handhabung funktioniert.
- Bevor nicht definitive Zahlen auf dem Tisch liegen und klare Richtlinien vorliegen, sagen wir nein.

Meinungen der Schulhausteams:

Die Meinungen für Einführung AE sind geteilt. Man sucht Gründe zur Einführung, da die Anzahl der Lektionen ein fester Bestandteil unserer Kernarbeit ist. Die Meinungen dokumentieren sich in folgendem Verhältnis: (Ja/Nein/unentschieden 2:5:1).

Positiv

- Neue Aufträge müssen neu abgegolten werden. Die Arbeitszeiterhebung des LCH muss berücksichtigt werden. Es fehlt eine Aufgabe für diverse Arbeiten, die von den Lehrpersonen erledigt werden, wie Werkstattchef, Materialchef, Lehrerzimmer ... Jene Arbeiten sollen zusätzlich mit AEs vergütet werden. Heute werden einige Tätigkeiten mit Reduktionen von Lektionen vergütet. Dies sollte für alle Tätigkeiten je nach Aufwand gelten. Eine Berechnung der nebenschulischen Tätigkeiten macht Sinn.
- Das System der Arbeitseinheiten hat gewisse Aspekte, welche man sicher weiterverfolgen könnte. Insbesondere für teilzeitangestellte Lehrpersonen bietet es die Möglichkeit, das Pensum und die diversen Verpflichtungen genauer zu beschreiben. Das Arbeitspensum der Lehrpersonen in Auftragseinheiten zu berechnen ist eine Überlegung und ein Weiterdenken wert. Der Ansatz ist richtig, jedoch noch nicht klar definiert und konkretisiert.

Negativ

- Zu wenig genaue Definition der Auftragseinheiten.
- Der Bereich Klassenlehrperson ist massiv unterdotiert. Eine realistische Zusammenstellung kommt auf ca. 100 AEs anstatt 50.

Beispiel	Std.
▪ Jahresanfang: Klassenlisten, PC Listen, Schreiben an Eltern	2
▪ Elternabend im Herbst: Vorbereitung und Durchführung	5
▪ Zeugnisse: (2x je 3-4 Std.) Daten sammeln von allen Fachlehrpersonen, Deckblatt, drucken	7

▪ Herbstwanderung, Skitage, Schulreise (je 3Std.).Planung, Anfragen, Fahrpläne, Begleiter, Elterninfo, Abrechnung	9
▪ Elterngespräche: Vorbereitung, Daten sammeln, Nachbereitung, Weiterleitende Gespräche, Durchführung (20x 2Std), je nach Klassengrösse	40
▪ Zusätzliche Elternkontakte (Telefonate, weitere Gespräche, SPD, Berufswahl,)	10
▪ Ansprechperson für Fachlehrpersonen: Absprachen, Probleme, Disziplin, Planung, Massnahmen, Gespräche)	6
▪ Projektwoche/ Schulverlegung: Planung, Offerten, Anfragen, Infoschreiben, Abrechnungen,	15
▪ Mehrarbeit während der Woche selber.	5-15
Total	100 Std.

- Man befürchtet einen grossen Arbeitsaufwand und eine Erbsenzählerei und fordert klare Transparenz. Bedenken bei der Umsetzung; funktioniert diese Theorie in der Praxis?
- Für kleine Schulen scheint dieses System mehr administrativen Aufwand anstatt Ertrag zu geben.
- Für Vollzeitangestellte ist es eine Nullnummer. Zudem beinhaltet die vorgelegte Variante einige Punkte, welche nicht befriedigen:
 - Die Grösse der Arbeitseinheiten wurde für die Vorlage so festgesetzt, dass sich für ein Vollpensum nichts ändert. Wenn man das System der Arbeitseinheiten konsequent handhaben wollte, müsste man das Arbeitsfeld der Lehrpersonen nach ihrem wirklichen Aufwand, zum Beispiel nach den Zahlen aus der Arbeitszeiterfassung des LCH neu festlegen. Das würde dann aber auch bedeuten, dass der Arbeitsbereich für die Pflichtstunden deutlich gesenkt werden müsste, weil der Amtsauftrag der Lehrpersonen neben dem Unterrichten einen viel grösseren Umfang eingenommen hat, als bisher angenommen.
- Die Festlegung der einzelnen Pensen braucht einen erheblichen administrativen (teuren) Aufwand, welche die Schulleiter in die Gemeinden zu tragen haben.
- Da die Ausgestaltung der Pensen nicht genau geregelt ist, ergibt das eventuell Potential zu Diskussionen, Vergleichen und Unzufriedenheiten unter den Angestellten und den Leitungen.
- Obwohl das neue System auf den ersten Blick einleuchtend ist, sind wir dagegen. Der Vorschlag zeigt zu wenig konkret auf, wie das in der Praxis gehandhabt werden sollte. Wir befürchten, dass sich das neue System negativ auf die Atmosphäre in den Lehrpersonenteams auswirken könnte. (Feilschen um Lohnanteile oder Dienst nach Vorschrift) Auch für die Schulleitungen würde die Arbeit noch schwieriger und aufwändiger. Wir befürchten auch, dass das Ganze eher eine Sparübung ist, anstatt dass es zu einer Verbesserung der Arbeitssituation der Lehrpersonen führen wird.
- Bevor wir dem Systemwechsel zustimmen könnten, müssten die Tauglichkeit und die Erfahrungen mit einem Pilotversuch erprobt werden.
- Dieses System ist nicht notwendig, es bringt nichts, das heutige System wird nur in einer anderen Einheit dargestellt. Alle haben, wenn dies erwünscht, das Anrecht, 100 Prozent zu arbeiten. Warum will Uri im Alleingang ein neues System einführen?
- Der Wechsel zu Arbeitseinheiten ist keine gute Lösung, vor allem wenn man beginnt qualitativ zu werten. Zudem sind AE administrativ extrem schwierig zu handhaben.

- Die Tabelle S. 44 und die Tabelle 10 sind schwierig zu vergleichen. Es ist nicht klar, welche AE zu welchen Prozentzahlen gehören.
- Das Verhältnis der Prozentwerte S. 44 stimmt nicht mit der Realität überein. Falls man Spezialisten fördern will, müssten diese Verhältnisse aber flexibler gehandhabt werden können.
- Es besteht die Gefahr, dass es gemeindeintern ein Hickhack um die AE gibt.
- Grossmehrheitlich ist man gegen ein solches Experiment.

Der Vorschlag löste eine intensive sowie kontroverse Diskussion aus. Die Mehrheit der Mitglieder gegen den Vorschlag.

VSL

Die Lösung erfordert einen unverhältnismässig hohen administrativen Aufwand und bietet kaum einen Mehrwert. Der Unterricht in der Klasse ist das Kerngeschäft aller Lehrpersonen und damit die Referenzgrösse für die Berechnung des Beschäftigungsgrades.

Der Aufgabenumfang für die Lehrpersonen ist im Verlauf der letzten Jahre umfangreicher geworden. Um der veränderten Situation Rechnung zu tragen, wurde im Januar 2006 das Reglement über den beruflichen Auftrag der Lehrpersonen an der Volksschule (Amtsauftrag) RB 10.1212 eingeführt und in vier Arbeitsfelder: a) Klasse; b) Lernende; c) Schule; d) Lehrperson eingeteilt. Ebenso sind die Arbeitsfelder prozentual zur Arbeitszeit aufgeteilt. a) Arbeitsfeld Klasse 82,5 % b) Arbeitsfeld Lernende 5,0 % c) Arbeitsfeld Schule 7,5 % d) Arbeitsfeld Lehrperson 5,0 %.

Die Referenzgrösse des Anstellungsgrades einer Lehrperson ist die Anzahl der unterrichteten Lektionen in 29steln. Die Einführung des Amtsauftrages wurde auf der Grundlage der bestehenden Besoldung durchgeführt, ohne diese den veränderten Anforderungen anzupassen. Den Lehrpersonen wurden neue Aufgabenbereiche übertragen, ohne dies in der Besoldung zu berücksichtigen. (Wann war die letzte Realloohnerhöhung?)

Der vorliegende Vorschlag zur Neuberechnung der Arbeitszeit in Form der Auftragseinheiten basiert auf der bestehenden Besoldungstabelle für Lehrpersonen. Sie bringt im Wesentlichen nichts Neues und ist vor allem ein Umschichten von Auftragseinheiten (Arbeitsfelder), ohne einen konkreten Mehrwert für die betroffenen Personen. Dass man in der Vernehmlassung erwähnt, dass es eine Führungsaufgabe der Schulleitungen sein wird, mit den betreffenden Lehrpersonen **Sinn und Zweck der Auftragseinheiten zu diskutieren** ... zeigt, dass sich auch die Verfasser des Berichts über Sinn und Zweck dieser Berechnung nicht im Klaren sind. Weiter wird erwähnt, dass die Anwendung anspruchsvoll sei und es eine Mehrarbeit für die Schulleitungen bedeute. Wir denken, dass Schulleitungen ihre Zeit besser nützen können, als mit jeder Lehrperson ihren Anstellungsgrad auszuhandeln und Arbeitsaufträge zeitlich zu quantifizieren.

Wollte man die vorgeschlagenen Auftragseinheiten umsetzen, müsste man die Kernaufgaben der Lehrperson, unterrichten in der Klasse und die damit verbundene Vor- und Nachbereitung der Lektion, von allen übrigen Aufgaben losgelöst betrachtet, als Berechnungsgrundlage annehmen. Alle anderen Aufgaben sind als separaten Auftrag zu definieren und in Form von Funktionszulagen im Zeitaufwand zu quantifizieren und entsprechend zu entschädigen.

Die Folge einer solchen Denkweise wäre eine komplett neue Lohnstruktur bzw. Besoldungstabelle.

Man muss in Schulen die Möglichkeit haben, Lehrpersonen, welche Aufgaben mit einem erheblichen Mehraufwand übernehmen auch entsprechend zu entschädigen, um sich vom starren Raster der Entlastungslektionen zu lösen. Es muss ein Pool für Funktionszulagen eingerichtet werden, der eine flexible Handhabung von Entschädigungen ermöglicht.

S&E Uri ist mit diesem Systemwechsel einverstanden und begrüsst diese Lösung grundsätzlich.

S&E Uri

Der Verwaltungsaufwand wird durch dieses System enorm vergrössert; damit steigen die Verwaltungskosten. Das jetzige System funktioniert gut und soll nicht verändert werden.

MSR

Grundsätzlich begrüssen wir einen Wechsel von den Pflichtlektionen zu Auftrageinheiten. Damit können die Lehrpersonen besser als heute gemäss ihren Stärken eingesetzt werden und die Arbeitsfelder werden transparent dargestellt und quantifizierbar. Wir sind uns bewusst, dass diese Umstellung nicht kostenneutral realisiert werden kann, vertreten jedoch die Ansicht, dass die Mehraufwendungen deutlich tiefer, als in Tabelle 13 ausgewiesen, sein sollten. Wir beantragen deshalb, eine entsprechende Korrektur vorzunehmen.

Finanzdirektion

Antworten von nicht Eingeladenen

Wir unterstützen die Idee das Arbeitspensum der Lehrpersonen in Auftrageinheiten zu berechnen. Auftrageinheiten ermöglichen einen klareren Berufsauftrag.

HPZ Uri

Wir sind für eine Beibehaltung des jetzigen Systems. Das neue System bringt einen grossen administrativen Aufwand für die Schulleitung. Die Schulleitung soll aber vor allem pädagogisch arbeiten können. Zudem muss vor einer Einführung wirklich ganz klar sein, welche Leistungen angerechnet werden und wie die Handhabung funktioniert. Bevor nicht definitive Zahlen auf dem Tisch liegen und klare Richtlinien vorliegen, sagen wir nein.

Sekundarstufe 1

Es braucht aber endlich diese klaren Richtlinien vom Kanton, welche Leistungen den Lehrpersonen abgegolten werden sollen. Dies kann aber auch beim bisherigen Modell gemacht werden.

4.15 Sind Sie damit einverstanden, dass die Funktion Klassenlehrperson auf der Kindergarten- und der Primarstufe im Pensum angerechnet wird?

Ja

Gemeinderat Alt-

	dorf
	Gemeinderat Erstfeld
	Gemeinderat Göschenen
	Gemeinderat Gurtellen
	Schulrat Bürglen
	Schulrat Flüelen
	FDP.Die Liberalen Uri
	Grüne Uri
	SP Uri
	JUSUri
	S&E Uri
	MSR
Gleiches Recht für Alle.	Gemeinderat Andermatt
	Schulrat Andermatt
Ja. Die Lehrpersonen sollen auf allen Stufen gleich gehalten werden.	Gemeinderat Attinghausen
Kreisschulrat Seedorf: Im Sinne einer Gleichbehandlung mit der Oberstufe begrüßen wir dies.	Schulrat Attinghausen
	Kreisschulrat Urner Oberland
	Kreisschulrat Seedorf
Auf Stufe Primarschule und Kindergarten gibt es in der Regel keine oder nur wenige Fachlehrer, weshalb eine Anrechnung der Funktion "Klassenlehrer" nicht nachvollziehbar ist. Auch ist nicht nachvollziehbar, worin der Mehraufwand für eine Klassenlehrperson besteht (s. auch Antwort 14: <i>Der Modellwechsel von "Pflichtlektionen" zu "Auftragseinheiten" ist nicht nachvollziehbar und auch mit hohem administrativem Aufwand verbunden. Das bisherige Modell hat sich bewährt und soll beibehalten werden.</i>).	Gemeinderat Bürglen
Nein – Im heutigen Zeitpunkt nicht.	Gemeinderat Flüelen
Die Klassenlehrperson (Zuständigkeit für die Klasse) übernimmt zusätzliche	Gemeinde- und

Aufgaben und Verantwortung. In diesem Sinn ist es begründet, wenn diese Mehrbelastung im Pensum angerechnet wird. Es soll für die Kindergarten- und Primarstufe gelten.

Schulrat Isenthal

Mit der Einführung der 45-Minutenlektionen wurde für die Lehrpersonen auf der Oberstufe die Klassenlehrerfunktion eingeführt, um diesen Mehrbelastungen Rechnung zu tragen. Weshalb man damals die Primar- und Kindergartenstufe für die gleiche Aufgabe als Klassenlehrkraft ausklammerte, entzieht sich der Kenntnis der Vernehmlasser. Im Sinne einer Gleichbehandlung mit der Oberstufe: Ja

Gemeinde- und Schulrat Schattdorf

Nein. Die Kosten sind sehr hoch. Besser ist es, dafür zu schauen, dass der administrative Aufwand der Klassenlehrperson klein bleibt, dann kann darauf verzichtet werden. (es wäre eine versteckte Lohnerhöhung)

Gemeinderat Seedorf

Kreisprimarschulrat Seedorf-Bauen

Ja, grundsätzlich sind wir einverstanden. Es müsste jedoch berücksichtigt werden, dass Klassenlehrpersonen kleiner Klassen keine volle Lektion zur Verfügung hätten. Hier müsste jedoch noch die Klassengrösse festgelegt werden, ab welcher Zahl eine volle Lektion ausbezahlt würde.

Gemeinderat Seelisberg

Wer würde die Mehrkosten für diese Einführung tragen?

Würde der Lohn der Kindergartenlehrperson nochmals erhöht? (Einreihung ins Lohnband 2)

Wie wäre es möglich, für Kindergartenlehrpersonen ein Vollpensum (= 1900 Auftragseinheiten) zu schaffen?

Nein. Wenn zwei Lehrpersonen eine Klasse führen, kommt es unweigerlich zu Komplikationen.

Gemeinderat Sisikon

Schulrat Sisikon

Nein, hingegen sollte die Klassenlehrperson-Funktion in der Oberstufe gestrichen werden.

Gemeinderat Wassen

Ja. Bei der Umsetzung stellt sich jedoch die Frage, welche der aktuell 29 Lektionen die Klassenlehrperson der Primarschule "weglassen/abgeben" kann.

Schulrat Altdorf

Gerechtigkeitshalber ja.

Schulrat Erstfeld

Ja, es sollten aber keine Mehrkosten für die Gemeinde entstehen.

Schulrat Hospental

Nein.

Schulrat Schulen

Ja, dies sollte selbstverständlich sein!

Bemerkung: Im Vergleich zu grossen Klassen hat die Klassenlehrperson einer kleinen Klasse einen geringeren Arbeitsaufwand (Elterngespräche etc.), belastet ein bescheidenes Schulbudget aber trotzdem sehr.

Ja. Eine KLP hat Verpflichtungen wie z.B. Elternabende zu organisieren, Elterngespräche zu führen, bei Problemen erste Ansprechperson etc. Dass dem auch auf der Primar- und KIGA-Stufe Rechnung getragen wird, ist nur gerecht.

Nein. Es ist die Kernaufgabe einer Lehrperson, einer Klasse als Klassenlehrperson vorzustehen.

Es ist für uns unabdingbar, dass auf Stufe Kindergarten und Primarschule das Klassenlehrer/innen - Prinzip greift und jede erdenkliche Massnahme ergriffen werden muss um die Lehrer/innen als Klassenlehrer/innen zu unterstützen. Das Bewusstsein, dass die Klassenlehrer/innen die Gesamtverantwortung für seine Klasse insgesamt und für jeden einzelnen Schüler trägt, soll wieder ins Zentrum gerückt werden. Dies heisst aber auch, dass den Klassenlehrer/innen ein möglichst grosser Handlungsspielraum gewährleistet wird und damit auch die Schulbürokratie (Administration- und statistische Kontrollaufgaben) der Lehrer/innen drastisch zurück gefahren wird.

Endlich! Diese Frage wird zu 100 Prozent zugestimmt und ist schon längst fällig. Offen bleibt jedoch, wie dies im KG und auf der US umgesetzt wird. Eine Kürzung des Alternierens darf in keinem Fall in Betracht gezogen werden.

Es darf aber nicht sein, dass die Klassenlehrentschädigung schon wieder abgewertet wird, indem sie nur 50 AE hat anstatt 57, wie eine normale Lektion. Es müssten eher mehr als 57 AE sein. Dies würde der Realität entsprechen.

Mit der Einführung der 45-Minutenlektionen wurde für die Lehrpersonen auf der Oberstufe die Klassenlehrerfunktion eingeführt, um diesen Mehrbelastungen Rechnung zu tragen.

Im Sinne einer Gleichbehandlung mit der Oberstufe: Ja

Ja, aber massvoll. Gerade bei dieser Massnahme entsteht der grösste zusätzlich Aufwand. Wir beantragen auch hier, eine Korrektur vorzunehmen.

Schächental

Gemeinderat Spiringen

Gemeinderat Unterschächen

Schulrat Seelisberg

Schulrat Silenen
Gemeinderat Silenen

CVP Uri

SVP Uri

LUR

VSL

Finanzdirektion

Antworten von nicht Eingeladenen

Ja. In der Oberstufe wird diese Funktion bereits entsprechend honoriert.

HPZ Uri

Ja. Es wurde auch Zeit.

Sekundarstufe 1

Es darf aber nicht sein, dass die Klassenlehrerentschädigung schon wieder abgewertet wird, indem sie nur 50 AE hat anstatt 57, wie eine normale Lektion. Es müssten eher mehr als 57 AE sein. Dies würde der Realität mehr entsprechen.

4.16 Sind Sie mit dem Vorschlag im Bereich Schulische Heilpädagogik einverstanden?

Ja. / Grundsätzlich einverstanden / Wir begrüßen diesen Vorschlag

Gemeinderat Altdorf

Gemeinderat Göschenen

Gemeinderat Seedorf

Gemeinderat Wassen

Schulrat Altdorf

Kreisschulrat Seedorf

SP Uri

JUSUri

MSR

Die Gegebenheiten der Schulischen HeilpädagogInnen sollen berücksichtigt werden.

Gemeinderat Attinghausen

Der Umfang muss aber anhand der vorhandenen Erfahrungen noch genauer eruiert werden.

Schulrat Attinghausen

s. Antwort 14: *Der Modellwechsel von "Pflichtlektionen" zu "Auftragseinheiten" ist nicht nachvollziehbar und auch mit hohem administrativem Aufwand verbunden. Das bisherige Modell hat sich bewährt und soll beibehalten werden.*

Gemeinderat Bürglen

Es muss jedoch eine Lösung für Heilpädagogen gefunden werden, dass diese ein 100% Pensum leisten können, wo Vor- und Nachbearbeitung beinhaltet ist.

- Da sich der Gemeinderat gegen den Vorschlag mit Auftragseinheiten stellt, kann diese Frage nicht beantwortet werden.

Gemeinderat Flüelen

- Die Integration von Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen (IS) erachtet der Gemeinderat als sehr schwierig. Dies insbesondere auch für die Kinder selbst und deren Eltern.

Nein

Gemeinderat Andermatt
Gemeinderat Erstfeld
Gemeinderat Gurtellen
Gemeinderat Spiringen
Gemeinderat Unterschächen
Schulrat Andermatt
Schulrat Hospental
Schulrat Schulen Schächental

Insofern es Sinn macht wenn ein IS-Schüler in der Regelklasse unterrichtet werden kann, erscheint die Anrechnung der vorgesehenen Arbeitseinheiten als gerechtfertigt. In der Praxis wird damit der Bildungsgang in der Regelklasse erschwert.

Gemeinde- und Schulrat Isenthal

Ja, dies in Anlehnung an die Funktion „Klassenlehrperson“.

Gemeinde- und Schulrat Schattdorf

Keine Antwort, da es für uns nicht klar ausformuliert ist

Gemeinderat Seelisberg
Schulrat Sisikon

Ja, aber nicht in Arbeitseinheiten.

Gemeinderat Sisikon

Da wir gegen die Einführung der AE sind, entfällt dieser Punkt.

Schulrat Bürglen

Wie wird das geregelt, wenn nicht mit Auftragseinheiten gerechnet wird? Können wir so nicht beantworten.

Schulrat Erstfeld

Nein. Die Gewichtung der Arbeit der SHP soll vor Ort im Rahmen des bewilligten IF-Pools mit der Schulleitung ausgehandelt werden.

Schulrat Flüelen

Dieser Abschnitt ist zu unklar formuliert und weder am Infoabend noch an der S'Präsidiolenferenz erläutert worden. Für den SR SB nicht zu beantworten.

Schulrat Seelisberg

Der SHP soll Rechnung getragen werden.

Je nach Arbeitspensum-Modell sind die Berechnungen in Lektionen bzw. AE zu machen. Da der SR Silenen die Beibehaltung des bisherigen Systems in Lektionen vorzieht, schlägt er entsprechendes Modell vor.

Der SR Silenen empfiehlt 1 Lektion pro 4 Abteilungen für die koordinativen Zusatzaufwendungen anzurechnen, unabhängig der Anzahl IF-Schüler pro Abteilung.

Eine ½ Lektion pro Woche, pro IS-Kind, erachtet der SR Silenen als zuviel.

1. Konsequenterweise ja..!
2. Woher kommen die nötigen Lehrpersonen? (Mangel schon heute)!

Grundsätzlich einverstanden, jedoch muss aufgepasst werden, dass die Kosten möglichst tief bleiben.

Es ist Sache der Gemeinde, wie viel Zeit für die Absprache sie zwischen den Lehrpersonen und den SHP entschädigen wollen.

Wir sind nicht einverstanden, dass die SHP zusätzliche Auftragseinheiten angerechnet bekommen. Es gehört zu ihren Kernaufgaben, und die SHP sind in einer höheren Lohnkategorie eingeteilt.

Zusätzliche Aufwendungen im Bereich Schulische Heilpädagogik werden erkannt. Diese sollten vorerst mit den vorgeschlagenen Angaben umgesetzt werden.

Nein, es ist eine Sonderbehandlung einer Gruppe von Lehrpersonen und ein falscher Ansatz, den Arbeitsauftrag der LP zu regeln. Er soll, wie oben beschrieben, über den Amtsauftrag geregelt werden und nicht über die Quantifizierung von Unterrichts-Lektionen. (siehe Rubrik Auftragseinheiten)

Wir sind der Meinung, dass keine weiteren Heilpädagogen in den Regelklassen eingesetzt werden sollen. Es soll weiter in Sonderklassen unterrichtet werden. Dies im Interesse von geordneten und leistungsfördernden Unterricht in den Regelklassen und um den Fähigkeiten und Bedürfnissen besonders schwachen, behinderten und verhaltensgestörten Schüler/innen Rechnung zu tragen.

Grundsätzlich ist eine Zustimmung zu spüren. Einige Bedenken:

- Klassenlehrpersonen mit IF / IS Kindern müssen zusätzlich entlastet werden. Es ist ein Unterschied, ob ein oder fünf IF / IS Kinder in einer Klasse oder Abteilung sind. Die Zusatzarbeit z.B. mit Eltern, SHP und Schulpsy-

Schulrat Silenen
Gemeinderat Silenen

Kreisschulrat Urner Oberland

Kreisprimarschulrat Seedorf-Bauen

CVP Uri

FDP.Die Liberalen Uri

Grüne Uri

SVP Uri

LUR

chologen ... darf nicht unterschätzt werden. Diese Mehrarbeit soll mit Arbeitseinheiten gewertet werden, z.B. pro IF Kind 20 AE. Dies gilt es auch für die Sek I-Stufe. Details müssen noch besprochen werden.

- Die Qualitätssicherung hat oberste Priorität.
- Wie wird der Mehraufwand bei Fachlehrpersonen belohnt(AE)?
- In einer ersten Phase sollen die Werkschüler nicht integriert werden, da diesbezüglich nebst den Werkschülern und Schülerinnen auch die LP überfordert sind. Es müssen Evaluationen in anderen Kantonen abgewartet werden.
- Seite 48.1 lässt noch Unklarheiten offen. Die Primar- und Oberstufe dürfen nicht einfach miteinander verglichen werden. Das Primarschulsystem ist nicht oberstufenkompatibel. Diesbezüglich fehlen noch Erfahrungswerte.
- Schülerinnen und Schüler mit angepassten Lernzielen werden Mühe haben, eine geeignete Lehrstelle zu finden. Die Abnehmer wissen nicht, was dahinter steht. (Seite 38)
- Bei der Verteilung von AE müssen die Klassenlehrpersonen unbedingt berücksichtigt werden.
- Den neuen Anforderungen und Aufgabenstellungen, welche mit der Neudefinierung des Arbeitsauftrages für SHP vorgenommen worden sind, wird im Entwurf zu wenig Rechnung getragen. Insbesondere die Definition des Arbeitsfeldes (inkl. Arbeitseinheiten) wurde zu wenig genau vorgenommen.
- Alle Volksschulen, auch die Schulen des Kantons Uri, sind nicht Schulen, in denen individuell jedem Kind genau das Programm geboten wird, welches für genau dieses Kind stimmt. Dieser Anspruch ist viel, viel zu hoch, gar nicht einlösbar, nicht wünschenswert und weckt bei der Bevölkerung allzu grosse Bedürfnisse und Wünsche. Zudem gibt es allen an der Schule Beteiligten das Gefühl, diese allzu hohen Ansprüche nie und nimmer zu erfüllen.
- Das Ziel der Schule soll es vielmehr sein, innerhalb des Unterrichts den Schülerinnen und Schülern ein differenziertes Lernangebot (2-3 Wahlmöglichkeiten) zu machen und nicht von jedem Kind das genau Gleiche zu verlangen.
- Diese Präzisierung der Begriffe individuell/differenziert hat Prof. Dr. Stadelmann, Leiter der PHZ Luzern während einer Weiterbildungsveranstaltung vorgenommen. Er hat uns geraten, den Begriff individueller Unterricht im Bereich der Volksschule zu vergessen und nicht zu brauchen. Für ein differenziertes Lernangebot im Unterricht aber, hat er sich sehr stark gemacht.
- Aus diesem Grunde schlagen wir vor, den Begriff **individuelles Lernangebot**, durch **differenziertes Lernangebot** zu ersetzen.

Im Sinne einer Gleichbehandlung mit den Klassenlehrpersonen ja.

VSL

Grundsätzlich ja. Im Detail für S&E schwer zu beurteilen.

S&E Uri

Grundsätzlich ja. Aber auch bei dieser Änderung sollte die Anzahl der anzurechnenden Auftragseinheiten reduziert werden.

Finanzdirektion

Antworten von nicht Eingeladenen

Ja.

HPZ Uri

Wir unterstützen die Meinung des LUR:

Sekundarstufe 1

4.17 Sind Sie mit dem Vorschlag zur Neugestaltung der Altersentlastung einverstanden?

Ja, dies ist eine konsequente Umsetzung und Gleichstellung der Angestellten im öffentlichen Sektor.

Gemeinderat Altdorf

Die Altersentlastung soll nicht neu gestaltet werden. Die heutige Form genießt generell eine hohe Akzeptanz.

Gemeinderat Attinghausen

Schulrat Attinghausen

Nein, wir befürworten die Beibehaltung der aktuellen Regelungen.

Gemeinderat Andermatt

Gemeinderat Flüelen

Gemeinderat Göschenen

Schulrat Andermatt

FDP.Die Liberalen Uri

Ja.

Gemeinderat Gurtellen

Schulrat Bürglen

Kreisschulrat Seedorf

CVP Uri

S&E Uri

Ja. Mit der Einführung von Arbeitseinheiten kann praktisch die gleiche Regelung eingeführt werden wie bei den kantonalen Angestellten.

Gemeinde- und Schulrat Isenthal

Nein.

Da die Altersentlastung neu nicht mehr mit einer Jahreslektion entschädigt würde, müsste man diese auf Arbeitstage umrechnen. Die Folge wäre, dass man alle Jahre für die Lehrpersonen mit Altersentlastung zusätzliche Ferientage einrechnen und mit Stellvertretungen ersetzen müsste. Aufgrund der momentanen Stellensituation wäre dies keine leichte Aufgabe und letztlich ein erheblicher Mehraufwand für die altersentlasteten Lehrpersonen, welche jeweils mit der Stellvertretung ein Übergabe- und Rückmeldegespräch durchführen müssen. Solche Stellvertretungen wären auch in Bezug auf die so wichtige Unterrichtsqualität zu hinterfragen.

Eine für die Lehrperson spürbare Entlastung ist die Reduktion der Unterrichtszeit pro Woche. Zusätzliche Ferientage müssten durch Stellvertretungen abgedeckt werden und würden der Lehrperson kaum eine Entlastung bringen.

Die Altersentlastung für Lehrpersonen muss weiterhin auf Lektionen basieren, da diese während des Jahres eine grössere Entlastung bringen als zusätzliche Ferientage.

Wir sind einverstanden, dass die Altersentlastung für Lehrpersonen analog zu den übrigen kantonalen Angestellten gewährt wird. Wir befürworten und legen Wert darauf, dass die Neugestaltung kostenneutral zu realisieren ist, indem auf die zusätzliche Lektion Entlastung verzichtet wird.

Es macht Sinn, wenn für kantonale Angestellte, sowie Lehrpersonen die gleiche Regelung der Altersentlastung eingeführt wird.

Nein.

Gemeinde- und
Schulrat Schattdorf

Gemeinderat Seedorf

Gemeinderat Seelisberg

Gemeinderat
Bürglen

Gemeinderat Erstfeld

Gemeinderat Sisikon

Gemeinderat Spiringen

Gemeinderat Unterschächen

Gemeinderat Wassen

Schulrat Schulen Schächental

Schulrat Sisikon

SVP Uri

Ja. Für "Härtefälle" sind Übergangslösungen vorzusehen.

Schulrat Altdorf

Wenn auf den Systemwechsel von Lektionen zu Arbeitseinheiten verzichtet wird, schlagen wir vor, ab dem 50. Altersjahr eine und ab dem 60. Altersjahr zwei Lektionen Altersentlastung zu gewähren.

Bei der aktuellen Regelung werden Teilzeitangestellte gegenüber Vollzeitangestellten klar benachteiligt.

Grundsätzlich ja, aber wie gesagt, nicht mit Auftragseinheiten.

- Nein. Die Belastungssituation der Lehrperson entsteht vor allem während der Wochen, in denen der Unterricht läuft. Dort soll die Entlastung angesiedelt sein.
- Eine zusätzliche Ferienwoche bringt eine kurzfristige temporäre Entlastung für die Lehrperson. Eine für die Lehrperson wirklich spürbare Entlastung ist die Reduktion der Unterrichtszeit pro Woche.
- Die bestehende Altersentlastung entspricht dieser Sichtweise und soll deshalb beibehalten werden.

Der SR SB ist der Meinung, dass es einer älteren Lehrperson mehr dient, wenn eine markante Reduktion der Lektionenzahl stattfindet (somit könnte ein ganzes Fach abgegeben werden). Die Reduktion einer einzelnen Lektion, zu einem früheren Zeitpunkt, wäre dagegen kaum spürbar.

Dies wird analog den Kantonalen Angestellten gehandhabt. Damit ist auch die Ungleichheit von Teilzeit- und Vollzeitangestellten Rechnung getragen.

1. Das bisherige System hat sich gut bewährt und soll beibehalten werden.
2. Eine zusätzliche Ferienwoche kann den Schulbetrieb erheblich durcheinanderbringen (wenn es mehrerer LP betrifft).

Nach dem Vorschlag soll die Altersentlastung bereits mit dem 50. und nicht erst mit dem 55. Altersjahr beginnen. Dies ist zwar für festangestellte Lehrpersonen angenehm, stellt jedoch ein Problem dar, wenn jemand in diesem Alter die Stelle wechseln will, da dann für die Gemeinde schon ab 50 Jahre Mehrkosten anfallen. Das Ganze muss, wenn schon, unbedingt kostenneutral sein.

Ja, es braucht eine Gleichbehandlung mit den anderen kantonalen Angestellten (Imageaufbesserung u.a.)

Nein! In der heutigen belastenden Situation vor allem für ältere Lehrpersonen sind Verschlechterungen nicht akzeptabel. Die Lösung nimmt keine Rücksicht auf die besondere Situation der älter werdenden LP. Diese ist vor allem wegen der pausenlosen emotionalen Beziehungsarbeit im erzieherischen Feld schlicht nicht vergleichbar mit der von anderen Staatsangestellten. Wir sind für

Schulrat Erstfeld

Schulrat Flüelen

Schulrat Seelisberg

Schulrat Silenen
Gemeinderat Silenen

Kreisschulrat Urner Oberland

Kreisprimarschulrat Seedorf-Bauen

Grüne Uri

SP Uri

einen Verbleib beim bisherigen Modell, nur dass für die Teilzeit-LP anteilmäßig die gleiche Entlastung gelten soll. Zudem wird keine geeignete Übergangslösung für LP aufgezeigt, welche bereits eine Altersentlastung haben.

Der Härte des Lehrerberufes soll, wie bereits oben erwähnt, gebührend Rechnung getragen werden. Ob in der aktuellen Situation eine Neugestaltung ideal ist bezweifeln wir.

JUSOuri

Mittwochnachmittage (Informationsveranstaltungen)

LUR

2/3 der an den drei Nachmittagen befragten LP sind gegen die neue Regelung, 1/3 sagt ja, jedoch mit Vorbehalt.

- Die Gratifikationen und Pensenreduktionen müssen früher als ab 50 Jahren angesetzt werden (Vergleiche Privatwirtschaft).
- Nur Vollpensen profitieren von der Altersentlastung. Ein Modell für Teilpensen fehlt.
- Der Besitzstand muss gewährleistet sein, der Vorschlag bedeutet eine Verschlechterung im Vergleich mit der bestehenden Regelung. Laut unserer Berechnung wird bei einem 100% Pensum nur eine 53% Entlastung erzielt. Insbesondere für 60 -Jährige. Für die über 50 bzw. 55-Jährigen braucht es eine Übergangslösung.
- Kindergartenlehrpersonen haben kein 100% Pensum und sind deshalb in der Altersentlastung benachteiligt.
- Wenn 57 AE eine Lektion darstellen, so ist die vorgeschlagene Reduktion gegenüber der heutigen Lösung eine klare Verschlechterung, denn 84 AE im 60. Altersjahr entsprechen niemals den heutigen 3 Lektionen Altersentlastung ($3 \times 57 \text{ AE} = 171 \text{ AE}$).
- Der Vorschlag beinhaltet einen Abbau der Leistungen. Zudem sollten auch im jetzigen Modell die Teilzeitpensen eine prozentuale Entlastung haben.

Meinung Schulhausteams

Die Meinungen dokumentieren sich in folgendem Verhältnis: (Ja/ Nein → 1:7).

Positiv

Wenn ja, müsste eine Übergangslösung für 50-Jährige und älter gefunden werden. Aufs Ganze gesehen, darf kein Abbau der Entlastung stattfinden.

Negativ

- Man empfindet die neue Regelung der Reduktion als Rückschritt, also als Verschlechterung gegenüber der jetzigen Regelung.

Jetzt: 55-60 Jahre 2 Lektionen Reduktion

Umrechnung in AE: $1900:29 \times 2 \times 5 = 655 \text{ AE}$

60-65 Jahre 3 Lektionen Reduktion

Umrechnung in AE: $1900:29 \times 3 \times 5 = 982 \text{ AE}$

Total: 1637 AE Altersreduktion

Neu: 50-60 Jahre 10 x 42 AE = 420 AE

60-65 Jahre 5 x 84 AE = 420 AE

Total 840 AE

Dies entspricht fast einer Halbierung(!) der Altersentlastung, wenn man bis im Alter von 65 Jahren, 100% arbeitet.

- Wir protestieren energisch! Wie es verteilt wird und ab wann man Entlastung bekommt kann man diskutieren, aber insgesamt dürfen wir keinen Abbau hinnehmen!
- Ohne eine bessere Lösung und Übergangslösung (für über 50-Jährige), die den Besitzstand wahrt oder ihn verbessert, kommt dieser Vorschlag nicht in Frage!
- Fazit:
Die neue Regelung ist ein Lohnabbau für alle Lehrpersonen. Sie ist in dieser Form abzulehnen. Wir wollen den Status Quo beibehalten. Es gibt nur Verlierer mit dieser neuen Berechnung.

Nein.

Da die Altersentlastung neu nicht mehr mit einer Jahreslektion entschädigt wird, muss man diese auf Arbeitstage umrechnen. Die Folge wäre, dass man alle Jahre für die Lehrpersonen mit Altersentlastung zusätzliche Ferientage einrechnen und diese durch Stellvertretungen ersetzen muss. Aufgrund der momentanen Stellensituation keine leichte Aufgabe und letztlich ein erheblicher Mehraufwand für die altersentlasteten Lehrpersonen, welche jeweils mit der Stellvertretung ein Übergabe- und Rückmeldegespräch durchführen müssen. Ob solche Stellvertretungen einen Beitrag zur Unterrichtsqualität leisten, wäre noch zu diskutieren.

Eine für die Lehrperson spürbare Entlastung ist die Reduktion der Unterrichtszeit pro Woche. Zusätzliche Ferientage, müssen durch mehr oder minder qualifizierte Stellvertretungen abgedeckt werden und bringen der Lehrperson kaum eine Entlastung.

Die Altersentlastung für Lehrpersonen muss weiterhin auf Lektionen basieren, da diese während des Jahres eine grössere Entlastung bringen, als zusätzliche Ferientage. Die bisherige Lösung muss neu überdacht werden, da sie für Lehrpersonen im Teilpensum „keine befriedigende Lösung“ ist.

Nein; das bisherige System scheint uns effizienter und gerechter.

Ja. Wir erachten es als zweckmässig, die Altersentlastung der Lehrpersonen den übrigen kantonalen Angestellten anzupassen.

VSL

MSR

Finanzdirektion

Antworten von nicht Eingeladenen

Ja.

HPZ Uri

Nein. Wir sind klar dagegen, weil es ein Abbau der Leistungen ist. Zudem sollte auch im jetzigen Modell die Teilzeitpensen eine prozentuale Entlastung haben.

LUR, Sekundarstufe 1

4.18 Allgemeine Bemerkungen zum Handlungsfeld 5

Deutliche Mehrkosten, die nicht finanziert werden können.

Gemeinderat Andermatt

Bei allen Diskussionen um die Lehrpersonen muss der Fokus wieder vermehrt auf ihre Kerntätigkeit, nämlich das Unterrichten gelenkt werden. Die ganze Administration muss auf ein absolutes Minimum reduziert werden.

Gemeinderat Attinghausen

Schulrat Attinghausen

Zu Frage 14: Der Vorschlag generiert einen grossen administrativen und organisatorischen Mehraufwand insbesondere für die Schulleitungen.

Gemeinderat Bürglen

Allgemein: Die finanziellen Folgen insbesondere für die Gemeinden bspw. bei der Neuregelung der Altersentlastung werden nicht aufgezeigt.

Der Beruf der Kindergartenlehrperson muss nach wie vor als Vollzeitberuf verstanden werden. Es kann nicht sein, dass die Lehrpersonen dieser Stufe mit ihrem Kerngeschäft kein Vollpensum erreichen. Die Tatsache, dass die Berechnung der Besoldung auf Grundlage der Besoldungstabelle für die Primarschule entstanden ist, lässt auf Kiga-Stufe nicht zum vornherein auf einen Anstellungsgrad unter 100% schliessen. Es ist nun einmal Tatsache, dass die Kinder des Kindergartens weniger Pflichtlektionen haben als jene der Primarstufe. Lehrpersonen der Gymnasialstufe erreichen mit 2 Lektionen pro Woche weniger als die Kindergartenlehrpersonen ein Vollpensum und niemand würde deshalb von einem Anstellungsgrad von 24/29 bzw. 82% sprechen!

Gemeinde- und Schulrat Schattdorf

Wie bereits mehrmals erwähnt, muss darauf geachtet werden, dass die administrative Belastung der Lehrperson auf einem Minimum gehalten wird. Die Einführung des QS-Systems soll möglichst wenig Aufwand beinhalten, der Mehraufwand dort muss an anderen Orten (nicht beim Unterricht) kompensiert werden.

Gemeinderat Seedorf

Wir möchten nochmals betonen, dass es sicher kostengünstiger wäre, wenn der Kanton Uri zum Thema jährliche Arbeitszeit der Lehrpersonen eine bestehende Regelung eines anderen Kantons übernimmt und somit von bereits gemachten Erfahrungen profitieren könnte.

Gemeinderat Seelisberg

Die genau strukturierten Vorgaben (Arbeit als Arbeitseinheit) entsprechen nicht

Gemeinderat Sisi-

den pädagogischen Arbeiten des Lehrers.

Beispiel Gemeinderat Sisikon: *Einmal muss man für die Elternarbeit mehr investieren und hat auch auf anderen Gebieten Schwankungen. Es entstehen unübersichtliche, zusätzliche Kosten für die Gemeinden.*

Beispiel Schulrat Sisikon: Einmal muss man für die Elternarbeit mehr investieren und auf der anderen Seite eventuell mehr Luft (unübersichtlich, zusätzliche Kosten für die Gemeinden)

Deutlich mehr Mehrkosten.

Alles wird teurer und komplizierter, aber die Qualität wird damit nicht besser.

- Eine Kindergartenlehrperson wird künftig bei Berechnung nach Auftrags-einheiten mit einem normalen Unterrichtpensum nicht mehr 100% arbeiten können. Das ist ungerecht, diskriminiert diesen Berufsstand und wird eine künftige Rekrutierung erschweren.
- Gerechterweise sollten deshalb Lehrpersonen des Untergymnasiums, welche 24 Lektionen pro Woche arbeiten, ebenfalls nicht mehr mit 100% entlohnt werden!

Aus diesem Handlungsfeld entstehen deutliche Mehrkosten.

Kerngeschäft Schule/Unterricht nicht aus den Augen verlieren!

Wie bereits mehrmals erwähnt, muss darauf geachtet werden, dass die administrative Belastung der LP auf einem Minimum gehalten wird. Die Einführung des QS-Systems soll möglichst wenig Aufwand beinhalten, der Mehraufwand dort muss an anderen Orten (nicht beim Unterricht) kompensiert werden. Sitzungen und Lehrerkonferenzen sind auf das absolute Minimum zu beschränken. Grössere Konferenzen machen nur Sinn, wenn alle Anwesenden angesprochen sind, da ist eine grosse Gefahr von Leerlauf. Lehrpersonen sollen unterrichten und nicht Formulare ausfüllen.

Es muss das Ziel sein, dass die Lehrpersonen mehr Zeit für das Kerngeschäft "Unterrichten" haben.

Analog der Anpassung der Altersentlastung an die kantonalen Angestellten sollte auch die Kündigungsfrist angepasst werden. Nur einmal im Jahr kündigen zu können, kennen nur noch sehr wenige Kantone.

Wir bedauern es sehr, dass im Handlungsfeld 5 kein Wort über die Wichtigkeit der Persönlichkeit der Lehrperson Aussagen gemacht wurden. Es ist erwiesen, dass alle strukturellen und pädagogischen Massnahmen nicht greifen,

kon

Schulrat Sisikon

Schulrat Andermatt

Schulrat Erstfeld

Schulrat Flüelen

Schulrat Hospental

Schulrat Silenen
Gemeinderat Silenen

Kreisprimarschulrat Seedorf-Bauen

FDP.Die Liberalen
Uri

Grüne Uri

wenn die Persönlichkeit der Lehrpersonen vernachlässigt wird.

Ebenfalls kein Wort wurde dem Imageverlust des Lehrpersonenberufes verloren. Bekanntlich zeichnet sich ein massiver Mangel an Lehrpersonen in den nächsten Jahren ab. Es sollten dringend Postulate und Massnahmen zur Behebung dieses Missstandes formuliert werden. Da nützen die besten Qualitäts-Bestrebungen nichts, wenn wir zukünftig zu wenig qualifizierte LP haben.

Die gross angelegte Arbeitszeiterhebung des LCH zur Arbeit der LP ist leider überhaupt nicht in den Bericht eingeflossen. Dies muss dringend nachgeholt werden. Die Arbeitszeit der Lehrpersonen ist deutlich gestiegen und hat sich auch in ihren Ausformungen verändert. Dem wird im Bericht viel zu wenig Rechnung getragen. Ohne Anerkennung dieser Fakten werden Lehrpersonen kaum bereit sein, weitere neue Aufgaben zu übernehmen und aufwendige, kraftraubende Schulreformen umzusetzen.

SP Uri

Bildungsdirektion und Schule müssen den Lehrer/innen in erster Linie die Möglichkeit geben, ihren pädagogischen Auftrag zu erfüllen. Sie sind dazu vom administrativen Überaufwand, welche die Schulen immer stärker belastet, zu befreien. Der Unterricht muss im Zentrum stehen. Insbesondere muss den Lehrer/innen wieder die Methoden- und Lehrmittelfreiheit ermöglicht werden. Die SVP ist überzeugt, dass der Weg, weg vom Fachlehrsystem wieder hin zu Klassenlehrer/innensystem führen muss. Unbestritten bleibt aber, dass in Oberstufenzügen mit progymnasialem Charakter ein Fachlehrersystem angemessen ist.

SVP Uri

Wir stellen fest, dass im heutigen System bei der Arbeitszeit der Lehrer/innen, im Vergleich zu den kantonalen Angestellten, eine relativ grosse Flexibilität und Vertrauensarbeitszeit gegeben ist. Daher gehen für uns die im Handlungsfeld 5 beschriebenen Forderungen zu Gunsten der Lehrer zu weit. Insbesondere im Sinne der Gerechtigkeit und mit Blick auf die übrigen kantonalen und kommunalen Angestellten.

Die Arbeitszeit der Lehrpersonen ist deutlich gestiegen und hat sich auch in der Art verändert, dies wird im Bericht viel zu wenig beachtet. Eine Reform kann nur mit Hilfe der Lehrerschaft erfolgreich durchgeführt werden. Dazu müssen sie jedoch auch Zeit und Kraft haben.

JUSOuri

Motivierte Lehrpersonen werden in der Einführung zu diesem Handlungsfeld aufgeführt. Wo sind die Konsequenzen daraus? Als positiv erwähnenswert ist die Entlastung der Klassenlehrperson auf allen Stufen. Erwartet werden gute Rahmenbedingungen, genug Mittel und eine Steigerung der Qualität. Die Lehrpersonen fordern mehr Zeit für das Kerngeschäft "Unterrichten". Was uns für ein überzeugtes Ja fehlt, ist eine klare Definition der Auftragseinheiten. Wenn ein jetziges Vollpensum auf Stufe Kindergarten in Zukunft nur noch einem 90%-Pensum entspricht, empfinden wir das abwertend. Auch eine Kindergartenlehrperson soll auf ein Vollpensum Anspruch haben. Viele Änderungen verlangen ein gutes Monitoring, um die Motivation zu halten oder sogar zu heben.

LUR

Für die Schulleitungen entsteht ein Mehraufwand.

Der Beruf der Kindergartenlehrperson muss nach wie vor als Vollzeitberuf verstanden werden. Die Tatsache, dass die Berechnung der Besoldung auf Grundlage der Besoldungstabelle für die Primarschule entstanden ist, lässt nicht den Schluss zu, dass der Anstellungsgrad deshalb nicht 100% wäre. Es ist nun einmal Tatsache, dass die Kinder des Kindergartens altersbedingt weniger Pflichtlektionen haben, als jene der Primarstufe.

VSL

Lehrpersonen der Gymnasialstufe erreichen mit 24 Lektionen pro Woche ein Vollpensum und niemand würde deshalb von einem Anstellungsgrad von 24/29 bzw. 82% sprechen!

Im Bereich Schulische Heilpädagogik, insbesondere IF ist darauf zu achten, dass nicht alle Auftragseinheiten zugunsten der Schwächeren gehen, sondern auch die Kinder im Bereich Begabtenförderung nicht zu kurz kommen. In der Praxis besteht die Gefahr, dass diese untergehen und erst auffallen, wenn es ihnen definitiv zu langweilig wird.

S&E Uri

Es ist auch wichtig, dass genügend *ausgebildete* schulische Heilpädagogen an den Schulen tätig sind.

Dieses System mit Arbeitseinheiten scheint uns unklar und wenig durchdacht. Eine Änderung drängt sich nicht auf.

MSR

Antworten von nicht Eingeladenen

Der Amtsauftrag muss endlich der Realität angepasst werden. Es stimmt einfach nicht, dass die Lehrpersonen 82.5% für den Unterricht einsetzen können. Der Aufwand in den anderen Bereichen ist vor allem in der integrierten Oberstufe massiv grösser geworden.

LUR, Sekundarstufe 1

Handlungsfeld 6: Tagesstrukturen

4.19 Wie stellen Sie sich zu den Vorschlägen zum Ausbau der Tagesstrukturen?

Wir sind damit einverstanden. / Wir unterstützen den Ausbau

Gemeinderat Altdorf

Schulrat Altdorf

SP Uri

JUSOURi

Mittagstisch, Hausaufgabenbetreuung → bei Bedarf freiwillig vor Ort.

Gemeinderat Andermatt

Schulrat Andermatt

Der Ausbau der Tagesstrukturen soll auf freiwilliger Basis möglich sein, angepasst an die Bedürfnisse der einzelnen Gemeinden und Schulen.

Gemeinderat Attinghausen

Schulrat Attinghausen

In Bürglen sind die wichtigsten Tagesstruktur-Elemente bereits vorhanden (betreffend Mittagstisch und Blockzeiten). Ein Bedürfnis nach einer betreuten Tagesschule scheint nicht vorhanden zu sein. "Betreute Hausaufgabenzeit" bzw. "Hausaufgabenhilfe" ist keine staatliche Aufgabe. Ein Bedürfnis danach ist jedenfalls nicht ausgewiesen (zumindest aus den Unterlagen nicht entnehmbar). Falls bspw. "Hausaufgabenhilfe" angeboten werden sollte, müsste diese auf jeden Fall kostenpflichtig sein.

Gemeinderat Bürglen

Nein.

Gemeinderat Erstfeld

Kreisschulrat Urner Oberland

Die Institutionalisierung von betreutem Mittagstisch und betreuten Hausaufgabenzeit oder Hausaufgabenhilfe wird unterstützt. Die Angebote sind wie vorgeschlagen von den Gemeinden bereitzustellen. Die Nutzung soll fakultativ und kostenpflichtig sein.

Gemeinderat Flüelen

An unserer Schule (KSUO) gibt es bereits viele dieser Angebote. Mehr braucht es nicht!

Gemeinderat Göschenen

An der Kreisschule Urner Oberland mehrheitlich umgesetzt, für weitergehende Angebote besteht kein Bedarf.

Gemeinderat Gurtellen

Die vorgeschlagenen Tagesstrukturen können grundsätzlich befürwortet werden. Die Gemeinden sollen jedoch selber über die Einführung entscheiden können. Die Beanspruchung soll freiwillig sein und die Kosten sind durch die Erziehungsberechtigten zu übernehmen - ausgenommen langer und gefährlicher Schulweg.

Gemeinde- und Schulrat Isenthal

Ja, wir sind mit diesen Vorschlägen einverstanden, wenn die Kosten nach dem Verursacherprinzip berechnet werden.

Gemeinde- und Schulrat Schattdorf

Uns scheint wichtig, dass die Gemeinde nicht verpflichtet werden können, einen Mittagstisch und/ oder betreute Hausaufgabenzeit anzubieten.

Gemeinderat Seelisberg

Für uns macht folgende Formulierung Sinn: Die Schulgemeinden **können** einen Mittagstisch und betreute Hausaufgabenzeit anbieten. Beide Angebote

müssen für die Eltern kostenpflichtig sein.

In Gemeinden, in welchen Schüler einen langen Schulweg haben, funktioniert dies auch ohne diese Neuerung!

Da das Angebot nicht in allen Gemeinden gleich stark genützt wird, sollte auf eine Pflichtregelung verzichtet werden. Die Schulen sollten das Angebot nicht anbieten müssen. Dies verursacht bei kleineren Schulen enorme Kosten, welche in keinem Verhältnis zum Ertrag stehen.

Wird bei unserer Kreisschule Urner Oberland bereits angeboten und ist bei langen Schulwegen trotz Schülertransporten eine Notwendigkeit.

Wir befürworten das Fazit zu diesem Handlungsfeld.

Eine Koordinationsstelle für Hausaufgabenhilfe sollte geschaffen werden. Das Angebot soll kostenpflichtig sein.

Mittel, die frei werden durch das mögliche nicht Weiterverfolgen einer Tageschule, sollen für den Ausbau der Tagesstrukturen in den Gemeinden eingesetzt werden.

Eine betreute Hausaufgabenzeit von höchstens 45 Min könnten wir uns vorstellen.

Mit der Einführung der Blockzeiten ist bereits ein Meilenstein Tagesstrukturen erreicht. Der Zugang zu einem bedarfsgerechten Mittagstisch und für betreute Hausaufgabenzeit ist anstrengenswert. Den Gemeinden soll die Form freigestellt werden. Die dadurch entstehenden Mehrkosten müssen von den Eltern/Erziehungsberechtigten mitgetragen werden.

Grundsätzlich sind wir für den Ausbau der Tagesstrukturen, aber der Preis sollte zuerst kantonal geregelt sein. Ist der Bedarf nicht vorhanden, sollte die Einführung freiwillig sein. Die Vergrösserung des Mittagsangebots kann bei uns zu einem Platzproblem führen.

Der Ausbau der Tagesstrukturen gilt indirekt aber als Konkurrenz zur Tageschule.

Wir unterstützen die sinnvolle und freiwillige Einrichtung von Tagesstrukturen vor Ort.

Gemeinderat Sisikon

Schulrat Sisikon

Gemeinderat Wassen

Schulrat Bürglen

Schulrat Schulen Schächental

Gemeinderat Spiringen

Gemeinderat Unterschächen

Schulrat Silenen
Gemeinderat Silenen

Schulrat Erstfeld

Schulrat Flüelen

Tagesstrukturen sollen bei Bedarf organisiert werden und die Nutzung soll freiwillig bleiben.

Schulrat Hospental

Betreuter Mittagstisch: Die Familienstrukturen und das soziale Netz in unserer Gemeinde funktionieren gut. Kinder mit langem Schulweg werden, falls nötig, in Familien verköstigt. Die ORS-Schüler nehmen ihr Mittagessen in Emmetten im Hotel Engel oder privat in einer Familie ein.

Schulrat Seelisberg

Betreute Hausaufgabenzeit: Der Unterschied zwischen betreuter Hausaufgabenzeit und Hausaufgabenhilfe ist theoretisch klar; in der Praxis - besonders wenn eine Lehrperson für die Betreuung verantwortlich ist - unserer Ansicht nach zu diffus. (Die anwesende Lehrperson wird einem fragenden Schüler sicher helfen.) Dies würde zu Unklarheiten in der Finanzierung führen.

In unserer kleinen Gemeinde ist wenig Bedarf für Hausaufgabenbetreuung vorhanden. Denkbar ist hingegen die Koordination von kompetenter Hilfe für Schüler von bildungsfernen Familien (z.B. bei Fremdsprachen-Hausaufgaben.)

Wir erachten es als sehr sinnvoll, dass alle Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit haben eine betreute Hausaufgabenzeit unter Aufsicht einer Fachperson (Lehrperson) sowie den betreuten Mittagstisch nutzen zu können.

Kreisschulrat Seedorf

Die HarmoS-Vorlage ist neben der obligatorischen verlängerten Schulzeit auch an den teuren obligatorischen Tagesstrukturen gescheitert. Die Möglichkeit der Einführung von Tagesstrukturen soll weiterhin den Gemeinden überlassen werden.

Kreisprimarschulrat Seedorf-Bauen

Wir sind mit dem Fazit zum Handlungsfeld Tagesstrukturen (Siehe S. 52) einverstanden.

CVP Uri

Ja, jedoch mit Kostenbeteiligung der Eltern. („in der Regel“ streichen)

FDP.Die Liberalen Uri

Wir unterstützen das Schaffen von Hausaufgabenzeit mit finanzieller Unterstützung im Sinne der Chancengleichheit für Kinder mit unterschiedlichstem familiärem Hintergrund.

Grüne Uri

Blockzeiten: Die SVP Uri hat die Einführung von Blockzeiten (und nicht von Blöcklzeiten) unterstützt.

SVP Uri

Mittagstisch: Der betreute Mittagstisch soll wie bis anhin weiter geführt werden. Durch die topografische Lage des Kantons Uri macht der Mittagstisch durchaus Sinn. Allerdings soll es in der Hand der Gemeinden liegen, ob und wie sie den Mittagstisch anbieten wollen. Der Mittagstisch soll freiwillig und für die Benutzer kostenpflichtig sein.

Hausaufgabenhilfe: Die Hausaufgabenhilfe soll nach Meinung der SVP nicht angeboten werden. Hausaufgaben sollen in der Obhut der Erziehungsberechtigten belassen werden. Im Übrigen sind wir überzeugt, dass dies eine gute Möglichkeit für die Erziehungsberechtigten ist um damit Einsicht in den Schulalltag des Kindes zu gewinnen. Wer Hausaufgabenhilfe beansprucht, soll dafür auch bezahlen.

Tagesschulen: Siehe Vernehmlassung Tageschule

Ja, wir sind für eine Angebotspflicht (betreuter Mittagstisch, betreute Hausaufgabenzeit) der Gemeinden.

LUR

Es darf aber nicht passieren, dass Lehrpersonen über Mittag und nachmittags Freizeitprogramme anbieten oder nach der Schule als Hausaufgabenhilfe zur Verfügung stehen müssen. Dies soll von externen Fachpersonen und Eltern angeboten werden.

Gerade für kleine Schulen könnte dies eine Möglichkeit sein, die Attraktivität zu erhöhen.

Ja. Die Tagesstrukturen müssen vor Ort und pädagogisch sinnvoll umgesetzt werden.

VSL

S&E Uri begrüsst die bedarfsgerechten, nach Möglichkeit flächendeckenden Tagesstrukturen, wie sie bereits heute z.T. gehandhabt werden. Wichtig scheint, dass die Nutzung der Angebote freiwillig und im Grundsatz kostenpflichtig ist.

S&E Uri

Als positiv wird das bedürfnisgerechte Angebot ergänzend zu den Blockzeiten gewertet. Ausbau und Angebot fördern die Sozialkompetenzen der Kinder. Die Tagesstruktur kann eine Chance für „vernachlässigte“ Kinder sein.

Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann

Der MSR begrüsst einen Ausbau von Tagesstrukturen sehr, aber mit flankierenden Massnahmen.

MSR

Mit dem Ausbau der Tagesstrukturen wird die Attraktivität von Uri als Wohnkanton gesteigert, was grundsätzlich zu begrüessen ist. Einen betreuten Mittagstisch und die betreute Hausaufgabenzeit erachten wir als zweckmässiges Angebot. Der angemessenen Kostenbeteiligung der Eltern gilt es jedoch die nötige Aufmerksamkeit zu schenken.

Finanzdirektion

Antworten von nicht Eingeladenen

Es ist wichtig, dass die einzelnen Schulen die Tagesstrukturen nach den Bedürfnissen in der Gemeinde organisieren.

HPZ Uri

Wir unterstützen die Idee einer Mensa, da im Rahmen der Gesundheitsförderung gerade bei Heranwachsenden Ernährung ein wichtiges Thema ist, weisen aber darauf hin, dass an der Kantonalen Mittelschule die räumlichen Voraussetzungen dafür noch nicht gegeben sind.

LUM

Betreute Hausaufgabenzeit (Studium) erachten wir an sich als sehr wertvoll. In der konkreten Umsetzung müssten personelle Fragen sorgfältig geprüft werden.

Handlungsfeld 7: Institutionalisierte Zusammenarbeit

4.20 Welche Haltung haben Sie zur Einführung einer Konferenz der Lehrpersonen (mit Kompetenzen), eines Eltern- und eines Schülerrates?

Die Konferenz der Lehrpersonen muss in grösseren Gemeinden auf Stufe Schulhaus oder Schulstufe realisiert werden und nicht für die Gesamtschule. Eine Konferenz mit über 100 Lehrpersonen erachtet der Gemeinderat Altdorf als ineffizient.

Gemeinderat Altdorf

Der Einbezug von Eltern und Schülern ist wichtig. Die konkrete Realisation solcher Eltern- oder Schülerräte muss jedoch im Detail (Wahl, Form, etc.) noch genauer konkretisiert und geprüft werden.

Ja, sofern das Bedürfnis vorhanden ist.

Gemeinderat Andermatt

Schulrat Andermatt

Die Idee der institutionalisierten Zusammenarbeiten mag gut gemeint sein, wird vom Schulrat Attinghausen aber nicht unterstützt. Besonders die Delegation von Kompetenzen wird als problematisch erachtet. Die Arbeit der Schulräte und Schulleitungen wird dadurch nicht erleichtert, eher das Gegenteil dürfte der Fall sein.

Gemeinderat Attinghausen

Schulrat Attinghausen

Die Schulen sollen daher wie bis anhin selber entscheiden können, wie sie die Zusammenarbeit mit der Lehrerschaft, den Eltern und den Schülern regeln wollen (was vielerorts bereits heute problemlos funktioniert).

Das vorgeschlagene Modell der Elternmitwirkung ist kompliziert, schwerfällig und wenig fassbar. Die geltende Schulverordnung (Art. 30) gibt den Eltern bereits angemessene Mitwirkungsrechte. Darüber hinaus können sich die Eltern im Rahmen ihrer demokratischen Rechte mit schulischen Sachgeschäften auseinandersetzen.

Gemeinderat Bürglen

Schülerrat: Dieses Instrument ist eine gute Lebensschulung und soll angeboten werden (auf Primarstufe freiwillig). Bürglen kennt das Institut des Schülerrates bereits.

Ja.

Gemeinderat Erstfeld

- Die vorgestellten Zusammenarbeitsformen bei Schulbehörden, Schulleitungen und Lehrpersonen werden als sinnvoll erachtet und unterstützt.
- Auf der Kindergarten- und Primarstufe werden Elternforum und Schüllerrat als unnötig und überflüssig betrachtet. In diesen Stufen ist der Einfluss der Eltern mittels engem Kontakt zu den Lehrpersonen gegeben.
- Bei Oberstufenzentren mit entsprechend hohen Schülerzahlen wird die Einführung von Elternforen und Schüllerräten als notwendig und sinnvoll erachtet und daher unterstützt.

Gemeinderat Flüelen

Schülerat JA

Elternrat NEIN

Gemeinderat Göschenen

Die Strukturen im Kanton Uri sind überblickbar, neue Strukturen sind nicht nötig.

Gemeinderat Gurtellen

Wir erachten es als sehr wichtig, dass die Lehrerschaft zu Teamsitzungen zusammen kommt.

Gemeinde- und Schulrat Isenthal

Auch soll eine Vertretung der Lehrpersonen an einem Teil der Schulratsitzungen für Infos und Anregungen teilnehmen können.

Die Bildung eines Elternforums und eines Schüllerrats soll den Gemeinden überlassen werden.

Grundsätzlich vertreten wir die Ansicht, dass die bestehenden Strukturen der Volksschule allen Beteiligten genügend Möglichkeiten geben, sich bei Bedarf einzubringen. Die Lehrpersonen können das bereits heute auf verschiedenen Ebenen wahrnehmen. Eine eigene Konferenz mit Kompetenzen würde die heutige Struktur noch weiter aufblähen. Allein schon die Festlegung von Zielen, Aufgaben und Kompetenzen käme einem administrativen Kraftakt gleich. Der Koordinationsbedarf würde viel Zeit und Kraft in Anspruch nehmen. Diesen Aufwand investieren die Lehrpersonen besser und lieber ins Kerngeschäft (Unterricht inkl. Vor- und Nachbereitung). Auch die operative Führung der Schule würde dadurch komplizierter und schwieriger.

Gemeinde- und Schulrat Schattdorf

Auch die Einführung eines Elternrates erachten wir als nicht notwendig. Auch hier gilt es, die bestehenden Strukturen nicht weiter aufzublähen. Die Möglichkeiten, die Eltern bereits heute haben, genügen vollständig. Zudem werden Fragen und Probleme bei Bedarf besser und schneller direkt vor Ort besprochen und gelöst.

Einen Schüllerrat gibt es an der Schule Schattdorf bereits seit einiger Zeit. Hier können die SchülerInnen Anliegen und Wünsche allgemeiner Art diskutieren bzw. über die jeweilige Leiterperson einbringen. Diese ungezwungene und einfache Art der Mitteilung und Mitwirkung wird von beiden Seiten geschätzt.

Die Einführung eines Schülerrats erachten wir als positiv. Bei den anderen Gremien – wie die Konferenz der Lehrpersonen oder den Elternrat – sollte es den einzelnen Gemeinden überlassen sein, ob sie solche Konferenzen und Räte einsetzen wollen.

Gemeinderat Seedorf

Was ist denn der Unterschied zwischen Konferenz und Teamsitzung? Es muss nichts Neues geschaffen werden, denn dies funktioniert unter dem Begriff Teamsitzung schon längstens. Es ist doch auch Sache der Schulleitung, was alles in eine Teamsitzung „verpackt“ werden muss.

Gemeinderat Seelisberg

Elternrat:

Es wäre schön, wenn die Eltern wieder ihre Erziehungsaufgabe ernst nehmen würden. Dazu muss nicht obligatorisch für alle Gemeinden ein Elternrat eingeführt werden. Denn in der heutigen Zeit ist es oft so, dass die Eltern nur mitreden wollen – das Erziehen überlassen sie jedoch der Schule. Elternrat soll in Gemeinden, wo positive Erfahrungen gemacht, weiter geführt werden.

Schülerrat:

Wir sind überzeugt, dass schon heute viele Lehrpersonen (auch auf der ORS) die Schülermitwirkung fördern, und dies auch „leben“. Dies sollte jedoch wie bis anhin auf freiwilliger Ebene passieren. Sonst geht dies wiederum auf Kosten des Kerngeschäftes der Lehrpersonen. Die Individualität der einzelnen Lehrpersonen soll dadurch unterstützt werden. LP sollten wieder vermehrt Zeit haben zu unterrichten, Stoff zu vermitteln, statt sich mit Elternforum, Schülerrat usw.... auseinander zu setzen.

Elternrat und Schülermitwirkung soll nicht in der Schulverordnung verankert werden!

Bei kleinen Schulen macht dies keinen Sinn. Die Lehrpersonen, die Schüler und die Eltern tauschen sich informell genau so schnell aus, auch wenn keine solche Konferenz besteht. Bei einer Regulierung stützt man sich vermehrt auf die Sitzungen und kann auf ein aktuelles Problem nicht zeitgemäss reagieren.

Gemeinderat Sisikon
Schulrat Sisikon

Ist zu aufwendig für unseren kleinen Kanton.

Gemeinderat Wassen

Konferenz der Lehrpersonen: Wir sind für eine Mitsprache der Lehrpersonen. Die vorgeschlagene Konferenz der Lehrpersonen erachten wir jedoch für Altdorf mit rund 100 Lehrpersonen verteilt auf 4 Schulhäuser als keine gute Lösung.

Schulrat Altdorf

Mit der Einführung eines Eltern- und eines Schülerrates sind wir einverstanden.

Eine Konferenz der Lehrpersonen kann mit den heutigen Strukturen abgedeckt werden, es braucht keine zusätzlichen Kompetenzen.

Schulrat Bürglen

Solange der Schulrat in der heutigen Form vorhanden ist, braucht es keinen verordneten Elternrat. Organisieren sich Eltern von sich aus, wird dies begrüsst.

Der Schülerrat ist zu unterstützen.

Eltern können sich via Schulrat einbringen, dieser ist besorgt, Elternbedürfnisse einzuholen.

Wir sind dagegen. Die Eltern sollen nicht überall mitreden und bestimmen können. Die Probleme mit dem eigenen Kind können direkt mit der Schulleitung und/oder der Klassenlehrperson besprochen werden.

Man muss den Lehrpersonen nicht noch mehr Aufwand/Arbeit übertragen, da sie bereits stark belastet sind.

- Konferenz der Lehrpersonen: Seit der Einführung der Schulleitungen wurden die Zuständigkeiten von Schulrat, Schulleitungen und Lehrpersonen vor Ort nach und nach geklärt. Diese Prozesse waren für alle Beteiligten anspruchsvoll und aufwändig. Die Vorschläge haben das Potential für neue Rollenkonflikte und bringen eine unnötige Vermischung der operativen und strategischen Ebene. Beispiel: Die Leitbild und Schulprogramm sind strategische Instrumente und werden durch den Schulrat genehmigt. Wir sind gegen die vorgeschlagenen Regelungen und unterstützen die Entwicklungen vor Ort.
- Eltern- und Schülerrat sind wertvolle Instrumente. Auch sie müssen vor Ort entstehen, wenn das Umfeld günstig ist. Eine Verpflichtung lehnen wir ab.

Der Schülerrat sollte freiwillig geführt werden. Einen Elternrat sobald Eltern das Bedürfnis dazu haben, aber klar freiwillig und nicht vom Schulrat/Schule organisiert.

Wäre eine sinnvolle Sache.

Konferenz der Lehrpersonen: Die vorgeschlagene Konferenz der Lehrpersonen heisst in Seelisberg schlicht Team-Sitzung, ist demokratisch organisiert und wird von der zukünftigen Schulleiterin geleitet. Themen werden umfassend diskutiert und Aufgaben gerecht verteilt. Aus Sicht des SR SB braucht es für unsere Schule weder eine neue Organisation noch einen neuen Begriff für etwas, das bestens funktioniert.

Elternrat: Dafür besteht in unserer kleinen Gemeinde keinerlei Bedürfnis. (Interessierte und engagierte Eltern fanden bisher meistens irgendwann den Weg

Schulrat Erstfeld

Schulrat Flüelen

Schulrat Hospental

Schulrat Schulen
Schächental

Gemeinderat Spiringen

Gemeinderat Unterschächen

Schulrat Seelisberg

in den Schulrat...)

Schülerrat: Dies ist grundsätzlich eine gute Idee. Schüler können in einem Rat lernen, sich gezielt für eine Sache, für die Verbesserung einer Situation, für die ganze Schule einzusetzen. Sie lernen dabei, ganzheitlich zu denken und sich zu engagieren. Dies dient u.a. auch der Gewaltprävention. Für eine kleine Schule soll ein Schülerrat sinngemäss angepasst werden.

Bereits heute finden solche Konferenzen der Lehrpersonen statt. In den Teamsitzungen werden Diskussionen rund um die erwähnten Themen geführt. Eine Erweiterung der Kompetenzen ist nicht nötig. **Völlig fehl am Platz wäre die Teilnahme einer LP an den Schulratssitzungen.** Damit würde nur die Autorität der SL untergraben und wäre absolut kontraproduktiv! Auch die Wahl der alternativ-obligatorischen Lehrmittel soll abschliessend von der SL vorgenommen werden.

Elternrat: Es ist schwierig, geeignete Personen zu finden, die bereit sind, im Schulrat mitzuarbeiten. Ein Rat mehr? Oder ist damit der Schulrat abgeschafft?

Falls ein Elternrat eingeführt wird, muss er auch Kompetenzen erhalten. Die Schule und der SR vertreten unserer Ansicht nach auch die Wünsche und Anliegen der Eltern.

Gibt es zu viele Interessenskonflikte, wenn mit der Institution Elternrat ein weiteres Gremium in den Schulbetrieb einwirkt?

Schülerrat: bereits heute sind viele Schulen dran, einen Schülerrat zu bilden. Der SR Silenen erachtet einen Schülerrat als ein wertvolles Gefäss und begrüsst die Bildung von Schülerräten. Er soll jedoch auf freiwilliger Basis entstehen, ohne Verpflichtung.

1. Für eine Mitsprache an der Schule haben die LP heute schon einige Möglichkeiten (Schul- und Teamentwicklungen, Einsitz im Schulrat)
2. Elternrat – Nein!
3. Schülerrat kann in den Klassen umgesetzt werden.

Die Einführung einer Konferenz für Lehrpersonen (mit Kompetenzen) wird bis anhin schon in den Teamsitzungen praktiziert.

Die Einführung eines Eltern- und Schülerrates mit beratender Funktion ist sehr sinnvoll.

Hier werden zusätzliche Gremien gebildet, deren Nutzen fragwürdig ist. Es sollte den einzelnen Gemeinden überlassen sein, ob sie solche Konferenzen und Räte wollen. Was für Altdorf vielleicht Sinn macht, muss nicht unbedingt für Isenthal angebracht sein, wo im Dorf schon jetzt eine engere Gemeinschaft besteht.

Eine Konferenz der Lehrpersonen ist Sache der Schule und muss nicht gere-

Schulrat Silenen
Gemeinderat Silenen

Kreisschulrat Urner Oberland

Kreisschulrat Seedorf

Kreisprimarschulrat Seedorf-Bauen

CVP Uri

gelt werden.

Aus unserer Sicht ist es nicht sinnvoll, dass die Konferenz eine Lehrperson wählt, die mit beratender Stimme an den Sitzungen des Schulrates teilnimmt.

Die Elternmitwirkung und den Schülerrat sehen wir als positiv und wünschenswert an.

Eine Kompetenzdelegation von der Schulleitung an die Lehrerschaft erachten wir als problematisch und können dies nicht unterstützen.

Wir erwarten von einer professionellen Schulleitung, dass sie der Lehrerschaft ein breites Anhörungsrecht einräumt.

Die Schulleitungen mit den Schulräten entscheiden bedarfsgerecht über die Einführung eines Eltern und/oder eines Schülerrates.

Elternrat: Die Schaffung eines Elternrates ist ein gutes Instrument, um Art. 30 der SCHV (Rechte der Eltern) umzusetzen. Auch erhoffen wir uns damit eine Imageaufbesserung des Berufsstandes der LP.

Schülerrat: Im Sinne der teilautonomen Schule soll die Schule vor Ort entscheiden, ob sie auf der Oberstufe auch einen Schülerrat einsetzen will. Also braucht es nach unserer Auffassung auch auf der ORST kein Obligatorium.

Konferenz der Lehrpersonen: Die Stärkung der Teams durch klar geregelte Kompetenzen ist sicher erstrebenswert. Es darf nicht zum Muss werden. Es muss aus dem Bedürfnis der einzelnen Schule entstehen und reifen.

Die Konferenz der Lehrpersonen soll weder durch die SL einberufen, noch geleitet werden. Die LP müssen sich selbst organisieren.

Wir sind der Meinung, dass die Elternmitwirkung vor allem in den Schulräten genügend gegeben ist. Weiter befürchten wir, dass damit unnötig Unruhe gefördert wird.

Die Lehrpersonen müssen sich selbst organisieren, etwas von „oben herab“ wird scheitern. Elternrate sind willkommen, es sollte jedoch wichtig sein, dass der Einfluss nicht zu stark und einseitig wird und trotzdem keine Alibiübung. Schülerrate erachten wir als sehr wichtig. Die Kinder und Jugendlichen sollen möglichst früh den Unterricht mitgestalten können, auf jedem möglichen Weg!

Konferenz der Lehrpersonen:

Kritisch positiv. Kompetenzen sind eins, die Leitung dieser Konferenz das andere. Es kann nicht als demokratisch empfunden werden, wenn diese Konferenzen nichts kosten dürfen, wenn sie von der örtlichen Schulleitung geleitet sind und bislang nirgends als Arbeitseinheit gewertet werden. Es ist ein Mehraufwand für die LP.

Grundsätzlich funktionieren unsere Lehrerkonferenzen schon in dieser Art,

FDP.Die Liberalen
Uri

Grüne Uri

SP Uri

SVP Uri

JUSOuri

LUR

aber eine Institutionalisierung ist sicher zu begrüssen.

Die Konferenz der LP ist als Organ der direkten Demokratie sehr wichtig. Die Konferenz muss vor Ort sein, also auch nicht kantonal. Wo erwartet man diesbezüglich eine Stärkung?

Momentan verspricht man der Konferenz Kompetenzen, aber sie steht ohne Geld da.

Es gibt auch eine Minderheit, die kritisch ist. Eine Lehrerkonferenz in einer kleinen Schuleinheit hat andere Prioritäten als die einer grossen Schule.

Elternrat:

Als unterstützendes Gremium finden wir es gut und wünschenswert. Ein Elternrat kann aber nicht verordnet werden, mindestens nicht auf der Ebene der Schule. Wo bleibt die Teilautonomie? Der Elternrat soll sich selber rekrutieren. Es funktioniert nur bei positiver Resonanz der Eltern.

Ein Elternrat macht nur Sinn, wenn die Eltern stark mit der Schule verbunden sind und der Rat Kompetenzen hat. Wir wollen wissen, was diese Kompetenzen sind, bevor wir dem zustimmen. Ein Elternrat bräuchte entsprechende Gefässe.

Schülerrat

Ein Schülerrat ist grundsätzlich richtig. Der Schülerrat muss stufengerecht geführt sein. Erfahrungen auf der OS zeigen, dass diese Sitzungen eine intensive Begleitung durch Lehrpersonen brauchen. Also ist wieder eine Arbeitseinheit mehr zu definieren.

Dieser Rat muss aber aus der Basis (Schulalltag) entstehen und nicht verordnet werden. Die Schule entscheidet selber. Die Grundfrage sei gestattet: Wie viel muss verordnet werden?

- Konferenz der Lehrpersonen

Die Schulleiterinnen und Schulleiter sind der Meinung, dass die vorgeschlagene Einführung von Lehrerkonferenzen mit Kompetenzverteilung in den operativen Bereich der Schule fällt. Im Rahmen von Schulentwicklung wurden diese bereits umgesetzt und entsprechende Gefässe eingerichtet. Es braucht hier keine Neuregelung. Vielmehr würde damit die strategische und operative Ebene vermischt und Rollenkonflikte scheinen unausweichlich.

Die vorgeschlagenen Regelungen wie z.B. der Beschluss des Leitbildes und des Schulprogramms, sowie die Massnahmen zu deren Umsetzung durch die Lehrerkonferenz, erachten wir als operative Verantwortliche als sehr problematisch. Führung wird sehr träge.

- Elternrat

Elternmitarbeit ist aus Sicht der Schulleitungen ein gutes Mittel, um alle Partner der Schulen in die aktive Mitgestaltung einzubeziehen. Eine Einführung ist daher sicher empfehlenswert. Eine verpflichtende Einführung erachten wir jedoch als problematisch, da die nachhaltige Rekrutierung sich als sehr schwierige Aufgabe zeigen dürfte.

- Schülerrat

Im Sinne von gelebter Demokratie ist die Einführung eines Schülerrats zu

VSL

begrüssen und zu empfehlen. Vielerorts wird dies bereits mit Erfolg praktiziert. Auch hier stehen wir einer obligatorischen Einführung skeptisch gegenüber und würden eine fakultative Einführung klar vorziehen.

S&E Uri findet es sehr wichtig und sinnvoll, dass die Eltern- und Schülermitwirkung institutionalisiert wird und wird ein spezielles Augenmerk auf dieses Handlungsfeld richten. Ein gut durchdachter Aufbau mit klarer Kompetenzregelung ist wichtig für eine erfolgreiche Zusammenarbeit von Schule und Elternhaus. Integrierte und gut informierte Eltern fühlen sich ernst genommen und dienen unter Umständen einer verbesserten Ressourcennutzung. Auch ein Schülerrat ist ein wichtiges Instrument z.B. zur praktischen Übung demokratischen Verhaltens.

S&E Uri

Ein gutes Einvernehmen zwischen den verschiedenen "Playern" im Schulbereich ist sehr wichtig. Der MSR befürwortet ein Anhörungsrecht für Lehrpersonen, Eltern und Schüler, lehnt aber eine institutionalisierte Mitwirkung / ein Abgeben von Kompetenzen ab.

MSR

Mit diesen Gremien kann die Zusammenarbeit aller an der Schule Beteiligten gezielt gestärkt werden: Betroffene werden zu Beteiligten. Wir erachten deshalb die Einführung einer Konferenz der Lehrpersonen, eines Eltern- und eines Schülerrates grundsätzlich als sinnvoll. Wichtig scheint uns jedoch, dass die Rollen klar definiert und schriftlich festgehalten werden, damit nicht falsche Erwartungen und Konflikte geschaffen werden.

Finanzdirektion

Antworten von nicht Eingeladenen

Für die Identifikation einer Schule sind diese Formen, Konferenz für Lehrpersonen, Elternrat und Schülerrat, sinnvoll.

HPZ Uri

Konferenz der Lehrpersonen: Grundsätzlich funktionieren unsere Lehrerkonferenzen schon in dieser Art, aber eine Institutionalisierung ist sicher zu begrüssen.

LUR, Sekundarstufe 1

Elternrat: Keine Verordnung durch den Kanton. Es funktioniert nur bei positiver Resonanz der Eltern.

Schülerrat: Keine Verordnung durch den Kanton.

4.21 Welche Meinung haben Sie zur finanziellen Unterstützung von Schulnetzwerken durch den Kanton?

Ja / Wird befürwortet / einverstanden / grundsätzlich einverstanden / Finden wir gut.

Gemeinderat Altdorf

Gemeinderat Erst-

	feld
	Gemeinderat Göschenen
	Gemeinderat Gurtellen
	Gemeinde- und Schulrat Schattdorf
	Gemeinderat Wassen
	Schulrat Altdorf
	Schulrat Flüelen
	Kreisschulrat Urner Oberland
	Kreisschulrat Seedorf
	CVP Uri
	FDP.Die Liberalen Uri
	SP Uri
	JUSOuri
	VSL
	S&E
Ja, nach Bedürfnis.	Gemeinderat Andermatt
	Schulrat Andermatt
	Schulrat Hospental
Die finanzielle Unterstützung von Schulnetzwerken durch den Kanton wird begrüsst. Diese Netzwerke sind aber nicht zu institutionalisieren.	Gemeinderat Attinghausen
Beispiel : Schulnetz Uri	Schulrat Attinghausen
Keine Notwendigkeit.	Gemeinderat Bürglen
Die finanzielle Unterstützung und Förderung von Schulnetzwerken erachtet der Gemeinderat als sinnvoll und notwendig.	Gemeinderat Flüelen
Gerade für kleine Gemeinden kann ein Austausch unter den Lehrpersonen in Netzwerken eine Chance sein. Die finanzielle Unterstützung durch den Kanton erachten wir als gut, da dadurch auch eine gewisse Kontinuität gegeben ist.	Gemeinde- und Schulrat Isenthal

Da dadurch die gemeindeübergreifende Zusammenarbeit in der Unterrichtsentwicklung gefördert wird, befürworten wir die finanzielle Unterstützung des Kantons am Betrieb elektronischer Plattformen für Schulen.

Gemeinderat Seedorf

Grundsätzlich ist die Unterstützung der Schulnetzwerke zu begrüßen, es soll jedoch auf Freiwilligkeit basieren.

Gemeinderat Seelisberg

Sollte durch den Kanton grosszügig finanziert werden.

Gemeinderat Sisikon

Schulrat Sisikon

Es wird begrüsst, dass man sich für Netzwerke einsetzt. Die jährlichen Kosten sollen mit dem Betrag, der für das Elternforum vorgesehen ist, aufgestockt werden.

Schulrat Bürglen

Jede finanzielle Unterstützung ist willkommen.

Schulrat Erstfeld

Durch die finanzielle Unterstützung des Kantons können die Schulnetzwerke weiter ausgebaut werden. Dadurch werden die Lehrpersonen noch mehr unterstützt.

Schulrat Schulen Schächental

Gemeinderat Spiringen

Gemeinderat Unterschächen

Es ist wichtig und richtig, dass sich der Kanton finanziell an schulischer Zusammenarbeit, speziell an Schulnetzwerken beteiligt. Die Schule Seelisberg kann sich zurzeit aus technischen und finanziellen Gründen leider nicht am Schulnetz Uri beteiligen. Auf unseren geografischen Sonderstatus bezogen, erwartet der SR SB vom Kanton angemessene finanzielle Unterstützung für die Zusammenarbeit mit der Nachbargemeinde Emmetten.

Schulrat Seelisberg

Die Einführung von Schulnetzwerken muss für die Gemeinden kostenneutral sein.

Schulrat Silenen
Gemeinderat Silenen

Wenn auf diese Netzwerke verzichtet wird, müssen sie auch nicht durch den Kanton unterstützt werden. Wo dies freiwillig geschieht, sollen die Verantwortlichen auch selbst für die Finanzierung sorgen.

Kreisprimarschulrat Seedorf-Bauen

Ist für die Grünen Uri nicht prioritär.

Grüne Uri

Wir befürworten die finanzielle Unterstützung der Schulnetzwerke mit der Bedingung, dass diese längerfristig zu einer finanziellen Entlastung führt.

SVP Uri

Die Frage wird zu 100% bejaht. Einzig offen ist die Frage, wie viele Netzwerke nötig und verkräftbar sind.

LUR

Die Fragestellung ist nicht allen klar. Auch müssen Prioritäten abgeschätzt werden. Bei kleinem Budget könnte anderes wichtiger sein.

Der MSR begrüsst dieses Anliegen.

MSR

Nur dort wo der Kanton mitbestimmen kann oder eine Leistung bezieht (z.B. VSL), ist eine angemessene finanzielle Beteiligung/Abgeltung angezeigt.

Finanzdirektion

Antworten von nicht Eingeladenen

Die Unterstützung ist sinnvoll.

HPZ Uri

4.22 Allgemeine Bemerkungen zum Handlungsfeld 7

Die Zusammenarbeit innerhalb und ausserhalb der Schulen ist sehr wichtig und soll gefördert werden. Um aber die Gegebenheiten der einzelnen Schulen besser berücksichtigen zu können, muss dies auf freiwilliger Basis geschehen.

Gemeinderat Attinghausen

Schulrat Attinghausen

Die Vorschriften wären nicht von grossem Nutzen. Auch hier entstehen wieder zusätzliche Kosten, welche eingespart werden könnten. Im nächsten Handlungsfeld wird erwähnt und aufgelistet, wie stark die Bildungskosten gestiegen sind. Ist doch ein Widerspruch!!

Gemeinderat Seelisberg

Bereits erwähnt in Frage 20: *Bei kleinen Schulen macht dies keinen Sinn. Die Lehrpersonen, die Schüler und die Eltern tauschen sich informell genau so schnell aus, auch wenn keine solche Konferenz besteht. Bei einer Regulierung stützt man sich vermehrt auf die Sitzungen und kann auf ein aktuelles Problem nicht zeitgemäss reagieren.*

Gemeinderat Sisikon

Schulrat Sisikon

Es wäre gut, wenn sich in Zukunft Schüler, Lehrer, Schulleiter, Eltern und Schulrat für einen guten Schulbetrieb einsetzen würden.

Schulrat Schulen Schächental

Gemeinderat Spiringen

Gemeinderat Unterschächen

Zusammenarbeit ist grundsätzlich immer gut, aber es soll den einzelnen Gemeinden oder der Eigeninitiative von einzelnen Schulen (Schulräte, Schulleiter) überlassen werden, gewisse Netzwerke aufzubauen. Ein Beispiel sind die Plattform Sitzungen, die freiwillig sind und eine wertvolle Gelegenheit zum Austausch bieten, ohne dass diese speziell institutionalisiert worden sind. Man muss aufpassen, dass der Aufwand für solche Netzwerke nicht zu gross wird.	Kreisprimarschulrat Seedorf-Bauen
Die institutionalisierte Zusammenarbeit liegt grundsätzlich in der Autonomie der Gemeinde.	CVP Uri
Institutionalisierte Zusammenarbeit ist zweifellos einer der vielen wichtigen Schritte hin zu einer guten Schule.	Grüne Uri
Grundsätzlich sollte nicht zu viel von oben geleitet, geplant und bestimmt werden. Mehr bottom up statt top down, wie die Schächentaler zu sagen pflegen!	SP Uri
Die SVP erachtet es als illusorisch, dass die Volksschule mit allen Beteiligten, die ja bekanntlich völlig divergierende Interessen und Ansprüche haben, partnerschaftlich (und vor allem mit institutionalisierter Mitwirkung) weiter entwickelt werden kann. Die Schule an sich ist bereits komplex genug (vgl. Bericht Volksschule 2016, S. 9 unten).	SVP Uri
Die Entwicklung sollte vermehrt auch von unten herauf wachsen und nicht immer von oben herab.	JUSOURI
Der Einbezug der Eltern wird sehr geschätzt, muss aber Rechte und Pflichten enthalten.	LUR
Die Schule sollte auch vermehrt und verbessert mit den Gemeindebehörden zusammenarbeiten. Wir denken dabei an einen Sozialarbeiter, der auch für die Schule zur Verfügung stehen soll. Wir haben immer wieder Probleme mit Jugendlichen aus einem schwierigen sozialen Umfeld. Diese Probleme könnten so sicherlich früher erkannt und eventuell auch aufgefangen werden.	
S&E Uri möchte beim Aufbau der institutionalisierten Eltern- und Schülermitwirkung integriert sein und ein Mitspracherecht erhalten. S&E Uri ist bereit, in allfälligen Arbeitsgruppen mitzuwirken. S&E erachtet es als wichtig, dass der vorgegebene Zeitrahmen dringend eingehalten wird und keine Verzögerungen bei der Einführung entstehen.	S&E Uri

Antworten von nicht Eingeladenen

Die Schule sollte auch vermehrt und verbessert mit den Gemeindebehörden zusammenarbeiten. Wir denken dabei an einen Sozialarbeiter, der auch für die Schule zur Verfügung stehen soll. Wir haben immer wieder Probleme mit Ler-	Sekundarstufe 1
---	-----------------

nenden aus einem schwierigen sozialen Umfeld. Diese Probleme könnte so sicherlich früher erkannt und eventuell auch aufgefangen werden.

Handlungsfeld 8: Strukturen

4.23 Welche Haltung haben Sie zum Vorschlag, die Schulen zukünftig zu Kreisen zusammenzulegen?

Kreisschulen müssen weiterhin möglich sein. Ein Zusammenschluss muss jedoch auf freiwilliger Basis erfolgen und nicht nach vorgegebenen Vorstellungen des Erziehungs- oder Regierungsrates. Ansonsten wird in den laufenden Prozess der Gebietsreform im Kanton Uri durch die Schulgesetzgebung eingegriffen.

Gemeinderat Altdorf

Sparpotenzial sehr fraglich. Als erste Priorität müssen die Gemeinden die Zusammenarbeit untereinander suchen.

Gemeinderat Andermatt

Schulrat Andermatt

Der Vorschlag wird begrüsst, das Sparpotential bei den Kosten scheint recht gross zu sein.

Gemeinderat Attinghausen

Soll aber eine Zusammenlegung in nächster Zeit erfolgen, muss dies durch eine breit abgestützte Projektgruppe vorbereitet werden. In dieser Projektgruppe müssten sowohl Vertreter der BKD als auch der Schulen Einsitz nehmen.

Schulrat Attinghausen

Es ist nicht zu erwarten, dass die Schulen und Gemeinden von sich aus aktiv werden und eine Zusammenlegung beschliessen können. Andererseits wird eine alleine vom Kanton verordnete Zusammenlegung kaum eine Akzeptanz finden.

Wenn möglich und sinnvoll sollen diese Arbeiten mit der ebenfalls diskutierten Gemeindestruktur-Reform koordiniert werden.

Bevor aber das Thema ernsthaft angepackt wird, muss das im Bericht erwähnte Sparpotential von 2 - 2.2 Mio Fr. im Detail dargelegt werden. Der Schulrat Attinghausen erachtet diese Zahlen als sehr optimistisch.

Mögliche Kreisschullösungen sollen den Gemeinden überlassen werden. Die Federführung durch den Kanton könnte zu Interessenkonflikten bei den Gemeinden führen wenn es bspw. um den Standort der Schule geht.

Gemeinderat Bürglen

Nein.

Gemeinderat Erstfeld

Ein Zusammenschluss der Gemeinden im Bildungswesen wird aus Kosten- und Effizienzgründen als dringend notwendig erachtet. Die Nutzung von Synergien der Raum- und Personalsituation können zu erheblichen Einsparungen

Gemeinderat Flüelen

ohne Qualitätsverlust führen. Es reicht nicht aus, wenn den Gemeinden empfohlen wird, sich zu Kreisen zusammenzuschliessen. Dies muss gesetzlich vorgeschrieben und innert Frist umgesetzt werden. Diesbezüglich sind wirksame Anreize für die Gemeinden seitens des Kantons notwendig.

Eher negativ, Tendenz Unterland zu hoch, Zusammenlegung=Verteuerung

Gemeinderat Göschenen

Falscher Zeitpunkt für eine Diskussion. Die Ergebnisse der Gemeindestrukturreform sind abzuwarten.

Gemeinderat Gurtellen

Die Bildung von Schulkreisen muss differenziert vorgenommen werden.

Gemeinde- und Schulrat Isenthal

Im **Oberstufenbereich** werden die Schulen bereits heute in Kreisen geführt. Eine weitere Zentralisierung der Oberstufe kann als unproblematisch beurteilt werden.

Auf Stufe **Primarschule und Kindergarten** kann die Kreisbildung nicht befürwortet werden.

Zur Erhaltung der Wohnattraktivität muss die Schule (Primarschule und Kindergarten) im Dorf erhalten bleiben.

Auf weite und gefährliche Schulwege muss Rücksicht genommen werden. Die geografischen Situationen müssen beachtet werden. Der Wohnqualität in den Randgemeinden für Familien muss auch im Zusammenhang mit den Schulumöglichkeiten Rechnung getragen werden.

Wenn sich keine anderen Lösungen anbieten und eine Zusammenlegung Sinn macht, könnten wir uns diesem Vorschlag anschliessen.

Gemeinde -und Schulrat Schattdorf

Wir befürworten im Grundsatz den Vorschlag, die Schulen zukünftig zu Kreisen zusammenzulegen, weil sich dadurch meistens „Win-Win-Situationen“ ergeben. Die Möglichkeit der Bildung von Schulkreisen besteht schon jetzt (z. B. Schulkreis Seedorf-Bauen, Schulkreis Urner Oberland). Anhand des Kostendruckes werden die Schulen gezwungen werden, sich zu Kreisen zusammenzuschliessen.

Gemeinderat Seedorf

Bei der Oberstufe (ORS) sehen wir kein Problem, wenn Schulkreise gebildet werden. Die Erfahrungen zwischen den Schulgemeinden Seelisberg und Emmetten sind positiv.

Gemeinderat Seelisberg

Kindergarten und die Primarschulen müssen im Dorf bleiben.

Eine Zusammenlegung der Schulen führt nur in einzelnen Gemeinden zu einer finanziellen Entlastung. Zudem bewirkt der Umstand, dass sich keine Schule mehr im Dorf befindet, dass die Attraktivität abnimmt (weniger Einwohner, weniger Steuereinnahmen, weniger engagierte Behördenmitglieder, keine Zukunftsperspektiven).

Gemeinderat Siskon

Verfrühter Zeitpunkt für eine Diskussion. Die Auswirkungen des Projekts „Swiss Alps Andermatt“ und die Entwicklung des Projekts „Gemeindestruktur-reform“ sind abzuwarten.

Gemeinderat
Wassen

Wir sind damit einverstanden.

Schulrat Altdorf

Die Bildung von Schulkreisen darf nicht vom Kanton aus verordnet werden.

Schulrat Bürglen

Eine solche Schulkreisbildung muss Hand in Hand mit einer möglichen Gemeindestrukturereform gehen, da die Zusammenführung von Schulen auch finanzielle Konsequenzen auf die Gemeinden hat.

Schulen könnten aber vermehrt bei gemeinsamen Interessen und Zielen zusammenarbeiten.

Ein politisch-finanzieller Entscheid. Aufgrund der sinkenden Schülerzahlen und den höheren Bildungskosten ist dieser Schritt mittelfristig unumgänglich. Erstfeld wäre offen, einer der Kreisschulorte zu sein.

Schulrat Erstfeld

Verschiedene Varianten müssen offen bleiben.

- Die Bildung von Schulkreisen kann, wie richtig bemerkt, je nach Entwicklung, durchaus Sinn machen. Wir können uns z. B. einen Lehreraustausch in bestimmten Fächern zwischen Kreisgemeinden gut vorstellen. Die Zusammenarbeit sollte aber nicht künstlich von aussen aufgestülpt werden. Der Schülerrückgang (als Hauptargument) betrifft nicht das ganze Kantonsgebiet!
- Die Zusammenarbeit soll organisch wachsen. Als erstes sind administrativ-organisatorische Synergien zu nutzen, zunehmend sollen die Schulen auch pädagogisch zusammenarbeiten.
- Bei Zusammenlegungen sollten nicht nur kurzfristige scheinbare Einsparungen geprüft werden. Rechtfertigt die Einsparung auch den täglichen Pendelstress der SchülerInnen? Verliert ein Dorf ohne OS nicht an Wohnattraktivität und Teil seiner Identität?
- Als Alternative bietet sich für kleinere Schulen mit dem altersgemischtem Oberstufenmodell Alterswilten eine moderne und kostengünstige Schulform an.
- Eine Einführung des Kurzzeitgymnasiums würde die Gemeindeschulen erheblich stärken.

Schulrat Flüelen

Nein, so lassen, Sparpotenzial fraglich, Zusammenarbeit wünschenswert.

Schulrat Hospental

Die Schulkreise schwächen kleine Schulen und hindern das Wachstum der kleinen Gemeinden. Wenn die Schülerzahlen weiter sinken, werden die Randgemeinden von selbst zusammenschliessen. Dies jedoch zu müssen, wäre

Schulrat Schulen
Schächental

zum jetzigen Zeitpunkt noch zu früh.

Gemeinderat Spiringen

Gemeinderat Unterschächen

Aus finanziellen, pädagogischen und sozialen Gründen ist es durchaus sinnvoll, Schulen zu Schulkreisen zusammen zu schliessen. Doch darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass die Schule so lange wie möglich im Dorf erhalten werden muss. Dies gilt besonders für Kindergartenkinder und jüngere Primarschüler. Kindergarten und Primarschule im Dorf kann ein wichtiges Argument für Neuzuzüger sein.

Schulrat Seelisberg

Auf der Orientierungsstufenebene bringen Kreislösungen viele Vorteile (u.a. grösseres Wahlfachangebot, vermehrte Sozialkontakte, zunehmende Selbständigkeit der Jugendlichen). Die Zusammenarbeit zwischen Seelisberg und Emmetten ist schon seit vielen Jahren erfolgreich.

Der SR Silenen ist gegen eine Einführung von Schulkreisen.

Schulrat Silenen
Gemeinderat Silenen

Zur Zeit steht in der Gemeinde Silenen kein Handlungsbedarf. Anhand den Schülerzahlen pendelt sich die Zahl zwischen 55 und 65 Schüler in den 3 OS ein. Dies ist eine vernünftige Grösse, um 3 Oberstufen mit je ca. 15 – 22 Schülern zu führen. Schwankungen können mit altersdurchmischten Klassen, wie bereits auf der PS, abgefangen werden.

Falls zu einem späteren Zeitpunkt Schulkreise gebildet werden, hat dies harmonisch mit der Gemeindestrukturereform zu erfolgen. Schulkreise sollen partnerschaftlich wachsen, auf freiwilliger Basis.

Die erwähnte Kosteneinsparung von 2,2 Mio. soll detailliert aufgezeigt werden. Ebenfalls gewünscht wird eine detaillierte Kostenanalyse des Untergymnasiums.

Eine Zusammenlegung der Schulen führt nur in einzelnen Gemeinden zu einer finanziellen Entlastung. Wenn die Schule nicht mehr im Dorf ist, hat dies bei einer Langzeitbetrachtung massive Konsequenzen auf die Attraktivität des Dorfes. Zudem bewirkt der Umstand, dass sich keine Schule mehr im Dorf befindet, dass die Attraktivität abnimmt (weniger Einwohner, weniger Steuereinnahmen, weniger engagierte Behördenmitglieder, keine Zukunftsperspektiven).

Schulrat Sisikon

1. Kleine Gemeinden „sterben“, wenn die Schulen nicht mehr vor Ort ist.
2. Es können keine neuen Kreise gebildet werden!
3. Idee ist nicht zu Ende gedacht. Neue Ausgaben sind nicht beziffert.
4. Kosteneinsparung ist nicht gewährleistet.

Kreisschulrat Urner Oberland

Die Bildung von Schulkreisen, wie sie in Abbildung 14 dargestellt ist, scheint

Kreisschulrat See-

uns Sinn zu machen.

Die Zusammenarbeit soll organisch wachsen. Als erstes sind administrativ-organisatorische Synergien zu nutzen, zunehmend sollen die Schulen auch pädagogisch zusammenarbeiten.

Zusammenlegungen von (Oberstufen-)Schulstandorten sollen sehr sorgfältig geprüft werden. Nebst finanziellen Überlegungen sollen auch sozioökonomische Aspekte berücksichtigt werden. Wenn ein Dorf seine Schule auslagert, verliert es einen Teil seiner Identität. Dezentrale Strukturen bilden gerade für die Jugendlichen mehr Orientierung, mehr Heimat.

Bei der Berechnung des Sparpotenzials durch Zusammenlegungen sind sämtliche Aspekte zu berücksichtigen (Transport, Verpflegung, schulische Infrastruktur, bauliche Massnahmen, u.a.). Ausserdem spielt die Wahl des Schulmodells eine entscheidende Rolle. Für kleine Oberstufenschulen bietet das altersgemischte Modell eine kostengünstige Option.

Die Einführung des Kurzzeitgymnasiums stärkt die Schulen vor Ort und unterstützt die Bildung von Schulkreisen mit breitem Bildungsangebot.

Die Möglichkeit der Bildung von Schulkreisen besteht schon jetzt (z. B. Urner Oberland, Seedor-Bauen). Mit der Schülerpauschale ist der Druck zur Zusammenarbeit gewaltig gestiegen. Von dort her besteht kein zusätzlicher Handlungsbedarf von Seiten des Kantons. Die jetzige Unterstützung bei der Bildung von Kreisprimarschulen ist ausreichend und hat sich bewährt. Gemeinden, die Wert auf eine eigene Schule legen, sollen keinesfalls gezwungen werden, diese aufzugeben.

Die möglichen Einsparungen sind trügerisch, sind doch keine Auswirkungen betreffend Attraktivität der Gemeinden (z. B. OS Flüelen) mit einbezogen.

Die Schülerzahlen geben dies vor. Die Regierung soll die Gemeinden mit Know-how und finanziellen Mitteln unterstützen, die willens sind, zusammenzuarbeiten.

Wir befürworten diese Optimierungsvorschläge.

Die minimalen Schülerzahlen müssen unter Berücksichtigung der geografischen sowie den bestehenden Infrastrukturen festgelegt werden.

Die geplanten Kosteneinsparungen erachten wir als sehr optimistisch.

Die Zusammenlegung muss aus der Situation entstehen und aus der Basis wachsen.

Grundsätzlich bevorzugen wir kleinere Schuleinheiten, weil sie mittel- und langfristig weniger soziale und disziplinarische Probleme mit sich bringen. Der höhere Kostenfaktor kleinerer Schuleinheiten im Vergleich zu grösseren Einheiten ein Messwert nebst andern. Er verleitet, die Dinge sehr kurzfristig anzuschauen (z.B. Einbezug von sozialen Problemen, auch längerfristig). Wir streben auch im Bildungswesen eine Vollkostenrechnung an.

dorf

Kreisprimarschulrat Seedorf-Bauen

CVP Uri

FDP.Die Liberalen Uri

Grüne Uri

Eine Kritik zum Bericht: Die Säulendiagramme auf S. 58 bis 60 beziehen sich lediglich auf ein Jahr. Dies ist wenig aussagekräftig, eigentlich unbrauchbar für eine finanzielle Diskussion.

Ja, aber nicht nur die Schulen, sondern die ganze Gemeindereform muss konsequent vorangetrieben werden. Die Bildung von Zentrumsschulen soll nicht der Abwanderung Vorschub leisten. Finanzielle Aspekte sollen hinter den Qualitätsaspekten stehen. Wir können uns gut auch Schulen mit zentraler Organisation und dezentralen Standorten vorstellen, ganz nach dem Motto „global denken – lokal handeln!“.

SP Uri

Es muss uns klar bewusst sein, dass die Schule als einer der Hauptpunkte in einem Dorf, nicht so einfach wegrationalisiert werden kann, ohne dabei den Lebensnerv in einem Dorf zu treffen. Für die SVP ist es wichtig, dass die Autonomie der einzelnen Gemeinden beibehalten werden kann. Trotzdem kann eine Einteilung in 6 Schulkreise für die Oberstufe durchaus Sinn machen. Für die Primarstufe allerdings sehen wir aus Gründen des Alters der Kinder und in Bezug auf die Schulwege davon ab.

SVP Uri

Mit einer Gemeindereform würde dieser Punkt wegfallen, wir plädieren für eine solche.

JUSUri

Meinung einer sehr kleinen Minderheit: Solange die Gemeindestrukturereform nicht öffentlich diskutiert wird, wollen wir die Schulgemeinden nicht zu Kreisen zusammenlegen. Es geht hier nur um die Quantität von Schülern (Einsparmöglichkeit) und nicht um Qualität.

LUR

Meinung einer Gemeinde: „Wenn man über Einsparungen sprechen will, dann muss man auch wieder über das UG reden. Mit der Aufhebung des UG kann man die SchülerInnen in den Gemeinden behalten und so die Klassengrößen erhöhen.“

Kleine Gemeinden stehen den Kreisen eher kritisch gegenüber, denn sie haben Angst, die Schulen in den Gemeinden zu verlieren und somit viel an Wohnqualität für Familien einzubüssen. Eine gut funktionierende Dorfschule mit genügender Kinderzahl, sollte weiterhin auf die Unterstützung des Kantons zählen können.

- Die Bildung von Schulkreisen, wie sie in Abbildung 14 dargestellt ist, scheint uns Sinn zu machen.
- Die Zusammenarbeit soll organisch wachsen. Als erstes sind administrativ-organisatorische Synergien zu nutzen, zunehmend sollen die Schulen auch pädagogisch zusammenarbeiten.
- Zusammenlegungen von (Oberstufen-)Schulstandorten sollen sehr sorgfältig geprüft werden. Nebst finanziellen Überlegungen sollen auch sozioökonomische Aspekte berücksichtigt werden. Wenn ein Dorf seine Schule auslagert, verliert es einen Teil seiner Identität. Dezentrale Strukturen bil-

VSL

den gerade für die Jugendlichen mehr Orientierung, mehr Heimat.

- Bei der Berechnung des Sparpotenzials durch Zusammenlegungen sind sämtliche Aspekte zu berücksichtigen (Transport, Verpflegung, schulische Infrastruktur, bauliche Massnahmen, u.a.). Ausserdem spielt die Wahl des Schulmodells eine entscheidende Rolle. Für kleine Oberstufenschulen bietet das altersgemischte Modell eine kostengünstige Option.
- Die Einführung des Kurzzeitgymnasiums stärkt die Schulen vor Ort und unterstützt die Bildung von Schulkreisen mit breitem Bildungsangebot.

S&E Uri ist der Meinung, dass dies aufgrund der künftigen Schülerzahlen im Kanton Uri Sinn macht. Es scheint jedoch wichtig, dass die Schulen weiterhin so lange wie möglich vor Ort besucht werden können. Die Leitung, resp. Verwaltung eines Schulkreises kann jedoch zentral vollzogen werden. Die Frage betr. Schulweg (evtl. Transport) muss in jedem Fall gut geklärt und sichergestellt sein.

S&E Uri

Ein Zusammenlegen ist absolut zwingend. Unter anderem resultiert daraus eine Horzonterweiterung für Schüler/innen aus kleinen Gemeinden.

MSR

Grundsätzlich begrüssen wir die Zusammenlegung von Schulen zu Kreisen. Insbesondere bei Oberstufenzentren könnten damit substanzielle Einsparungen, ohne Qualitätseinbussen, realisiert werden. Die Frage stellt sich, ob der freiwillige Weg genügend rasche und grosse Wirkung erzielt.

Finanzdirektion

Antworten von nicht Eingeladenen

Die Bildung von Schulkreisen macht im kleinen Kanton Uri Sinn. Auch ein Kurzzeitgymnasium würde diese Kreise stärken und unterstützen.

HPZ Uri

Kleine Gemeinden stehen den Kreisen eher kritisch gegenüber, denn sie haben Angst die Schulen in den Gemeinden zu verlieren und somit viel an Wohnqualität für Familien einzubüssen.

Sekundarstufe 1

4.24 Allgemeine Bemerkungen zum Handlungsfeld 8

Man befürchtet, dass bis zu diesem Punkt die Kosten bei der Volksschule 2016 eher erhöht, statt gesenkt werden.

Gemeinderat Andermatt

Schulrat Andermatt

Im Bericht wird von einem Einsparungspotenzial von 2,0 bis 2,2 Mio. Franken gesprochen. Auf der anderen Seite, so die Befürchtung, verlieren die Gemeinden, welche aufgrund der Kreislösung keine eigene Schule mehr haben, an Wohnattraktivität und an finanzieller Leistungskraft (Abwanderung).

Gemeinderat Bürglen

Die Gemeinden müssen im Bildungswesen zur Zusammenarbeit verpflichtet werden. Insbesondere müssen durch den Kanton die Bildung von Oberstufenzentren mit entsprechend genügend Schülerzahlen vorgeschrieben und durch die Gemeinden umgesetzt werden. Nur dadurch können die Kosten einigermaßen stabil gehalten werden.

Gemeinderat Flüelen

Die Schule im Dorf wird durch die Bevölkerung nach wie vor als ein elementarer Bestandteil gewertet. Mit dem Wegfall der Primarschule und des Kindergartens wird die Wohnqualität in den Randgemeinden (Fraktion), insbesondere für Familien abgewertet. Der weite und nicht immer ungefährliche Schulweg muss bei den weiteren Entscheidungen mitberücksichtigt werden.

Gemeinde- und Schulrat Isenthal

Fazit; Mit der Kreisbildung wird eine Kostensenkung zulasten der Standortattraktivität vollzogen.

Finanzschwache Gemeinden sollten vom Kanton zusätzlich finanziell unterstützt werden, damit diese Gemeinden selbständig die Primarschule führen können.

Gemeinderat Seelisberg

(statt die vielen im Bericht vorgeschlagenen Neuerungen einzuführen!)

Ergänzend hat der Gemeinderat Silenen zum Bericht Volksschule 2016, Handlungsfeld 8, Strukturen, folgende allgemeine Bemerkungen anzubringen:

Gemeinderat Silenen

Eine Einführung von Schulkreisen hätte die Aufhebung von mehreren Schulstandorten und damit verbunden mehrere leerstehende Schulhäuser zur Folge. Dem Gemeinderat Silenen ist es ein wichtiges Anliegen, dass die bestehende Infrastruktur bei der Platzierung allfälliger Nachfolgesituationen vorrangig behandelt wird (Standorte Tagesschulen). Falls die Infrastruktur trotzdem nicht mehr für schulische Zwecke genutzt werden kann, haben die kantonalen Behörden die Gemeinden bei der Umnutzung der Infrastruktur sowie allfälligen baulichen Massnahmen zu unterstützen.

Schliessungen (Zusammenlegungen) von Schulen machen die kleineren Dörfer unattraktiv und gefährden deren Existenzen.

Gemeinderat Sisikon

Schulrat Sisikon

Finanzielle Einsparungen von 2.0 bis 2.2 Mio. Franken stellen wir in Frage.

Schulrat Bürglen

- Die Kreisbildung soll Einsparungen von bis zu 2.2 Mio Franken bringen. Uns würde interessieren wie diese Kostensenkung im Detail aussieht.
- Im Bericht werden neue Strukturen angedacht und Kosten berechnet. Aber, wenn schon über kostensenkende Strukturen nachgedacht wird, müssten auch die des Untergymnasiums hinterfragt werden dürfen.

Schulrat Flüelen

Sparpotenzial fraglich. Kleine Gemeinden verlieren.

Schulrat Hospental

Wir sind für eine Kantonalisierung der Urner Schulen und bedauern es, dass diese Idee fallen gelassen wurde.

SP Uri
JUSOURi

Es wäre zu überlegen, ob in einem ersten Schritt die Oberstufen in Kreisen zusammen gelegt werden könnten. Die Kinder wären bereits älter und bezüglich Schulwege, Transport etc. sähen wir hier für die Oberstufenkinder keine Probleme. Nicht unwesentlich ist auch das Kostensenkungspotenzial. Hier sehen wir eine wesentliche Entlastung.

SVP Uri

Vorhergehend wurden wir mit der Frage konfrontiert, ob die maximale Zahl von Schülern pro Abteilung von 26 auf 24 gesenkt werden könnte. Die Abbildung 11 auf Seite 58 verdeutlicht einmal mehr die hohen Kosten pro Schüler. Auf der Oberstufe haben wir die vierthöchsten Kosten pro Schülerin in der Schweiz. U.a. wird dies damit begründet, dass im Kanton Uri im Schuljahr 2007/08 die Zahl der Schüler bei 16.4 (!) pro Abteilung lag. Der schweizerische Schnitt betrug hingegen 18.8 Schülerinnen. Wir fragen uns, wie weit hinunter wohl dieser Schnitt fallen würde, wenn man noch die maximale Schülerzahl pro Abteilung senken würde?

Ausserdem ist es beängstigend, wie die Bildungskosten geradezu explodieren. Wir sind der Meinung dass bei der Urner Schule noch vorhandenes Sparpotenzial vorhanden ist, dass ohne Qualitätsverlust genutzt werden muss. Deshalb erachten wir eine konsequente „Durchleuchtung“ der Handlungsfelder auf Sparpotenzial als eine Notwendigkeit und sinnvoll.

Für die kleinen Gemeinden sollte vielleicht einmal über eine Kantonalisierung der Schule nachgedacht werden. Sie sind nämlich in der heutigen Situation auch gefährdet, die Schule zu verlieren, weil sie nicht mehr finanziert werden kann. Die Schulen könnten dann pädagogisch immer noch autonom geführt werden, aber finanziell kann eine Chancengleichheit in den Gemeinden hergestellt werden.

LUR

In diesem Punkt geht der Vernehmlassungstext zu wenig weit. Es fehlt ein klarer Auftrag zur Strukturbereinigung.

MSR

Im Hinblick auf die Gemeindestrukturereform könnte die vorgeschlagene Regionalisierung der Volksschule wegweisend sein. Die aufgezeigten Einsparungspotentiale lassen sich aber nur realisieren, wenn die vorgeschlagenen Strukturverbesserungen auch initiiert werden. Die Frage wer dies wie tut (tun kann) und zu welchem Preis für wen, ist in diesem Zusammenhang zu klären bzw. die Rechtsgrundlage entsprechend zu schaffen.

Finanzdirektion

Antworten von nicht Eingeladenen

Für die kleinen Gemeinden sollte vielleicht einmal über eine Kantonalisierung

Sekundarstufe 1

der Schule nachgedacht werden. Sie sind nämlich in der heutigen Situation auch gefährdet die Schule zu verlieren, weil sie nicht mehr finanziert werden können. Die Schulen könnten dann pädagogisch immer noch autonom geführt werden, aber finanziell kann eine Chancengleichheit in den Gemeinden hergestellt werden.

Handlungsfeld 9: Steuerung

4.25 Wie stellen Sie sich zum Vorschlag, dass der Regierungsrat zukünftig für die strategische Führung im Bildungswesen verantwortlich sein soll und anstelle des Erziehungsrates ein beratender Bildungsrat eingeführt wird?

Wir sind für die vorgeschlagene Lösung / Der Vorschlag ist sinnvoll und wird unterstützt / Ja. / Wir begrüßen diesen Vorschlag

Gemeinderat Altdorf

Gemeinderat Andermatt

Gemeinderat Erstfeld

Gemeinderat Flüelen

Gemeinderat Gurtellen

Gemeinde- und Schulrat Schattdorf

Gemeinderat Spiringen

Gemeinderat Seelisberg

Gemeinderat Unterschächen

Schulrat Andermatt

Schulrat Hospental

Schulrat Schulen Schächental

Kreisschulrat Seedorf

Wir befürworten, dass der Regierungsrat die Verantwortung für die strategische Führung hat, da er schliesslich die politische Verantwortung trägt.

Gemeinderat Attinghausen

Nicht einverstanden sind wir mit der Hierarchie des Diagramms. Die BKD darf nicht über den Ämtern und den Schulräten und Schulkommissionen stehen, vielmehr verstehen wir diese als Dienstleister der Schulen und als Administration des Regierungsrates (wie dies auch in anderen Innerschweizer Kantonen der Fall ist). Sie muss ausserhalb der Hierarchie aufgeführt werden, in der

Schulrat Attinghausen

vorgeschlagenen Darstellung hat sie zu viel Macht und Einfluss.

Eine Bildungskommission ohne Kompetenzen muss als Leerlauf gewertet werden. Sie müsste mit Steuerungs-, Veto- und Finanzkompetenzen ausgestattet werden und dem jeweiligen Amt zugeordnet sein. Nicht definiert wird im Bericht, wer in dieser Kommission Einsitz nehmen wird.

Wir vermissen im vorgeschlagenen Diagramm die Mitbestimmung der Schulgemeinden. Es sind ja auch diese, die zur aktiven Zusammenarbeit aufgefordert werden und sparsam mit den Finanzen umgehen sollen.

Zusammenfassend kann folgendes festgehalten werden: JA zur strategischen Führung des Regierungsrates, NEIN zum Diagramm. Die Kompetenzen der verschiedenen Player und die zukünftige Mitbestimmung der Gemeinden müssen diskutiert werden.

Der vorgeschlagene Bildungsrat hat nur eine beratende Funktion und somit keine Entscheidungskompetenzen. Strategische Führung liegt allein beim RR bzw. bei der Verwaltung. Deshalb ist dieser Vorschlag abzulehnen, zumal mit der Verlagerung der strategischen Führung auf den Kanton die Kompetenzen des Schulrates im Bereich "Strategie" stark beschnitten werden.

Gemeinderat
Bürglen

Erziehungsrat, so belassen.

Gemeinderat Göschenen
Schulrat Altdorf

Mit dem Wegfall des Erziehungsrates werden die Entscheidungskompetenzen neu verteilt. Der Bildungskommission kommt lediglich beratende Funktion zu. Die Kosteneinsparung wird sich in Grenzen halten. Die Politik wird im strategischen Bereich gestärkt.

Gemeinde- und
Schulrat Isenthal

Die strategische Führung des gesamten Bildungsbereiches sollte von einem Gremium (nicht wie bisher von mehreren) wahrgenommen werden. Wir befürworten, dass der Regierungsrat neu für den gesamten Bildungsbereich die strategische Führung übernimmt und die Einführung einer Bildungskommission mit beratender Funktion, sofern auch dem Bildungsrat die Kompetenz zugesprochen wird, über die Beratungsfunktion hinaus, tätig zu sein.

Gemeinderat Seedorf

Wenn dadurch Kosten eingespart werden, warum nicht.

Gemeinderat Siskon

Ablehnend – wird nicht unterstützt.

Gemeinderat
Wassen

Wir sagen JA zur strategischen Führung des Regierungsrats, jedoch NEIN zum vorgeschlagenen Diagramm.

Schulrat Bürglen

Die Kompetenzen der verschiedenen Beteiligten und die zukünftige Mitbe-

stimmung der Gemeinden/Schulräte müssen diskutiert werden.

Eine Bildungskommission ohne Kompetenzen macht für uns keinen Sinn, auch vermissen wir einen Vorschlag, wer in diesem Gremium Einsitz nehmen soll.

JA zur strategischen Führung des Regierungsrates, NEIN zum Diagramm. Die Kompetenzen der verschiedenen Beteiligten und die zukünftige Mitbestimmung der Gemeinden müssen diskutiert werden.

Schulrat Erstfeld

- Eine Straffung der Strukturen finden wir sinnvoll.
- Eine Übertragung der Führung an den Regierungsrat birgt die Gefahr, dass die Schule vermehrt politischen Schwankungen unterliegt.
- Ein Bildungsrat müsste deshalb Kontinuität gewährleisten für eine pädagogische Ausrichtung der Schule und deshalb auch genügend Kompetenzen haben.
- **JA zur strategischen Führung des RR, NEIN zum Diagramm. Die Kompetenzen der verschiedenen Beteiligten und die zukünftige Mitbestimmung der Gemeinden müssen diskutiert werden.**

Schulrat Flüelen

Grundsätzlich erachtet der SR SB eine Neuorganisation und Straffung der strategischen Führung des Bildungswesens im Kanton Uri als wichtig. Neben mehr Klarheit soll dies aber auch finanzielle Einsparungen bewirken.

Schulrat Seelisberg

Die Zusammensetzung des Erziehungsrates, der Weg in dieses Gremium und die genauen Aufgaben und Kompetenzen waren bisher recht unklar. Auch der antiquierte Name «Erziehungsrat» deutet auf ein veraltetes Gremium hin.

Wichtig für den SR SB ist, dass die Organisation tatsächlich übersichtlicher wird und nicht, dass für «alt-Erziehungsräte» irgendwo im System neue Stellen geschaffen werden.

Wir befürworten, dass der RR die Verantwortung für die strategische Führung hat, da er schliesslich die politische Verantwortung trägt.

Schulrat Silenen
Gemeinderat Silenen

Nicht einverstanden sind wir mit der Hierarchie des Diagramms. Die BKD darf nicht über den Ämtern und den Schulräten und Schulkommissionen stehen, vielmehr verstehen wir diese als Dienstleister der Schulen und als Administration des RR (wie dies auch in anderen Innerschweizerkantonen der Fall ist). Sie muss ausserhalb der Hierarchie aufgeführt werden, in der vorgeschlagenen Darstellung hat sie zuviel Macht und Einfluss.

Eine Bildungskommission ohne Kompetenzen macht für uns keinen Sinn. Sie müsste mit Steuerungs- und Vetokompetenzen ausgestattet werden und dem jeweiligen Amt zugeordnet sein. Nicht definiert wird im Bericht, wer in dieser Kommission Einsitz nehmen wird.

Wir meinen, dass der SR, z.B. Vertreter der SR-Plattform (entstanden aus Eigeninitiative des SR) zukünftig vermehrt Einfluss haben soll und in ein solches Gremium gehört. Die Teilautonomie der Gemeinde- und Kreisschulen berechtigt bestimmt diese Forderung.

Wir vermissen im vorgeschlagenen Diagramm die Mitbestimmung der Schulgemeinden. Es sind ja auch diese, die zur aktiven Zusammenarbeit aufgefordert werden und sparsam mit den Finanzen umgehen sollen.

Zusammenfassend die Antwort zur Frage 25:

JA zur strategischen Führung des RR, NEIN zum Diagramm. Die Kompetenzen der verschiedenen Player und die zukünftige Mitbestimmung der Gemeinden müssen diskutiert werden.

JA zur strategischen Führung des Regierungsrat, NEIN zum Diagramm. Die Kompetenzen der verschiedenen Player und die zukünftige Mitbestimmung der Gemeinden müssen diskutiert werden.

Schulrat Sisikon

Ja, zur strategischen Führung des Regierungsrates, nein zum Diagramm. Die Kompetenzen müssen diskutiert werden.

Kreisschulrat Urner Oberland

Grundsätzlich positiv, die Auswirkungen sollen jedoch vor einem allfälligen Wechsel detailliert untersucht werden.

Kreisprimarschulrat Seedorf-Bauen

Aus unserer Sicht soll der Erziehungsrat weiterhin bestehen bleiben. Wir sehen beim vorgeschlagenen Entwurf Schwierigkeiten, dass der gesamte Regierungsrat für die strategische Führung im Bildungswesen verantwortlich sein soll. Der Regierungsrat hat weiterhin eine andere Funktion. Es ist zwingend nötig, die Aufgaben des Erziehungsrates wieder einmal zu durchleuchten und allenfalls auch neu zu definieren!!

CVP Uri

Wir bevorzugen das aktuelle System mit Erziehungsrat und Bildungsdirektor. Wir lehnen einen beratenden Bildungsrat ohne Kompetenzen ab.

FDP.Die Liberalen Uri

Der Regierungsrat hat noch genügend Einflussmöglichkeiten übers Budget und das Legislaturprogramm.

Das vorgeschlagene Modell beinhaltet in der Steuerung Vereinfachung und Überblickbarkeit. Zwei Bedingungen müssen erfüllt sein, damit es für uns ganz stimmt:

Grüne Uri

1. Die Bildungskommission muss sorgfältig zusammengesetzt sein (Bildungsfachleute, Laien, Vertretungen aus kleinen und grossen Gemeinden, SL, S&E, evtl. ausserkantonale Beraterinnen und Berater)
2. Es muss das ganze Organigramm umgesetzt werden, d.h. der Mittelschulrat muss auch aufgelöst werden.

Eine gute Durchmischung von Fachleuten und erfahrenen PraktikerInnen, mit genügend politischer Abstützung vorausgesetzt, können wir uns diese Änderung vorstellen. Die Bildungskommission soll unbedingt für die Volksschule, für die Mittelschule und die Berufsschulen zuständig sein.

SP Uri

Die SVP steht voll hinter der Streichung des Erziehungsrats. Konsequenterweise sind wir auch gegen einen überflüssigen Bildungsrat, da auch andere Direktion über keine derartigen Gremien verfügen. Die Zuständigkeiten sind beim Regierungsrat am richtigen Ort angesiedelt. Der Regierungsrat verfügt über eine grosse demokratische Legitimation; insbesondere für Entscheide mit grosser politischer Tragweite. Er ist die ideale Behörde, welcher die Kompetenzen hat und die Verantwortung dafür übernehmen kann. Daraus erwachsen schlanke und effiziente Strukturen.

SVP Uri

Es besteht die Gefahr von einer zu starken Macht beim Regierungsrat in Bildungsfragen. Wir sind dafür, den Erziehungsrat bei zu behalten.

JUSUri

Wir sind damit einverstanden. Im Bericht ist jedoch die Nomenklatur nicht konsequent durchgezogen. Einmal spricht man von der Bildungskommission (S. 7) und in der Frage kommt der Name Bildungsrat vor. Wir sind der Meinung, dass es eine Bildungskommission sein muss, welche aber vielfältige Interessen abdeckt. (Eltern, Lehrpersonen, Schulleitungen, Schulräte, Landräte etc.) Wahlbehörde ist der Regierungsrat. Es braucht ein Gremium, das Zeit in die Erarbeitung von Bildungsfragen investiert und Entscheidungen gut vorbereitet. Dem Regierungsrat allein wird sicherlich die Zeit dazu fehlen.

LUR

Eine kleine Minderheit ist dagegen.

Wir können uns die Bildung eines beratenden Bildungsrats gut vorstellen, so dass der RR die strategische Führung übernimmt. Wichtig ist die Zusammensetzung des Rats. Aus unserer Sicht müssten die politischen Parteien sowie Fachpersonen aus dem Bildungsbereich (Schulleitungen, wissenschaftliche Mitarbeiter) unbedingt vertreten sein. Die Neuzuteilung der Verantwortlichkeiten muss sorgfältig (Regierungsrat – Amt für Volksschulen) muss klar geregelt werden.

VSL

S&E Uri begrüsst diesen Vorschlag und beantragt, einen Sitz in diesem beratenden Bildungsrat (Bildungskommission) inne zu haben. Es ist nach Ansicht von S&E wichtig, dass in der Bildungskommission auch die Elternschaft vertreten ist.

S&E Uri

Der MSR begrüsst diesen Systemwechsel nicht. Er bedeutet eine Rückkehr zum Zentralismus, indem er die Verwaltung auf Kosten der Schulen stärkt, ohne einen Beweis anzutreten, weshalb dieses System besser sein sollte. Diese Reform macht die Schule vor Ort träger, weil sie keine Verantwortung übernehmen muss.

MSR

Macht es wirklich Sinn, wenn der Regierungsrat über Lehrpläne, Lehrmittel, Lehrpersonenentschädigungen etc. entscheiden soll? Braucht der Kanton 7 Erziehungsdirektoren?

Sinnvoller wäre es, die Schulen mit einem Leistungsauftrag mit Globalbudget

auszustatten.

Der MSR ist grundsätzlich gegen die Abschaffung des Erziehungsrates, weil beratende Gremien ohne Kompetenzen (wie die neu zu bildende Bildungskommission) ein vermindertes Engagement der Mitglieder mit sich bringen. Die Akzeptanz dieser Kommission wird sehr klein sein.

Die Verantwortung für die strategische Führung im Bildungswesen dem Regierungsrat zuzuweisen, erachten wir als sinnvoll. Es ist wichtig, dass der Kanton die Qualität und die Vergleichbarkeit des Bildungsangebotes in den einzelnen Schulen und die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen überprüfen kann. Die Aufgaben- und Ausgabenverantwortung ist zur Übereinstimmung zu bringen (fiskalische Äquivalenz).

Die Abschaffung des Erziehungsrates in der heutigen Form erachten wir ebenfalls als zweckmässig. Die Bildungskommission als beratendes Organ des Regierungsrates und der Bildungs- und Kulturdirektion ist ausreichend.

Finanzdirektion

Antworten von nicht Eingeladenen

Wir können uns diese neue Form gut vorstellen.

HPZ Uri

Wir sind dagegen, dass ein Bildungsrat ohne Kompetenzen eingeführt wird. Es braucht aber ein Gremium, das Zeit in die Erarbeitung von Bildungsfragen investiert und Entscheidungen gut vorbereitet. Dem Regierungsrat wird sicherlich die Zeit dazu fehlen.

Sekundarstufe 1

4.26 Welche Meinung haben Sie zur Übertragung von Kompetenzen vom Schulrat auf die Schulleitungen?

Grundsätzlich einverstanden. Jedoch erachten wir die Verschiebung der Kompetenzen bei der Anstellung der Lehrpersonen von der Exekutive auf die Verwaltungsebene als problematisch und falsch. Wir sprechen uns klar für eine Beibehaltung dieser Kompetenz bei der zuständigen Behörde aus.

Gemeinderat Altdorf

Im Prinzip ja, ausser bei der „Wahl (und Entlastung) Lehrpersonen“.

Gemeinderat Andermatt

Schulrat Andermatt

Mit der Einführung der Schulleitungen konnte die Schulführung in einen strategischen (Schulräte) und einen operativen (Schulleitungen) Bereich unterteilt werden. Dementsprechend macht es Sinn, auch im Schulgesetz und in der Schulverordnung eine entsprechende Anpassung der Aufgaben- und Kompetenzzuteilungen vorzunehmen.

Gemeinderat Attinghausen

Schulrat Attinghausen

Die entsprechende Tabelle 18 im Bericht kann als Diskussionsbasis dienen,

bedarf aber einer separaten, ausführlichen Diskussion.

Konkret müssten darin aus Sicht der Primarschule Attinghausen zwei Punkte korrigiert werden.

1. Die Anstellung und Entlassung der Lehrpersonen hat durch die Schulräte zu erfolgen, den Schulleitungen ist allenfalls ein Vorschlagsrecht einzubehalten.
2. Die Beurlaubung von Schülerinnen und Schülern von mehr als sechs Halbtagen gehört in die Kompetenz der Schulleitungen und nicht der Schulräte.

Der Gemeinderat/Schulrat Attinghausen erachtet nach der Einführung der Schulleitungen eine Neuordnung der Kompetenzen als sinnvoll.

Gewisse Kompetenzübertragungen sind sachgerecht. Allerdings sollen bspw. für die Wahl (und Entlassung) oder die Aufsicht über die Amtsführung der Lehrpersonen weiterhin die einzelnen Schulräte zuständig sein.

Gemeinderat
Bürglen

Nein, da die Politik komplett ausgeschlossen wird.

Gemeinderat Erst-
feld

Die Tabelle 18 im Bericht zeigt die heutige Zuständigkeit und die vorgeschlagene Übertragung von Kompetenzen vom Schulrat auf die Schulleitungen. Teilweise machen Übertragungen Sinn. Bei diversen Aufgaben ist jedoch eine zwingende Zuständigkeit der politischen Behörde zwingend notwendig.

Gemeinderat Flüe-
len

Mit folgenden der vorgeschlagenen Übertragungen vom Schulrat an die Schulleitung ist der Gemeinderat nicht einverstanden.

- Wahl (und Entlassung) Lehrpersonen
- Aufsicht über Amtsführung der Lehrpersonen
- Bewilligung Förderunterricht
- Bewilligung Begabtenförderung
- Anordnung von Disziplinarmaßnahmen (Verweis)

Die übrigen vorgeschlagenen künftigen Zuständigkeiten werden unterstützt.

Ja.

Gemeinderat Gö-
schenen
Gemeinderat Gurt-
nellen

Es gibt Bereiche, mit denen der meist aus Laien bestehende Schulrat überfordert ist. Diese sollen der Schulleitung zugeteilt werden. Zu beachten ist, dass dabei der Umfang der Aufgabenteilung das Schulleitungspensum nicht sprengt. Kosten!!

Gemeinde- und
Schulrat Isenthal

Nach unserer Ansicht können folgende Bereiche beim Schulrat belassen werden:

- Informationspflicht gegenüber Eltern
- Bewilligung Förderunterricht und Begabtenförderung
- Wahl und Entlassung der Lehrpersonen (Beratung durch die Schulleitung)

Grundsätzlich sind wir mit der Übertragung von weiteren Kompetenzen vom Schulrat auf die Schulleitung einverstanden. Die Einzelheiten müssen aber noch genauer überprüft und festgelegt werden.

Gemeinde- und Schulrat Schattdorf

Grundsätzlich ja. **Die Wahl und allfällige Entlassung von Lehrpersonen muss aber unbedingt in der Kompetenz der Schulräte bleiben**, da dies von entscheidender strategischer Bedeutung für eine Schule ist. Im weiteren wird davon ausgegangen, dass die Uebertragung kostenneutral erfolgt.

Gemeinderat Seedorf

Bei den anderen Punkten sind wir mit der Übertragung der Kompetenzen einverstanden.

Wir sind der Meinung, die Schulleitung soll leiten, der Schulrat soll Entscheidungen treffen. Dies vor allem was Personalfragen oder Finanzkompetenzen angeht. Die Schulleitung stellt Antrag an den Schulrat, dieser soll entscheiden. Deshalb müssten einige Punkte der Tabelle 18 angepasst werden. Für uns hat der Schulrat aufgrund dieser Tabelle zu wenig Kompetenzen.

Gemeinderat Seelisberg

Die Kompetenzübertragungen sollten den Gemeinden respektiv den Schulbehörden überlassen sein und nicht vom Kanton vorgeschrieben werden.

Gemeinderat Sisikon
Schulrat Sisikon

Ablehnend – wird nicht unterstützt.

Gemeinderat Wassen

Für die Wahl und Entlassung von Lehrpersonen muss weiterhin der Schulrat zuständig sein. Im Übrigen sind wir im Wesentlichen mit den im Bericht aufgeführten Vorschlägen (Tabelle 18) einverstanden. Ausnahme: Für die Beurlaubung von Schüler/innen von mehr als sechs Schulhalbtagen soll die Schulleitung zuständig sein.

Schulrat Altdorf

Im Kompetenzbereich des Schulrats sollen bleiben:

- Wahl und Entlassung der Lehrpersonen
- Aufsicht über die Amtsführung
- Informationspflicht gegenüber den Eltern
- Konferenz mit Lehrpersonen

Schulrat Bürglen

Die Beurlaubung von mehr als 6 Halbtagen gehört in den Kompetenzbereich der Schulleitung.

Generell müsste man die Rolle des Schulrats überdenken. Strategisch führt, nach unserer Auffassung, jetzt schon der Kanton und nicht der Schulrat. Mit den neuen Kompetenzen für die Schulleitung müsste das Pensum der Schulleitung (schon wieder) erhöht werden, was zu monatlicher Mehrbelastung führt.

Schulrat Erstfeld

- Viele der erwähnten Kompetenzen werden im Alltag heute schon von den Schulleitungen wahrgenommen. Wir sind für eine Bereinigung des Aufgabenkatalogs.
- Die Wahl von Lehrpersonen sollte weiterhin von der Schulleitung vorbereitet und vom Schulrat vollzogen werden.

Schulrat Flüelen

Ja, ausser die Wahl/Entlassung der Lehrpersonen.

Schulrat Hospental

Da der SL die Operative Führung der Schule hat, sollten ihm auch entsprechende Kompetenzen übertragen werden.

Schulrat Schulen
Schächental

Gemeinderat Spi-
ringen

Gemeinderat Un-
terschächen

Die Einführung einer professionellen Schulleitung bringt für den Schulrat - einer Laienbehörde - gravierende Änderungen mit sich. Die Aufgaben im Rat werden künftig weniger attraktiv, da die Nähe zum Schulalltag fehlt. Die Aufteilung der Kompetenzen und Pflichten muss sorgfältig angegangen und schriftlich formuliert werden. Unklarheiten zwischen strategischer und operativer Führung werden nie ganz ausgeräumt werden können.

Schulrat Seelis-
berg

Auch beim Thema Schulleitung sieht der SR SB Unterschiede zwischen einer kleinen und einer grossen Schule.

Der Schulleiter einer kleinen Gemeinde verfügt über ein knappes Pensum, ist oft zusätzlich als Lehrperson tätig. Dies kann zu Rollenkonflikten und mangelnder Akzeptanz als Vorgesetzter führen.

Ein kleines Lehrerkollegium läuft auch Gefahr, sich in einem engen Raum zu bewegen und die Aussensicht zu verlieren.

Eine breit abgestützte Meinungsbildung ist für eine kleine Schule besonders wichtig. Auch dies ist ein Aspekt der Qualitätssicherung.

Eine weitere Gefahr sieht der SR SB darin, wenn der finanzgebende Schulrat kaum mehr Entscheidungskompetenzen haben soll. So sind wir klar dagegen, dass neu nicht mehr der Schulrat sondern nur noch der Schulleiter neue Lehrkräfte anstellen und entlassen soll. Ebenso verhält es sich mit der Bewilligung von Förderunterricht. Da Lehrpersonen hin und wieder dazu neigen, sich penemässig begünstigen zu wollen oder schwachen Schülern überproportional fördern möchten, soll auch in Zukunft der Schulrat für finanzrelevante Ent-

scheidungen zuständig sein.

Das System Schulleitung ist unserer Meinung nach für eine kleine Gemeinde noch nicht ganz zu Ende gedacht.

Der SR Silenen steht einer Übertragung von Kompetenzen an die Schulleitung grundsätzlich positiv gegenüber. Trotzdem gilt es, sehr sorgfältig abzuwägen, welche Kompetenzen übertragen werden!

Bei einzelnen Punkten können Kompetenzen an die SL übertragen werden, bei anderen Punkten ist der SR Silenen klar der Meinung, dass die Kompetenzen beim SR bleiben müssen..

Der SR Silenen gibt zu bedenken, dass, falls alle vorgeschlagenen Kompetenzen an die SL übertragen werden, es für den SR schwierig wird, sich mit der Schule zu identifizieren und die ihm aufgetragenen Aufgaben zu erfüllen.

Falls zu viele Kompetenzen der SL übertragen werden, wird die Schule zu lehrerlastig und die Interessen der Bevölkerung könnten unter Umständen weniger wahrgenommen werden.

Falls weitere Aufgaben der SL übertragen werden, wie sieht das Pensum aus? Werden erneut Kosten generiert?

Welche Pflichten wird die Übernahme von Kompetenzen durch die SL mit sich bringen, was sind die Konsequenzen?

Unserer Ansicht braucht es ein Zusammenspiel zwischen SR und SL.

Die Anpassungen sind gut und richtig. Das Meiste ist heute schon umgesetzt.

Im Sinne einer Stärkung der Funktion des Schulleiters begrüßen wir diese Änderungen.

Die Übertragung der Kompetenzen ist mit der Einführung der Schulleitungen bereits weit fortgeschritten und ist eine logische Folge. **Die Wahl und allfällige Entlassung von Lehrpersonen muss aber unbedingt in der Kompetenz der Schulräte bleiben**, da diese von entscheidender strategischer Bedeutung für eine Schule ist. Selbstverständlich können die Schulleitungen Vorschläge und Empfehlungen machen, aber entscheiden soll bei dieser wichtigen Angelegenheit der Schulrat. Beim wichtigen Punkt der Stundenpläne soll der Schulrat mindestens bei kleineren Schulen die Möglichkeit haben, diese zu bewilligen oder abzulehnen.

Bei den anderen Punkten sind wir mit der Übertragung der Kompetenzen einverstanden.

Die Führungsaufgaben haben sich geändert. Wir sind mit der Aufteilung der Kompetenzen mit einer Ausnahme einverstanden:

Wahl (und Entlassung) Lehrpersonen soll in der Kompetenz des Schulrates

Schulrat Silenen
Gemeinderat Silenen

Kreisschulrat Urner Oberland

Kreisschulrat Seedorf

Kreisprimarschulrat Seedorf-Bauen

CVP Uri

bleiben.

Grundsätzlich sind wir einverstanden.

Die FDP will im Gegensatz zur aufgeführten Tabelle die Wahl und Entlassung der Lehrpersonen beim Schulrat belassen!

Die Beurlaubung von Schülerinnen und Schülern von mehr als sechs Schulhalbtagen sollte neu die Schulleitung entscheiden!

Es macht Sinn, in einer professionell geleiteten Schule den operativen und strategischen Bereich zu trennen. Die vorgeschlagenen Kompetenzübertragungen gehören in den Bereich der Schulleitung. Die Führung wird einfacher und vermindert Konfliktpotenzial.

Die Wahl und die Entlassung von Lehrpersonen sollen weiterhin beim Schulrat auf Vorschlag der Schulleitung bleiben (JUSOURI: In enger Zusammenarbeit mit der Schulleitung..

Für uns ist nicht nachvollziehbar, warum immer mehr Aufgaben vom Schulrat zur Schulleitung wechseln sollen. Der Schulrat ist die demokratisch gewählte Behörde und trägt die Verantwortung der Schulgemeinde. Den Schulleitungen soll jede pädagogische Aufsicht, sowie das Einwirkungsrecht auf die Unterrichtserteilung eingeschränkt werden. Die Aufgabe der Schulleitung, soll nach unserer Meinung, ausschliesslich administrativer und organisatorischer Art sein. Darum sehen wir einen Wechsel der Kompetenzen von Schulrat zur Schulleitung nicht ein.

Die Wahl und folgerichtig auch die Entlassung von Lehrpersonen soll von der Schulleitung beantragt, nicht aber von ihr getätigt werden. Wahlen und Entlassungen sind weiterhin Sache des Schulrates. Wir finden es absolut notwendig, dass die Schulräte bei der Anstellung und Entlassung von Lehrpersonen mitentscheiden. Ansonsten getrauen sich die Lehrpersonen gegenüber gewissen Leitungen noch weniger als heute klare Stellung zu beziehen.

Die Konferenz mit den Lehrpersonen müsste zweiteilig sein: a) ein Teil geleitet von der Schulleitung, b) ein zweiter Teil als Plattform nur für die Lehrpersonen und von einer zu bestimmenden Lehrperson geleitet. Diese Aufgabe ist als Auftragseinheit zu definieren, analog der Vorstellung „Elternforen“, welche ja auch mit Fr. 30' 000.-- bis 40'000.— pro Jahr (Seite 69) vorgesehen ist.

Eine kleine Minderheit ist mit dem Vorschlag des Berichtes einverstanden. Sie möchte keine zweiteilige Lehrpersonenkonferenz.

- Aussagen über finanzielle Kompetenzen (Globalbudget/Leistungsaufträge) fehlen!
- Für die Bearbeitung „Kompetenzenregelung schlagen wir eine Einsetzung einer Arbeitsgruppe (Schulräte, Schulleitungen) vor.

FDP.Die Liberalen
Uri

Grüne Uri

SP Uri
JUSOURI

SVP Uri

LUR

VSL

- Frage prüfen: Verfügungen durch Schulleitungen (Disziplinarische Fälle, Integrative Förderung (angepasste Lernziele)
- Kostenbeiträge für die Implementierung der Qualitätskonzepte und Schulprogramme – erhöhter Bedarf an schulinternen Weiterbildungen!

Grundsätzlich begrüsst S&E Uri eine Übertragung der Kompetenzen vom Schulrat an die Schulleitung. Diese müssen jedoch sehr klar geregelt sein und der Schulrat sollte regelmässig von der Schulleitung entsprechend informiert werden.

S&E Uri

Folgende Punkte möchte der MSR hervorheben:

MSR

- Der MSR ist gegen die Verschiebung der Kompetenz der Wahl und Entlassung von Lehrpersonen vom Schulrat hin zu den Schulleitungen, weil er die Kompetenz der Schulräte nicht in Frage stellt.
- Die Information muss verantwortungsbezogen gemacht werden. Die Informationspflicht gegenüber den Eltern sollte aufgeteilt werden: Informationen über strategische Belange sind Aufgabe des Schulrates, Informationen über den operativen Bereich sind Aufgabe der Schulleitung.

Die strategische Führung der Schulen und die Hauptverantwortung sollen auch künftig auf Ebene der Gemeinde (Schulrat bzw. Kreisschulrat) bleiben. Hingegen finden wir es richtig, wenn die Kompetenzen der Schulleitungen den Aufgaben angepasst werden.

Finanzdirektion

Antworten von nicht Eingeladenen

Grundsätzlich sollen die Schulleitungen mehr Kompetenzen erhalten. Am HPZ Uri funktioniert dies seit Jahren.

HPZ Uri

Die Steuerung des Gymnasiums unter das Amt für Berufsbildung und Mittelschulen stimmt nur dann, wenn das Untergymnasium aufgelöst wird. Das Untergymnasium gehört zur Volksschule.

Einverstanden mit der Meinung des LUR:

Sekundarstufe 1

4.27 Allgemeine Bemerkungen zu Handlungsfeld 9

Der Gemeinderat Altdorf ist der Meinung, dass die Reorganisation des Schulwesens nicht nur auf Kantonebene stattfinden sollte. Durch die Einführung von Schul- und Schulhausleitungen drängt sich diesbezüglich auch eine Überprüfung der geltenden Organisation auf Gemeindeebene auf. Anstelle des Schulrates erscheint hier die Schaffung einer Bildungskommission als logische Schlussfolgerung.

Gemeinderat Altdorf

Ein Langzeitgymnasium sollte neu überdenkt werden.

Gemeinderat Andermatt

Schulrat Andermatt

Wie schon erwähnt erachtet es der Gemeinderat als zwingend notwendig, dass der Kanton die Zusammenarbeit der Gemeinden bei der Volksschule vorschreibt und dafür besorgt ist, dass die Umsetzung innert nützlicher Frist vorgenommen wird. Dies bei der Bildung von Schulkreisen und insbesondere bei Oberstufenzentren mit vorgeschriebenen Mindestschülerzahlen. Der Kanton hat eine möglichst schnelle Umsetzung mittels wirksamen Anreizen für die Gemeinden zu unterstützen.

Gemeinderat Flüelen

In der Tabelle 18 müssten einige Punkte angepasst werden. Für uns hat der Schulrat aufgrund dieser Tabelle zu wenig Kompetenzen.

Gemeinderat Seelisberg

Das Bildungswesen soll nicht alleine den Fachkräften Bildung vorbehalten sein. Die Möglichkeit, dass sich die Vertreter aus dem Volk in das Bildungswesen und deren Entwicklung einbringen können, muss zwingend gegeben sein.

Gemeinderat Wassen

Im Organigramm der zukünftigen Organisation der strategischen Führung des Bildungswesens (Seite 63, Abbildung 17) sind politische Ebenen und Verwaltungsebenen vermischt, was wir als falsch erachten.

Schulrat Altdorf

Wir sehen keine Kosteneinsparung.

Schulrat Hospental

Die Kompetenzen SR/SL müssen separat unabhängig von diesem Bericht diskutiert werden.

Schulrat Silenen
Gemeinderat Silenen

Der SR Silenen ist der Meinung, dass die Übertragung von Kompetenzen, je nach Schulgemeinde, individuell geregelt werden muss. Ein „Grobraster“ als Empfehlung, welche Kompetenzen eine SL idealerweise haben sollte, ist sehr zu begrüßen. Jedoch macht eine generelle **detaillierte** Regelung unserer Meinung nach wenig Sinn. Die Feinabstimmung sollte vor Ort auf Gemeindebasis erfolgen. Je nach Pensum und Person der SL, können die Kompetenzen sehr differenziert ausfallen.

Siehe Antwort Frage 26: *Die Kompetenzübertragungen sollten den Gemeinden respektiv den Schulbehörden überlassen sein und nicht vom Kanton vorgeschrieben werden.*

Schulrat Sisikon

Die externe Evaluation darf nicht zum Vergleichen unter den Gemeinden führen, es dürfen keine Ranglisten erstellt werden. Wir legen Wert auf Entwicklungsanstösse für die einzelnen evaluierten Gemeinden.

Grüne Uri

Es bestehen gewisse Bedenken, dass der Regierungsrat zu viel Einflussnah-

me in der Bildungslandschaft erhält.

Nochmals erwähnen wir hier das Kurzzeitgymnasium, welches wir favorisieren. Sollte dieses nicht realisiert werden, ist das Untergymnasium dem Amt für Volksschulen zu unterstellen, da es eine Abteilung der Volksschule ist.

SP Uri

Die Einführung der Schulleitungen steht in der geplanten Ausgestaltung, im krassen Gegensatz zu allen Autonomiebetreibungen. Zunehmend wird die Mitsprache, der Direktbeteiligten, durch die Schulleitungen, massiv beeinträchtigt. Wir vermuten hinter dieser geplanten Kompetenzverschiebung von Schulräten zu Schulleitungen einen weiteren Schritt, um die Mitsprache von demokratisch gewählten Personen, nicht zuletzt der Lehrerschaft zu untergraben und damit weitere Reformprojekte der EDK voran zu treiben. Die Schulräte werden so in die zweite Reihe zurück gedrängt und amten zusehends nur noch als Statisten. Für die SVP stellt die Aufsicht und Steuerung durch Laiengremien eine effiziente einerseits und andererseits erhöhte Akzeptanz der Schule in der Bevölkerung dar.

SVP Uri

Änderungen im Schulgesetz und Schulordnung müssen sehr sorgfältig vorgenommen werden und dürfen nicht in Tranchen vorgenommen werden. Man kann auch Pilotversuche lancieren und dabei Erfahrungen sammeln, bevor der Landrat bzw. das Volk ohne Referenzwerte darüber zu befinden haben.

LUR

- Die Änderung des Schulgesetzes und der Schulverordnung ermöglichen die operative Führung der Schulleitungen.
- Im Zusammenhang bzgl. Übernahme von Zuständigkeiten müssen die Ansätze der Die Einsparung von 2 000 000 - 2 200 000.- Fr. (Regionalisierung durch Kreisbildung von Schulen): Schulleitungspensen überprüft werden. Sind Transportkosten, Verpflegungskosten, Infrastrukturen berücksichtigt? Oder basiert der Betrag lediglich auf mögliche Klassenzusammenlegungen?
- Der Einhaltung des vorgegebenen Zeitplans stehen wird eher skeptisch gegenüber.
- Die zukünftige Organisation der strategischen Führung des Bildungswesens (Abbildung 17) stimmt nur dann, wenn von einem Kurzzeitgymnasium ausgegangen wird. Es kann unserer Meinung nach nicht sein, dass das UG unter das Amt für Berufsbildung und Mittelschulen fällt. Das UG gehört zum Amt für Volksschulen.

VSL

Antworten von nicht Eingeladenen

Strategische Führung im Bildungswesen (5.9.1)

Die Absicht, anstelle des bewährten Mitteschulrats (MSR) als Instanz der strategischen Führung des Gymnasiums ein „Amt für Berufsbildung und Mittelschulen“ zu setzen, lehnen wir entschieden ab, denn die Berufsschule und das Gymnasium unterscheiden sich in ihren Anforderungsprofilen und Bildungszielen zu stark, als dass sie unter der gleichen Führungsinstanz subsumiert

LUM

werden könnten.

Wir schätzen die hohe Kompetenz des MSR als Behörde, welche dem Gymnasium nahe steht, die Bedürfnisse unserer Schule kennt und mit uns Lehrpersonen und unserer Schulleitung in engem Dialog steht. Deshalb fordern wir, dass die bestehenden Führungsstrukturen beibehalten werden.

Weitere Fragen

4.28 Sind Sie mit dem vorgeschlagenen zeitlichen Vorgehen (siehe Kapitel 7) einverstanden?

Ja. / Einverstanden

Gemeinderat Altdorf
Gemeinderat Erstfeld
Gemeinderat Flüelen
Gemeinderat Gurtellen
Gemeinde- und Schulrat Isenthal
Gemeinderat Seedorf
Gemeinderat Seelisberg
Gemeinderat Spiringen
Gemeinderat Unterschächen
Gemeinderat Wassen
Schulrat Altdorf
Schulrat Schulen Schächental
Schulrat Seelisberg
CVP Uri
MSR

Gemeinderat Andermatt
Schulrat Andermatt
Schulrat Hospental

Nein, die Massnahmen 5/7 sind zu kurzfristig.

Der Gemeinderat / Schulrat Attinghausen ist mit den zeitlichen Vorgaben nur teilweise einverstanden.

Gemeinderat Attinghausen

Bei diversen kostenwirksamen Anpassungen ist der Zeitraum zwischen der Beschlussfassung und der Inkraftsetzung zu kurz. Die Gemeinden benötigen genügend Vorlaufzeit, um allfällige (Mehr-) Kosten budgetieren zu können.

Schulrat Attinghausen

Der Zeitplan kann erst nach der Auswertung der Vernehmlassung festgelegt werden.

Gemeinderat Bürglen

Da noch einige Fragen offen sind, Zeitplan evtl. zu eng?

Gemeinderat Göschenen

Der skizzierte Zeitplan für die Umsetzung der einzelnen Handlungsfelder erscheint uns optimistisch. Als wichtiger erachten wir jedoch, dass man Schulen bei Bedarf auch Entwicklungen vor 2016 ermöglicht, wie z.B. das Projekt 8plus in Schattdorf.

Gemeinde- und Schulrat Schattdorf

Nein. Es wurden nicht alle Faktoren berücksichtigt. Folgeschäden für die Gemeinden und den Kanton wurden nicht berücksichtigt. Langzeitschäden sind vorprogrammiert.

Gemeinderat Sisikon

Schulrat Sisikon

Der vorgeschlagene Zeitplan scheint uns zu optimistisch.

Schulrat Bürglen

Ist zum Teil nicht realisierbar. Zeitlicher Rahmen ist viel zu knapp (Budget).

Schulrat Erstfeld

In einigen Schulen ist die Reform der Oberstufen überfällig. Einführung von neuen Modellen ist bis zur Freigabe durch die kantonalen Behörden blockiert. Der Termin zur Umsetzung von neuen Modellen (ab Schuljahr 2012/13) ist einzuhalten und sollte keinesfalls verschoben werden um Durchführung von Reformen zu ermöglichen.

Schulrat Flüelen

Kostenwirksame Änderungen müssen budgetiert werden. Einführung auf 2011 ist unrealistisch. Beschlussfassung und Inkraftsetzung brauchen mehr Zeit.

Schulrat Silenen
Gemeinderat Silenen

1. Es bestehen zu viele offene Fragen. Werden diese erst im Laufe der Arbeit geklärt?
2. Bitte keine Schnellschüsse!
3. Zeitplan kann erst nach der Vernehmlassung ev. festgelegt werden.

Kreisschulrat Urner Oberland

Für uns ist die Weiterentwicklung der Oberstufe von zentraler Bedeutung. Wenn die Vernehmlassungsantworten zur Weiterentwicklung der Oberstufe

Kreisschulrat Seedorf

positiv ausfallen, möchten wir mit der Einführung des neuen Schulmodells auf das Schuljahr 2012/2013 beginnen.

Die Ziele sind sehr ehrgeizig. Wir schlagen vor, überall etwas mehr Zeit zu geben.

Kreisprimarschulrat Seedorf-Bauen

Wir erachten den Zeithorizont als zu knapp bemessen, wie zum Beispiel bei einer allfälligen Anpassung des Berufsauftrags, Kompetenzenregelung Schulrat und Schulleitung. Gemäss dem vorliegenden Vorschlag liegen Beschlussfassung und Ausführungstermin vielfach zu nahe bei einander.

FDP.Die Liberalen Uri

Wir begrüssen den Umsetzungsplan, schlagen jedoch vor, die Steuerung (Handlungsfeld 9) um ein Jahr vorzuverlegen (1. Hälfte 2015)

Grüne Uri

Die Anpassung des Berufsauftrages ist zu früh vorgesehen. Sie sollte frühestens 2012 erfolgen.

SP Uri

Da für uns noch viele Punkte unklar sind, erachten wir das vorgeschlagene zeitliche Vorgehen als zu ehrgeizig.

SVP Uri

Die Anpassung des Berufsauftrages ist zu früh vorgesehen. Sie sollte frühestens 2010 erfolgen.

JUSOURi

Ja. Lehrpersonen (Anpassung des Berufsauftrages) ist zu früh. Die ganzen Auftragseinheiten müssen besser ausformuliert werden. Wir erwarten dazu eine weitere Vernehmlassung bei den Lehrpersonen. Zu vieles ist noch unklar.

LUR

- Einige Schulen haben eine OST-Reform auf das Schuljahr 2012/13 vorgesehen. Kann der LR-Beschluss nicht früher angesetzt werden?
- Frage: Die Umsetzung vieler Massnahmen sind von Änderungen des Schulgesetzes oder der Schulverordnung abhängig. Muss demzufolge nicht die grundsätzliche Überarbeitung und Anpassung des Schulgesetzes und der Schulverordnung davor vollzogen werden?

VSL

Grundsätzlich ja. S&E Uri ist es wichtig, dass die Termine zur Einführung der institutionalisierten Zusammenarbeit (Elternforum, Schülerrat) eingehalten werden.

S&E Uri

Mit dem skizzierten zeitlichen Vorgehen sind wir grundsätzlich einverstanden. Einzelne Massnahmen sollten jedoch unter Berücksichtigung obgenannter Bemerkungen nochmals überprüft werden (z.B. Kurzzeitgymnasium). Die Frage der Trägerschaft ist zu forcieren.

Finanzdirektion

Antworten von nicht Eingeladenen

Ja.

HPZ Uri

4.29 Sehen Sie weitere wichtige Handlungsfelder, die im Bericht fehlen?

Keine / Nein

Gemeinderat Altdorf

Gemeinderat Bürglen

Gemeinderat Erstfeld

Gemeinderat Flüelen

Gemeinderat Spiringen

Gemeinderat Unterschächen

Gemeinderat Wassen

Schulrat Altdorf

Schulrat Schulen Schächental

Schulrat Seelisberg

Die Frage ist, ob die ganze Umstrukturierung das bringt, was versprochen wird?

Gemeinderat Andermatt

- Nutzen / Kosten ?

Schulrat Andermatt

- Wo werden Einsparungen getätigt?

Eine Bewertung der verschiedenen Massnahmen bezogen auf die SchülerInnen fehlt. Es ist nicht ersichtlich, inwiefern sich der Mehraufwand im Bildungswesen auch positiv auf die Leistungen der Kinder auswirken könnte. Es darf nicht angehen, dass das Bildungswesen durch das Aufblasen des Administrativbereiches immer teurer wird, die SchülerInnen aber nicht oder nur in geringem Ausmass davon profitieren können.

Gemeinderat Attinghausen

Schulrat Attinghausen

Es werden wiederum Änderungen vorgeschlagen, welche den Administrativaufwand an den Schulen weiter erhöhen. Das Gegenteil müsste geschehen, Schulleitungen und Lehrpersonen müssten davon entlastet werden. Sowohl der Beruf des Schulleiters als auch der Lehrperson wird damit immer unattraktiver (Der sich anbahnende Lehrermangel lässt grüssen).

Über bestehende Abläufe und Strukturen sagt der Bericht hinsichtlich Wirk-

samkeit, Effizienz und Kosten zu wenig aus. Gibt es mögliche Spareffekte durch die Streichung oder Straffung unwirksamer Elemente und Abläufe?

Schulwege?

Gemeinderat Göschenen

Ein weiteres Handlungsfeld sieht der Gemeinderat in der Untersuchung über die Auswirkungen bei Kreisbildungen in Bezug auf die Standortattraktion der Randgemeinden bei Wegfall der Primarschule und Kindergarten.

Gemeinde- und Schulrat Isenthal

Unseres Erachtens fehlt eine ädaquate Auseinandersetzung mit dem Langzeitgymnasium (Übertritt nach der 6. Primar) als Teil der obligatorischen Schulzeit. Die Gründe für eine Beibehaltung des LZG sind für uns nicht bzw. nur bedingt nachvollziehbar. Insofern erwarten wir, dass sich die zuständigen Stellen diesbezüglich auch zur Mittelschule Uri äussern.

Gemeinde- und Schulrat Schatt-dorf

Wie sieht die Lehrerausbildung der Zukunft aus?

Gemeinderat Seelisberg

Die Kantone müssten bemüht sein, das heutige System der Lehrerbildung zu verbessern.

Siehe Antwort Frage 28: *Nein. Es wurden nicht alle Faktoren berücksichtigt. Folgeschäden für die Gemeinden und den Kanton wurden nicht berücksichtigt. Langzeitschäden sind vorprogrammiert.*

Gemeinderat Sisikon
Schulrat Sisikon

Das Handlungsfeld Untergymnasium fehlt, dieses ist Teil der Volksschule.

Schulrat Bürglen

Im Allgemeinen sind uns die Aussagen zu den finanziellen Auswirkungen für die Gemeinden zu vage, die Zahlen zu wenig nachvollziehbar und zu wenig detailliert aufgeführt.

Das Thema Schulsozialarbeit wird nicht behandelt.

Zudem macht der Bericht keine Aussagen zur Ausbildung der Lehrpersonen, den veränderten Anforderungen und Aufgaben des Lehrerberufes und den damit verbundenen Schwierigkeiten, die schlussendlich auf die Gemeinden zurückkommen und sich bereits in mehreren Oberstufen unseres Kantons in Form von Lehrermangel bemerkbar machen.

Wie in Frage 11 bemerkt, fehlt ein Handlungsfeld Langzeit-Kurzzeitgymnasium.

Schulrat Flüelen

Nutzen und Kosten?

Schulrat Hospental

Das Langzeitgymnasium sollte diskutiert werden.

Ein einheitliches Feriensystem – kantonale geregelt. Es ist anzustreben, dass in unserem kleinen Kanton einheitliche Ferien sind.

Das Handlungsfeld Untergymnasium fehlt, ist auch Teil der Volksschule.

Aussagen über's QM fehlen.

1. Transporte / Organisation
2. Schulwege (Zumutbarkeit)
3. Leere Schulhäuser / Kosten
4. Aussterben der Dörfer

Eine zentrale Frage für die Zukunft soll die bedarfsgerechte Ausbildung von Lehrpersonen an den pädagogischen Hochschulen sein.

Wie oben schon an verschiedenen Stellen angedeutet, hat der administrative Aufwand der Lehrpersonen in letzter Zeit massiv zugenommen und wird es wohl noch weiter tun, wenn nicht entschieden Gegensteuer gegeben wird. Es muss alles daran gesetzt werden, dass dieser eher abnimmt und dass die Lehrpersonen mehr Zeit für die Vorbereitung und Durchführung des Unterrichtes sowie für eine gute Weiterbildung haben. Zeitraubende Sitzungen sollen auf ein absolutes Minimum reduziert und möglichst durch bilaterale Kontakte ersetzt werden. Bei jeder Sitzung soll geprüft werden, ob wirklich alle anwesend sein müssen. Es darf nicht sein, dass die Lehrpersonen Entlastungslektionen zugesprochen bekommen, nur um Zeit zu haben, mehr Formulare auszufüllen.

Standortattraktivität des Kantons Uri und die Zusammenarbeit mit den übrigen Zentralschweizer Kantonen: Wie sieht dies in Zukunft aus?

Im Bericht wird nirgends aufgezeigt, ob und wo Kosten gespart werden können. Die finanziellen Auswirkungen sind nicht abschätzbar.

Es ist nicht hinreichend begründet, warum vom alten, bewährten Schulsystem zu einem neuen System gewechselt werden soll.

Regelung des konfessionellen Religionsunterrichts wurde nicht integriert, wir würden hier ein System analog des Kantons Nidwalden begrüßen.

Wir stellen fest, dass im Bildungsbericht zwar 10 Merkmale einer guten Schule, einen Grundsatz und 5 Leitgedanken beschrieben sind. Darin ist einiges an Pädagogischem eingebettet. Daraus hätte unbedingt ein Handlungsfeld Pädagogik entstehen müssen, um diesem Aspekt mehr Bedeutung zu geben. Schade, dass dem wesentlichsten Aspekt von Schule, der Pädagogik, nicht mehr Wert eingeräumt wurde.

Schulrat Silenen
Gemeinderat Silenen

Kreisschulrat Urner Oberland

Kreisschulrat Seedorf

Kreisprimarschulrat Seedorf-Bauen

CVP Uri

FDP.Die Liberalen Uri

Grüne Uri

Wir vermissen Aussagen zum immer wichtiger werdenden Bereich Schulsozialarbeit.

SP Uri
JUSUri

Der Bericht Volksschule 2016 ist sehr umfangreich. Die Vor- und Nachteile der einzelnen Handlungsfelder werden breit dargelegt. Wir anerkennen die grosse Arbeit, können uns aber dem Verdacht nicht entziehen, dass Bürokratie und Experimentiererei unter dem Titel der sogenannten Schulentwicklung weitergehen. Gerade dieser umfangreiche Bericht zeigt uns, wie breit die Schulthemen gefasst werden können. Wir möchten unbedingt einbringen, dass es uns als sehr wichtig erscheint, die Prioritäten der Volksschulbildung richtig zu setzen. Damit nicht ein Überangebot von vermeintlich wichtigen Themen entsteht. Gerade dies birgt in unseren Augen die Gefahr, aus Überforderung in hektische Oberflächlichkeit abzurutschen. Für die SVP ist der Kernauftrag der Volksschule Allgemeinbildung zu vermitteln, welche den jungen Menschen mit dem nötigen Rüstzeug, gestärkt der Berufsbildung übergibt. Dieser Kernauftrag muss aus jedem Lehrplan sichtbar sein. Wir sollten uns also wieder auf das Wesentliche beschränken und nicht durch immer neue Reformen die Qualität der Schule verschlechtern. Daher sind wir auch gegenüber gewissen Punkten kritisch eingestellt und erkennen daraus keinen sichtbaren Nutzen.

SVP Uri

Die Auftragsseinheiten müssten exemplarisch parallel zur heutigen Besoldungsregelung anhand einiger Beispiele durchgerechnet werden. Nur so können Folgen und Aufwand wirklich eruiert werden. Wir befürchten, dass der Aufwand diesbezüglich gross sein wird. Auch begibt sich der Kanton Uri im schweizerischen Vergleich in eine Richtung, worin keine oder nur schwer Vergleiche zu Lohnstrukturen erreicht werden können.

LUR

Unserer Meinung nach fehlt im Bericht eine wichtige Herausforderung: Wie kann die Attraktivität des Lehrerberufs gesteigert werden?

Zu dieser Herausforderung zeigt der Bericht eindeutig zu wenige Lösungen auf. Vor allem den Resultaten der LCH- Arbeitszeiterhebung muss mehr Rechnung getragen werden.

Die Attraktivität des Lehrberufes muss gesteigert werden.

Die Frage, ob Französisch auch erst an der OS unterrichtet werden kann, ist in diesem Bericht nicht gegeben und so auch von den Lehrpersonen sehr kontrovers diskutiert und argumentiert worden.

Eine derart breite Vernehmlassung bringt mit sich, dass der Bericht in einer zweiten Auflage erscheinen muss.

Aussagen über:

VSL

- Schulsozialarbeit
- Timeoutklasse
- Beratungsdienste (SPD, KJPD (Zweigstelle i, Kanton Uri), Kontakt Uri usw.)
- Ausbildung der Lehrpersonen – Rekrutierung der Lehrpersonen – Attraktivität des Lehrerberufs erhöhen

Das Thema **Schulsozialarbeit** sollte ebenfalls geprüft werden - vor allem auf der Oberstufe.

S&E Uri

Der Sensibilisierung von Regierung und PH für die Belegung aller Fächer ist grosses Gewicht beizumessen, z. B. durch bestimmte Fächerkombinationen.

Abweichungen zu Fachhochschulen ausserhalb des Konkordates sind in der Bildungsdirektorinnenkonferenz zu diskutieren.

Die Vereinheitlichung der Ausbildungsmöglichkeiten auf gesamtschweizerischer Ebene ist anzustreben.

Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann

Schlussbemerkungen:

MSR

- Der MSR vermisst Aussagen zur Herausforderung, genügend adäquat ausgebildeter Lehrpersonen zu finden.
- Der MSR ist der Meinung, dass dieser Bericht das Urner Schulsystem nur in einzelnen Bereichen weiterbringen kann (Handlungsfelder 1, 2 und 6).
- Das "Gebäude" Volksschule 2016 führt zu (beträchtlichen) Mehrkosten und mehr Verwaltungsaufwand. Die Qualität der Schule, des Unterrichts wird sich dadurch kaum verbessern.

Nein

Finanzdirektion

Antworten von nicht Eingeladenen

Ja, Aussagen zur Sonderpädagogik sowie zu Beratungsdiensten fehlen.

HPZ Uri

5 Zusammenfassung

Die Beteiligung an der Vernehmlassung darf als gut bezeichnet werden. Mit Ausnahme der Gemeinde Bauen, Hospental und Realp beteiligten sich alle Gemeinderäte an der Vernehmlassung. Zudem traf eine Antwort von allen Schulräten und von allen Parteien ein. Von den Jungparteien beteiligte sich die JUSO an der Vernehmlassung.

Allgemeine Bemerkungen zum Bericht

Der Bericht wird mehrheitlich als umfassend, gut strukturiert und verständlich empfunden. Er wird als umfassende Situationsanalyse des Urner Schulwesens bezeichnet. Es gibt aber auch kritische Stimmen, die den Bericht als zu komplex und zu aufwendig bezeichnen. Der SP Uri erscheint der Bericht allgemein als ziemlich visionslos. In den allgemeinen Bemerkungen werden auch einzelne Themen aufgegriffen wie Finanzen, Lehrpersonen sollen sich den Kerntätigkeiten widmen können, Reduktion des administrativen Aufwandes.

5.1 Handlungsfeld 1: Kindergarten

5.1.1 Sind Sie damit einverstanden, dass der Besuch von einem Jahr Vollzeitkindergarten obligatorisch erklärt wird?

	Gemeinderäte	Schulräte	Parteien	übrige
JA	13	11	Grüne, FDP, SP, Juso	MSR, LUR, VSL, S&E, Gleichstellungskommission, FD HPZ
JA ohne Vollzeit	3	5		
Nein	1		CVP, SVP	

Die überwiegende Mehrheit der Gemeinde- und Schulräte sowie 4 von 6 politischen Parteien sprechen sich für das einjährige Kindergartenobligatorium aus, ebenso LUR, VSL und S&E. Gegen das Obligatorium sind einzig ein Gemeinderat, die CVP und die SVP. Die CVP lehnt das Obligatorium als überflüssig und kontraproduktiv ab. Die SVP begründet ihre Ablehnung mit der Ablehnung von Har-moS. Einige vorwiegend kleine Schulen bzw. Gemeinden sind zwar mit dem Obligatorium einverstanden, wollen aber weiterhin Teilzeitkindergärten führen können: Isenthal, Seedorf, Seelisberg, Silenen (Bristen) und Sisikon.

5.1.2 Sind Sie damit einverstanden, dass die Gemeinden verpflichtet werden, den freiwilligen Besuch von einem zweiten Kindergartenjahr zu ermöglichen?

	Gemeinderäte	Schulräte	Parteien	übrige
JA	8	11	FDP, SP, Juso, Grüne	MSR, LUR, VSL, S&E, Gleichstellungskommission, FD HPZ
Nein	9	5	CVP, SVP	

Die Hälfte der Gemeinde- und zwei Drittel der Schulräte befürworten die zweijährige Angebotspflicht, ebenso 4 von 6 Parteien, LUR, VSL und S&E. Dagegen sind die Hälfte der Gemeinderäte, eine Minderheit der Schulräte sowie CVP und SVP.

Die Befürworter argumentieren vor allem mit der verbesserten Chancengerechtigkeit und der Koordination innerhalb des Kantons und zwischen den Kantonen, die ablehnenden Stellungnahmen mit der Gemeindeautonomie (die Gemeinden sollen selbst entscheiden können, ob sie einen Zweijahreskindergarten anbieten wollen oder nicht). Von den 9 ablehnenden Gemeinderäten stehen 6 einer Gemeinde vor, die bereits einen Zweijahreskindergarten führt.

5.1.3 Sind Sie damit einverstanden, dass auf die Einführung einer Basisstufe vorderhand verzichtet wird?

	Gemeinderäte	Schulräte	Parteien	übrige
JA	16	14	CVP, SVP, FDP,	MSR, LUR, VSL, S&E, Gleichstellungskommission, FD HPZ
Nein	1	2	SP, Juso, Grüne	

Grossmehrheitlich ist man mit dem Vorschlag einverstanden, die Basisstufe vorderhand nicht einzuführen. Das Nein wird damit begründet, dass die Basisstufe gerade für kleine Gemeinden eine interessante Alternative sei und pädagogisch interessante Aspekte habe. Auch von manchen Befürwortern des Verzichts wird erwähnt, dass die gesamtschweizerische Entwicklung "im Auge behalten" werden solle.

5.1.4 Allgemeine Bemerkungen zum Handlungsfeld 1

Mehrfach wird betont, dass es politisch nicht opportun wäre, im Lichte der HarmoS-Abstimmung den Zweijahreskindergarten und/oder die Basisstufe verpflichtend einführen zu wollen. Ebenso wird die Befürchtung ausgesprochen, dass die Vermischung von Kindergarten und Schule (Basisstufe) aus dem Kindergarten als bisherigem Ort des Spiels und der Vorbereitung auf die Schule einen Ort der schulischen Leistung mache und Kinder nicht mehr Kinder sein könnten.

Auf der anderen Seite wird aber ebenfalls mehrfach gesagt, dass die schweizerische Entwicklung in der Ausgestaltung der Eingangsstufe sehr genau beobachtet werden müsse.

5.2 Handlungsfeld 2: Primarstufe

5.2.1 Sind Sie damit einverstanden, dass Französisch als Wahl- oder als Wahlpflichtfach ab dem 5. Schuljahr eingeführt wird? Wenn ja welcher Variante geben Sie den Vorzug?

	Gemeinderäte	Schulräte	Parteien	übrige
JA Pflichtfach	3	3		MSR, FD
JA Wahlpflichtfach	3	2	SP*	S&E, Gleichstellungskommission
Nein	11	11	FDP, CVP, SVP, Grüne, Juso	LUR, VSL, HPZ, Sek. I
Total	17	16		

* mit Einschränkung (siehe unten)

Zwei Drittel der Gemeinderäte, zwei Drittel der Schulräte, 5 von 6 politischen Parteien, LUR und VSL sind für die Beibehaltung des Modells 3/7 (kein Primarschulfranzösisch, weder als Pflichtfach noch als Wahlpflichtfach). Die Urner Schülerinnen und Schüler sollen aber gleich viel Französischunterricht erhalten wie in den andern Zentralschweizer Kantonen (mehr Lektionen auf der Oberstufe). Begründet wird die Ablehnung der Vorverlegung vor allem mit der Sprachenlastigkeit des Bildungsangebotes, der Überforderung von Schülerinnen und Schülern und der daraus resultierenden höheren Kosten für Förderungsmassnahmen.

Sollte das Primarschulfranzösisch trotzdem eingeführt werden, würden zusätzlich 3 Schulräte, CVP, Grüne, VSL und Sek I der Variante Pflichtfach den Vorzug geben, SVP und LUR (mehrheitlich) dem Wahlpflichtfach. Diese Stimmen wären gegebenenfalls in der Tabelle oben dazuzurechnen. Es würde sich dann eine (nicht sehr deutliche) Mehrheit für das Pflichtfach ergeben.

Manche Vernehmlasser knüpfen ihre Zustimmung an Bedingungen:

Gleich mehrfach wird im Falle eines Pflichtfaches gefordert, dass Dispensationen und Notenbefreiung klar geregelt sein müssten und höhere IF-Ressourcen bereitgestellt werden müssten.

Einem Wahlpflichtfach könne nur zugestimmt werden, wenn es auch noch möglich ist, die Oberstufe im Niveau A zu durchlaufen, wenn man erst im 7. Schuljahr mit Französisch beginnt (z. B. SP).

Es wird befürchtet, dass nicht genügend ausgebildete Lehrpersonen zur Verfügung stehen könnten, bzw. gefordert, dass alle Lehrpersonen der Mittelstufe 2 die Französischausbildung zu absolvieren hätten.

Seelisberg, welches obligatorischen Französischunterricht hat (Oberstufe in Emmetten NW), verweist auf seine unguuten Erfahrungen mit zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe (Überforderung, Dispensationen und mehr IF = Mehrkosten).

5.2.2 Sind Sie damit einverstanden, dass die maximale Zahl von Schülerinnen und Schülern pro Abteilung von 26 auf 24 gesenkt wird?

	Gemeinderäte	Schulräte	Parteien	übrige
JA	9	10	CVP, FDP	VSL, S&E, MSR, HPZ
Stärkere Senkung	1 (22)	3 (alle 22)	SP (18-20) Grüne (22) Juso (16-18)	LUR (22 bzw. 20) Sek I (keine Angabe)
Nein	7	3	SVP	FD

Eine deutliche Mehrheit der Antwortenden ist mit einer Senkung einverstanden (10 Gemeinderäte, 13 Schulräte, 5 von 6 politischen Parteien, LUR, VSL und S&E). Einzelnen Antwortenden geht die vorgeschlagene Senkung zu wenig weit; ihre Erwartung ist in der Tabelle in kleiner Schrift aufgeführt. Gegen eine Senkung sind 7 Gemeinderäte, 3 Schulräte und die SVP.

5.2.3 Allgemeine Bemerkungen zum Handlungsfeld 2

Klassengrössen: Im Bericht sind die finanziellen Folgen für die einzelnen Gemeinden betreffend Senkung der Klassengrössen darzustellen. Als Alternative zur Höchstzahl 24 wird eine Richtzahl von 22-24 vorgeschlagen.

Altersdurchmisches Lernen: Neue Schulmodelle (altersdurchmisches Lernen, Auflösung von Klassenstrukturen) sollen weiter verfolgt und gefördert werden (einzelne Schulräte), aber nicht verordnet werden (LUR). Das Klassenlehrerprinzip darf nicht fallen gelassen werden (S&E). Die Frage der Lernorganisation wird mit der gewerkschaftlichen nach kleineren Klassen bzw. höheren Pensen pro Klasse und höheren Löhnen verbunden (LUR, SP). Die SVP fordert klare, messbare Leistungsziele pro Schuljahr. Die Wiedereinführung von Einführungsklassen sei zu prüfen (S&E).

Fremdsprachen: Es werden verschiedene Bemerkungen zum Fremdsprachenunterricht gemacht bzw. wiederholt (Sprachenlastigkeit, Qualität und Kosten der Lehrpersonenausbildung, Dispensationsmöglichkeiten). Statt Französisch einzuführen, soll Englisch verstärkt werden. Eine Stellungnahme äussert sich zum Italienischunterricht: Das Wahlpflichtfach in der 5./6. Klasse sei auf jeden Fall, auch bei 3/7, zu streichen (LUR).

Handlungsfeld 3: Oberstufe

Sind Sie damit einverstanden, dass auf das separierte Modell auf der Oberstufe zukünftig verzichtet wird?

	Gemeinderäte	Schulräte	Parteien	übrige
JA	16	14	FDP, Grüne, SP, Juso	MSR, LUR (2/3), VSL, S&E, FD HPZ
Nein	1	1	CVP, SVP	Sek. I

Die Vernehmlassungsteilnehmer äussern sich grossmehrheitlich positiv, dass die Oberstufen künftig im kooperativen oder integrierten Modell geführt werden. Verschiedene Vernehmlassende fordern, dass es nur ein Modell im Kanton Uri geben sollte.

Alle Schul- und Gemeinderäte, die Standort einer Oberstufe sind, sprechen sich dafür aus, dass künftig auf das separierte Modell der Oberstufe verzichtet wird. Dieselbe Meinung vertreten auch nahezu alle anderen Schul- und Gemeinderäte. Ein Kreisprimarschulrat nimmt nicht explizit Stellung. Von den Parteien sprechen sich die CVP und die SVP dafür aus, dass es auch in Zukunft möglich sein soll, das separierte Modell weiterzuführen. Derselben Meinung ist auch die SEK I-Stufe.

Wie stellen Sie sich zur Frage, dass Oberstufen zukünftig die Schülerinnen und Schüler der Werkschule integrieren können?

	Gemeinderäte	Schulräte	Parteien	übrige
JA	4	9	Grüne, SP, Juso	VSL, FD, HPZ
Nein	13	7	CVP, SVP, FDP	MSR, S&E

Die Mehrheit der Schul- und Gemeinderäte, die Mehrheit der Parteien, Schule und Elternhaus und der Mittelschulrat lehnen die Möglichkeit ab, dass Oberstufen künftig die Werkschule integrieren können. Der Verein Lehrerinnen und Lehrer Uri (LUR) formuliert Vor- und Nachteile sowie Bedingungen, nimmt aber nicht klar Stellung.

Als Gründe werden genannt: In der Werkschule können die Schülerinnen und Schüler besser und spezifischer gefördert und betreut werden, die Berufswahlvorbereitung kann optimal erfolgen. Die Integration führt zur stärkeren Belastung der Lehrpersonen, es werden auch Ausbildungs- und Rekrutierungsproblem befürchtet.

6 von 10 Schulbehörden, die Standort einer Oberstufe sind, die Vereinigung der Schulleitungen Uri (VSL), die Grünen, die SP und die Juso, die Finanzdirektion (FD) und das Heilpädagogische Zentrum Uri (HPZ) sprechen sich für eine mögliche Integration der Werkschule aus.

Die Befürwortenden stellen die konsequente Weiterführung der Integrativen Förderung (IF) auf der Oberstufe in den Vordergrund, betonen aber auch die Wichtigkeit der Betreuung und klare Rahmenbedingungen. Die Freiwilligkeit der Einführung wird betont.

Welche Meinung haben Sie zum jahrgangsgemischtem Lernen auf der Oberstufe?

	Gemeinderäte	Schulräte	Parteien	übrige
JA	9	11	CVP, Grüne,	LUR, VSL, MSR, FD, HPZ

			SP, Juso	
Nein	4	2	SVP, FDP	S&E, Sek. I

Ein Grossteil der Schulräte und eine Mehrheit der Gemeinderäte stehen dem jahrgangsgemischtem Lernen positiv gegenüber, ebenso befürworten die Mehrheit der Parteien, die Vereinigung der Lehrerinnen und Lehrer Uri (LUR) und die Vereinigung der Schulleitungen Uri (VSL) das jahrgangsgemischte Lernen.

In den befürwortenden Stellungnahmen wird betont, dass das jahrgangsgemischte Lernen eine positive Option für die Zukunft darstelle (pädagogisch / strukturell) und deshalb als Option weiterverfolgt werden sollte. Oft wird erwähnt, dass das jahrgangsgemischte Lernen auch auf der Primarstufe angewendet werden bzw. sich "von unten nach oben" entwickeln müsse. Mehrmals wird auch auf Gelingensbedingungen (z. B. Weiterbildung) oder Stolpersteine (z. B. Organisation) hingewiesen.

Die ablehnenden Stellungnahmen betonen hauptsächlich, dass mit dem jahrgangsgemischtem Modell nur bestehende Strukturen aufrechterhalten werden und dass auf der Oberstufe möglichst nur ein Modell praktiziert werden sollte.

Welche Meinung haben Sie zur Beibehaltung des Langzeitgymnasiums und zur Stärkung des Weges über das Kurzzeitgymnasium?

	Gemeinderäte	Schulräte	Parteien	übrige
Langzeit	12	6 (Seel.?)	FDP, SVP (CVP)	MSR, S&E. (LUR)
Kurzzeit	1	1	Grüne, SP, Juso	VSL, HPZ, Sek. I
Stärkung Kurzzeit JA	2	3	FDP, Grüne	MSR, S&E, FD
Stärkung NEIN	1	0		LUR, Sek. I, LUM

Zu den Fragen Langzeit-/Kurzzeitgymnasium äussern sich verschiedene Vernehmlassende nicht eindeutig. Beispielweise beschränken manche Vernehmlasser darauf, die Beibehaltung der bisherigen Übertrittsmöglichkeiten zu fordern, mache aber keine expliziten Aussagen zur Stärkung des Kurzzeitgymnasiums.

Die im Bericht vorgeschlagene Beibehaltung des Langzeitgymnasiums bei gleichzeitiger Stärkung des Weges über das Kurzzeitgymnasium wird grossmehrheitlich nicht getragen. Die Mehrheit der Vernehmlassenden spricht sich für die Beibehaltung des bisherigen Systems mit den bisherigen Übertrittsmöglichkeiten (Durchlässigkeit) aus.

Einige Gemeinde- und Schulräte (7) fordern aber, dass die Frage Langzeit-Kurzzeitgymnasiums in einem eigenen Handlungsfeld diskutiert wird.

Allgemeine Bemerkungen zum Handlungsfeld 3

Verschiedentlich wird gefordert, dass im Kanton Uri ein kantonal einheitliches Modell für die Oberstufe gelten soll. Über die Frage, welches Modell dann aber gelten soll, gehen die Meinungen auseinander. Die Frage des Langzeit- und Kurzzeitgymnasiums, bzw. die Notwendigkeit der Diskussion wird mehrfach thematisiert. Mehrere Vernehmlassende weisen nochmals auf die Bedeutung der Durchlässigkeit hin. Die Lehrervereinigung der Urner Mittelschule (LUM) macht den Vorschlag, dass die Förderangebote zum Übertritt in das Gymnasium zentral an der Kantonalen Mittelschule angeboten werden.

Handlungsfeld 4: Sprachregionale Zusammenarbeit

Welche Haltung haben Sie zur vorgeschlagenen sprachregionalen Zusammenarbeit?

Niemand äussert sich explizit gegen die vorgeschlagene sprachregionale Zusammenarbeit. Die SVP betont, dass durch die Zusammenarbeit die Autonomie der Kantone nicht eingeschränkt werden darf. Zwei Schulbehörden weisen auf die Notwendigkeit (Priorität) der Zusammenarbeit im Kanton hin.

5.3 Handlungsfeld 5: Lehrpersonen

5.3.1 Welche Meinung haben Sie zum Vorschlag, das Arbeitspensum der Lehrpersonen zukünftig in so genannten Auftragseinheiten zu berechnen?

	Gemeinderäte	Schulräte	Parteien	übrige
JA	3	4	CVP, SP, Juso	S&E, MSR, FD, HPZ
Nein	12	7	SVP, FDP, Grüne	VSL, Sek. I

Die Meinungen und Begründungen gehen weit auseinander. Während Befürwortende das System grundsätzlich als gut, differenziert und flexibel bezeichnen, sprechen Ablehnende von einem unbrauchbaren Vorschlag. Befürwortende betonen, dass vor einer Umsetzung die Konsequenzen detailliert geprüft werden müssen. Hauptgrund für die Ablehnung ist der zu erwartende Aufwand und die Kompliziertheit des Systems und weiter, dass sich das System ja nicht wesentlich vom heutigen Amtsauftrag unterscheidet. Wenn eine Umstellung erfolge, müsste auch das Besoldungssystem angepasst werden. Befürchtet wird eine Verschlechterung des Arbeitsklimas, eine Konkurrenz zwischen den Lehrpersonen und dass eine "Erbsenzähler-Mentalität" entstehen könnte. Als Vorteil wird gesehen, dass Aufgaben, die im Berufsauftrag verpackt sind, transparent gemacht werden können. Der LUR äussert sich nicht eindeutig, doch ist die grosse Skepsis der Lehrpersonen zu spüren. Klar gegen die Einführung wendet sich auch die VSL. Von Seite LUR und VSL wird betont, dass Kindergartenlehrperson auch nach Einführung der Auftragsseinheiten ein Vollpensum erreichen sollten. Einige wenige Vernehmlassende fordern eine eingehende Diskussion über das System und einzelne schlagen vor, auf dem vorgezeichneten Weg ein einfacheres System zu entwickeln.

5.3.2 Sind Sie damit einverstanden, dass die Funktion Klassenlehrperson auf der Kindergarten- und der Primarstufe im Pensum angerechnet wird?

	Gemeinderäte	Schulräte	Parteien	übrige
JA	10	12	SVP, FDP, Grüne, SP, Juso	S&E, MSR, LUR, VSL, HPZ, Sek. I
Nein	7	3	CVP	

Die Zustimmung wird begründet mit dem vorhandenen Mehraufwand und mit der Tatsache, dass auf der Oberstufe die Funktion angerechnet wird (Gleichbehandlung aller Stufen). Die Ablehnung erfolgt hauptsächlich aufgrund der entstehenden Kosten oder der Überlegung, dass das Führen einer Klasse zu den Grundaufgaben einer Lehrperson gehöre. Weiter wird der Vorschlag gemacht, dass in kleinen Klassen weniger als eine ganze Lektion angerechnet werden soll.

5.3.3 Sind Sie mit dem Vorschlag im Bereich Schulische Heilpädagogik einverstanden?

	Gemeinderäte	Schulräte	Parteien	übrige
--	--------------	-----------	----------	--------

	te	te		
JA	9	8	FDP, SP Juso	MSR, LUR, Sek. I, VSL, S&E, HPZ
Nein	6	4	CVP, Grüne	

Während ein Teil der Vernehmlassenden die Berücksichtigung der spezifischen Verhältnisse als richtig erachtet, sieht ein anderer Teil darin eine Bevorzugung einer einzelnen Kategorie von Lehrpersonen. Einige Vernehmlassende nehmen nicht Stellung, weil sie sich gegen das System Auftragseinheiten ausgesprochen haben. Weiter wird erwähnt, dass die genaue Ausgestaltung noch einmal hinterfragt werden müsse. Die Stellungnahme des LUR hält fest: "Grundsätzlich ist eine Zustimmung zu spüren". Der LUR äussert aber eine Reihe von Bedenken. Die CVP erachtet es als eine Sache der Gemeinde, wie sie die Absprachen zwischen SHP Lehrperson und der Klassenlehrperson entschädigen will.

5.3.4 Sind Sie mit dem Vorschlag zur Neugestaltung der Altersentlastung einverstanden?

	Gemeinderäte	Schulräte	Parteien	übrige
JA	6	6	CVP, Grüne	S&E, FD, HPZ
Nein	11	8	SVP, FDP, SP, Juso	LUR, Sek. I, VSL, MSR

Die Zustimmung gründet auf der Überlegung, dass damit die Lehrpersonen den übrigen kantonalen und kommunalen Angestellten im Kanton Uri gleich gestellt werden. Die Ablehnung wird begründet, dass auf das System Auftragseinheiten zu verzichten sei, die bisherige Regelung sich bewährt habe und die Neuerung einen Leistungsabbau bedeute (LUR). Weiter betont die SP, dass das neue System den Anliegen der älteren Lehrpersonen zuwenig Rechnung trage.

5.3.5 Allgemeine Bemerkungen zum Handlungsfeld 5

Folgende Punkte werden genannt:

- Der Fokus muss auf die Kerntätigkeit der Lehrpersonen, das Unterrichten gelenkt sein.
- Der Beruf der Kindergartenlehrperson muss weiterhin als Vollzeitberuf verstanden werden.
- Die administrative Belastung der Lehrpersonen muss auf einem Minimum gehalten werden.
- Die Arbeitszeiterhebung des LCH ist nicht in den Bericht eingeflossen.
- Die Grüne Partei fordert, dass mit der Anpassung der Altersentlastung auch die Kündigungsfristen der Lehrpersonen derjenigen der übrigen öffentlichen Angestellten angepasst werden.

5.4 Handlungsfeld 6: Tagesstrukturen

5.4.1 Wie stellen Sie sich zu den Vorschlägen zum Ausbau der Tagesstrukturen?

	Gemeinderäte	Schulräte	Parteien	übrige
JA	6	6	SP, Juso, CVP, FDP, Grüne	LUR, VSL, S&E, Gleichstellungskommission, FD, HPZ, MSR, LUM
JA, freiwillig	6	8	SVP (Mittagstisch)	
Nein	4	2	SVP (Hausaufgaben)	

JA = Die Schulen haben ein **bedarfsgerechtes** Angebot für einen betreuten Mittagstisch und betreute Hausaufgabenzeit bereitzustellen. Die Nutzung ist freiwillig. Der Mittagstisch ist kostenpflichtig.

JA, freiwillig = Es soll den Gemeinden überlassen bleiben, ob sie Mittagstisch und Hausaufgabenzeit anbieten.

Die Antworten der Gemeinde- und Schulräte lassen sich manchmal nicht eindeutig einer Antwortkategorie zuordnen, vor allem bei Gemeinden, welche Tagesstrukturen bereits eingeführt haben. Ausdrücklich gegen Tagesstrukturen äussern sich 2 Gemeinde- und 2 Schulräte. Den Tenor der Antworten der Gemeinde- und Schulräte kann mit "Wir machen's von uns aus, wenn der Bedarf gegeben ist, wir wollen uns das nicht vorschreiben lassen" zusammenfassen. Mit Ausnahme der SVP stimmen alle politischen Parteien sowie alle übrigen Vernehmlasser dem Ausbau der Tagesstrukturen zu.

Handlungsfeld 7: Institutionalisierte Zusammenarbeit

Welche Haltung haben Sie zur Einführung einer Konferenz der Lehrpersonen (mit Kompetenzen), eines Eltern- und eines Schülerrates?

Konferenz der Lehrpersonen

	Gemeinderäte	Schulräte	Parteien	übrige
JA	6	5		LUR, FD, HPZ, Sek. I
Nein	7	11	CVP, FDP, Grüne, SP, Juso	VSL, MSR

Eine deutliche Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmenden ist gegen die Einführung einer Konferenz der Lehrpersonen (mit Kompetenzen). Als Begründungen werden angeführt, dass sich die Lehrpersonen (Teams) schon heute in den vorhandenen Strukturen genügend einbringen können. Deshalb müsse nichts Neues geschaffen werden und eine Erweiterung der Kompetenzen sei nicht notwendig. Die Schaffung einer Konferenz der Lehrpersonen wird als Sache der Gemeinde betrachtet oder es wird auch die Meinung vertreten, dass sich die Lehrpersonen selber organisieren müssen.

Die Befürworter bringen zum Ausdruck, dass es eine solche Konferenz mit klar geregelten Kompetenzen sinnvoll ist. Der Verein Lehrerinnen und Lehrer Uri (LUR) steht einer solchen Konferenz kritisch positiv gegenüber. Auch für ihn funktionieren Lehrerkonferenzen bereits in dieser Art, eine Institutionalisierung wird begrüsst.

Elternrat

	Gemeinderäte	Schulräte	Parteien	übrige
JA	4	3	CVP, Grüne, Juso	S&E, FD, HPZ
Nein	12	13	FDP, SVP	LUR, VSL, MSR, Sek. I

Eine verpflichtende Einführung eines Elternrates wird grossmehrheitlich abgelehnt. Viele Vernehmlassungsteilnehmende äussern sich positiv, sprechen sich aber gegen ein Obligatorium aus. Die Schaffung von Elternräten erfordern ein entsprechendes Bedürfnis.

Nur eine Minderheit spricht sich für die verpflichtende Schaffung von Elternräten aus.

Schülerrat

	Gemeinderäte	Schulräte	Parteien	übrige
JA	8	6	CVP, Juso	S&E, FD, HPZ

Nein	9	9	FDP, Grüne	VSL, LUR, MSR, Sek. I
------	---	---	------------	-----------------------

Etliche Vernehmlassungsteilnehmer geben an, dass der Schülerrat in ihrer Gemeinde bereits eingeführt ist. Niemand spricht sich gegen einen freiwilligen Schülerrat aus. Hingegen lehnt eine knappe Mehrheit ein gesetzliches Obligatorium ab.

Welche Meinung haben Sie zur finanziellen Unterstützung von Schulnetzwerken durch den Kanton?

	Gemeinderäte	Schulräte	Parteien	übrige
JA	15	13	CVP, SVP, FDP, SP, JUSO	VSL, S&E, LUR, MSR. HPZ FD
Nein	1	1		

Eine gemeindeübergreifende Vernetzung mittels Schulnetzwerken wird unterstützt ebenso die finanzielle Unterstützung durch den Kanton.

Die SVP unterstützt das Anliegen unter der Bedingung, dass die Netzwerke längerfristig zu einer Entlastung führen. Für die Grünen ist das Anliegen nicht prioritär. Die FD unterstützt das Anliegen nur dort, wo der Kanton mitbestimmen kann oder eine Leistung bezieht.

Allgemeine Bemerkungen zum Handlungsfeld 7

In den allgemeinen Bemerkungen werden folgende Punkte genannt:

- Zusammenarbeit soll freiwillig und vor Ort organisiert werden (nicht vorgeschrieben vom Kanton).
- Es muss zwischen den grossen und kleinen Schulen unterschieden werden.
- Zusammenarbeit ist wichtig

5.5 Handlungsfeld 8: Strukturen

5.5.1 Welche Haltung haben Sie zum Vorschlag, die Schulen zukünftig zu Kreisen zusammenzulegen?

	Gemeinderäte	Schulräte	Parteien	übrige
JA	4	5	CVP, FDP, SP	MSR, FD, HPZ
Nein	9	10	Grüne	
nur freiwillig	2		SVP	VSL, S&E

Die Zuordnung zu "JA" oder "NEIN" ist nicht immer einfach und eindeutig. Kleine Gemeinden betonen, dass die Schule im Dorf bleiben müsse, sagen aber ja zur Zusammenarbeit auf der Oberstufe. Die Arbeiten sind koordiniert mit der Gemeindereform an die Hand zu nehmen. Verschiedentlich wird betont, dass es wichtig ist, die Schule im Dorf zu behalten und die Autonomie der Gemeinden nicht zu untergraben. Eine Umsetzung müsste durch eine breit abgestützte Projektgruppe vorbereitet werden. Die Bildung von Kreisen auf der Oberstufe wird eher befürwortet als für die Kindergarten- und Primarstufe. Die SP betont, dass die ganze Gemeindereform konsequent an die Hand genommen werden muss. Der SVP ist es wichtig, dass die Gemeindeautonomie erhalten bleibt.

5.5.2 Allgemeine Bemerkungen zum Handlungsfeld 8

Folgende Bemerkungen werden gemacht:

- Das aufgezeigte Sparpotential von 2 Mio. Franken wird in Frage gestellt, weil eine plausible Erklärung fehlt.

- Die Strukturreform soll mit der Gemeindestrukturreform koordiniert werden.
- Bei einer allfälligen Aufhebung von Schulstandorten ist der Frage der Infrastrukturen besondere Beachtung zu schenken.
- Die SP bedauert, dass die Idee der Kantonalisierung fallen gelassen wurde. Die SVP regt an, in einem ersten Schritt die Oberstufen zu Kreisen zusammenzulegen. Der LUR regt an, bei kleinen Schulen über eine Kantonalisierung "nachzudenken".
- Der MSR hält fest, dass ein klarer Auftrag zur Strukturbereinigung fehlt.

5.6 Handlungsfeld 9: Steuerung

5.6.1 Wie stellen Sie sich zum Vorschlag, dass der Regierungsrat zukünftig für die strategische Führung im Bildungswesen verantwortlich sein soll und anstelle des Erziehungsrates ein beratender Bildungsrat eingeführt wird?

Regierungsrat anstelle von Erziehungsrat

	Gemeinderäte	Schulräte	Parteien	übrige
JA	12	14	Grüne, SP, SVP	LUR, VSL, S&E, FD, HPZ
Nein	3	1	CVP, FDP, Juso	MSR, LUM

Verschiedene Vernehmlassende betonen, dass sie mit dem Organigramm (Rolle des Amtes für Volksschulen) nicht einverstanden sind. Der Bericht enthalte keine Angaben zur Mitbestimmung der Gemeinden. Weiter wird (auch von Befürwortenden) bemerkt, dass eine Bildungskommission ohne Kompetenzen keinen Sinn mache und es wird gefordert, dass die Bildungskommission Kompetenzen erhalte. Die SP kann sich die Änderung vorstellen, vorausgesetzt die Bildungskommission werde aus Fachleuten, Praktiker/innen mit genügend politischer Abstützung zusammengesetzt. Auch die Grüne Partei weist darauf hin, dass die Bildungskommission sorgsam zusammengesetzt werden muss. Die SVP erachtet die Schaffung eines Bildungsrates als überflüssig.

Die CVP erachtet es als zwingend notwendig, die Aufgaben des Erziehungsrates zu durchleuchten und allenfalls auch neu zu strukturieren.

5.6.2 Welche Meinung haben Sie zur Übertragung von Kompetenzen vom Schulrat auf die Schulleitungen?

	Gemeinderäte	Schulräte	Parteien	übrige
JA	13	13	CVP, FDP, Grüne, SP Juso	S&E, FD, HPZ
Nein	4	2	SVP	

Folgende Einschränkungen werden gemacht

- Klar abgelehnt wird die Übertragung Anstellung und Entlassung von Lehrpersonen an die Schulleitungen (18 Nennungen).
- Die Beurlaubung von Schülerinnen und Schüler von mehr als sechs Halbtagen soll der Kompetenz der Schulleitungen übertragen werden.
- Die Aufsicht über die Amtsführung der Lehrpersonen, die Bewilligung von Förderunterricht und Begabtenförderung sowie die Anordnung von Disziplinarmaßnahmen soll beim Schulrat belassen werden.

Die SVP wn...

5.6.3 Allgemeine Bemerkungen zu Handlungsfeld 9

Verschiedene Vernehmlassende fordern, dass die Kompetenzverschiebung vom Schulrat auf die Schulleitung den Gemeinden überlassen werden sollte. Die SVP sieht in der Kompetenzverschiebung eine massive Beeinträchtigung der Mitsprache der Direktbetroffenen.

5.7 Sind Sie mit dem vorgeschlagenen zeitlichen Vorgehen (siehe Kapitel 7) einverstanden?

	Gemeinderäte	Schulräte	Parteien	übrige
JA	10	4	CVP, Grüne	MSR, S&E, FD, HPZ
Nein	3	7	FDP, SVP	
teilweise	2	3	SP, Juso	

Verschiedene Vernehmlassende betonen, dass zuerst klar sein muss, welche Handlungsfelder weiterbearbeitet werden (es sind zu viele Fragen offen) und demnach das zeitliche Vorgehen erst später festgelegt werden kann.

5.8 Sehen Sie weitere wichtige Handlungsfelder, die im Bericht fehlen?

Folgende Punkte werden genannt:

- Wo werden Kosten eingespart? Gibt es Möglichkeiten Spareffekte zu erzielen?
- Es fehlt eine Bewertung, welche Wirkung die verschiedenen Massnahmen auf die Schülerinnen und Schüler haben.
- Der administrative Aufwand für die Lehrpersonen muss gesenkt werden.
- Die Standortattraktivität der Randgemeinden muss mit einbezogen werden.
- Es fehlt eine adäquate Auseinandersetzung mit dem Langzeitgymnasium.
- Die Themen Schulsozialarbeit, Ausbildung der Lehrpersonen, Timeoutklassen, Beratungsdienste fehlen.
- Ein einheitliches Feriensystem für den ganzen Kanton.
- Die Konsequenzen der Zusammenführung von Schulen (Wege, leere Schulhäuser, Auswirkungen auf die Dörfer) werden nicht diskutiert.
- Ein Handlungsfeld Pädagogik.
- Attraktivität des Lehrberufs.